

Einigung in der Griechenland-Krise

WELTWEITE REAKTIONEN

Die Einigung in der Griechenland-Krise auf dem Sondergipfel der Euro-Gruppe am 12./13. Juli 2015 ist ein beherrschendes Thema in ganz Europa und darüber hinaus. Einen Überblick über Reaktionen in Politik und Medien in ihren Einsatzländern geben die Auslandsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in dem vorliegenden *Stimmungsbild*.

ZUSAMMENFASSUNG

In **Afrika** war die Einigung mit Griechenland kein dominierendes Thema der medialen Öffentlichkeit. In vielen Ländern hat es zwar Eingang in die Presseberichterstattung gefunden, allerdings wurde dabei vielfach auf europäische Medien und Agenturmeldungen zurückgegriffen, eine eigenständige Bewertung fehlt meist. Häufig sind es weniger die Medien, sondern eher Wirtschaftsexperten, die die Frage nach den Auswirkungen der Krise auf das eigene Land bewerten bzw. versuchen, daraus Lehren für die eigene wirtschaftliche Entwicklung zu ziehen. Stellungnahmen von politischen Entscheidungsträgern findet man kaum. Die Medien zeigen sich tendenziell solidarisch mit Griechenland. Dies gilt auch für die afrikanische Bevölkerung, die sich in sozialen Medien zu diesem Thema geäußert hat.

In **Asien** werden die Ergebnisse des Sondergipfels der Euro-Gruppe nur sehr eingeschränkt zur Kenntnis genommen, die öffentliche Diskussion wird in vielen Ländern überwiegend von innenpolitischen Themen geprägt. In den asiatischen Industrieländern findet eine Bewertung der Griechenland-Einigung vorrangig aus wirtschaftspolitischer Perspektive statt. Im Zentrum der Diskussion steht dabei vor allem die Frage, welche Auswirkungen die Einigung mit Griechenland auf die Handelsbeziehungen des jeweiligen Landes mit der Europäischen Union haben könnte. Eine Kommentierung der Einigung seitens politischer Entscheidungsträger erfolgte kaum.

In **Europa** beherrschte die Einigung mit Griechenland vielerorts die öffentliche Diskussion. Die öffentliche Meinung schwankt zwischen Solidarität mit Griechenland – in diesem Kontext werden die Reformauflagen häufig als „Bestrafung“ oder „Erniedrigung“ dargestellt – und einem Befürworten der Reformauflagen. In der Presseberichterstattung überwiegt Sympathie mit Griechenland, gepaart mit zum Teil harscher Kritik an der EU und an Deutschland. In Staaten, die in der Vergangenheit selbst Sparmaßnahmen und Wirtschaftsreformen durchführen mussten, um ihren Haushalt zu konsolidieren, bzw. um die Beitrittskriterien für den Euro zu erfüllen, herrscht wenig Verständnis für die griechische Haltung (z.B. in Rumänien, Slowenien, Slowakei). EU-Länder, die bislang nicht Mitglieder der Euro-Zone sind, wie Kroatien und die Tschechische Republik, betrachten die Griechenland-Krise auch aus der Perspektive eines potentiellen Beitritts. Die politische Linke in Europa begrüßte u.a. das dem Sondergipfel vorausgegangene Referendum in Griechenland, das als „Schritt zur Rückgewinnung der Souveränität“ gewertet wurde.

In **Lateinamerika** wurde die Griechenland-Krise zwar zur Kenntnis genommen, hat aber insgesamt kaum Eingang in öffentliche Diskussionen gefunden. In den sozialistisch regierten Ländern Brasilien und Venezuela überwiegt Solidarität mit Griechenland. In Ländern wie Guatemala und Mexiko wurde hingegen scharfe Kritik an der griechischen Politik geübt.

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

In **Nordafrika** und dem **Nahen Osten** spielt die Einigung in Griechenland aufgrund eigener, innen- und sicherheitspolitischer Herausforderungen sowie der parallel stattgefundenen Einigung im Atomstreit mit dem Iran nur eine nachgeordnete Rolle in der öffentlichen Wahrnehmung. Eine Bewertung der Einigung findet vorrangig aus wirtschaftspolitischer Perspektive (z.B. in der Türkei) statt.

AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA

Die unterschiedlichen Intensitäten in den Kooperationsbeziehungen afrikanischer Staaten mit Europa dokumentieren sich auch in der Quantität und Qualität der Berichterstattung zur Griechenland-Krise und der Einigung vom vergangenen Sonntag. Häufig sind es weniger die Medien sondern Wirtschaftsexperten, die die Frage nach den Auswirkungen der Krise auf das eigene Land bewerten. Ebenso häufig werden europäische Perzeptionen der politischen Entscheidung zur Einigung und zum dahin führenden Prozess durch die Medien übernommen, und nur in Ausnahmefällen eine eigene Analyse durchgeführt.

Die Berichterstattung in den Staaten mit sozialistisch-kommunistisch geprägten Regierungen (z.B. ehemalige Befreiungsbewegungen) und Gesellschaften tendiert zu einer Parteinahme für Griechenland. Insbesondere in den sozialen Medien wird im Kontext der Griechenland-Krise die Kritik an den internationalen Finanzinstitutionen und deren Auflagen erneuert und auf die eigenen Erfahrungen (z.B. Autonomieverlust durch Strukturanpassungsprogramme in den 80er Jahren) Rekurs genommen.

Nambia und Angola

Dr. Bernd Althusmann (15.07.2015)

Die Einigung der Eurogruppe zur Frage der Griechenland-Krise beherrscht in beiden Einsatzländern nur bedingt die Berichterstattung über das Ausland. Dabei werden in der Regel fast ausschließlich die internationalen Presse Agenturen oder die Deutsche Presse Agentur als Quellen kommentarlos übernommen. Von Seiten der Namibischen Regierung gab es bisher keine Einlassungen zu dem Thema. Der derzeitige UN-Gipfel zur Entwicklungsfinanzierung und der strittigen Einstufung Namibias als Middle-Income-Country sowie die innenpolitische Debatte über Fragen der Landreform stehen eindeutig im Vordergrund der medialen Aufmerksamkeit.

Jedoch sind die Einlassungen der Namibischen Zentralbank zur Griechenland-Krise in der hiesigen Zeitung *The Namibian* insofern von Relevanz, als dass auch Namibia laut Zentralbank einige Lektionen aus der Griechenland-Krise lernen sollte. Die Verschuldung Namibias dürfe einerseits nicht über 35 Prozent des Brutto-Inlandsprodukts steigen und andererseits müsse das allgemeine Haushaltsdefizit begrenzt werden, um ein kontinuierliches Anwachsen der Verschuldung des Landes zu verhindern. Zudem sei es notwendig, eine glaubwürdige Finanzstatistik in Übereinstimmung mit internationalen Finanzstandards vorzuhalten, so ein Sprecher der Namibischen Zentralbank. Namibias Finanzmarkt sei aller Voraussicht nach zwar nur indirekt über den südafrikanischen Finanzmarkt von den Auswirkungen der Euro-Krise betroffen, aber namibische Produkte wie Fisch, Fleisch, Zink und Kupfer würden in den europäischen Markt exportiert, so dass Namibias Export von der anhaltenden Euro-Krise sogar direkt betroffen sei (*The Namibian*, 14.07.2015).

Am 03.07.2015 hatte der prominente namibische Ökonom Rowland Brown in derselben Zeitung behauptet, dass Griechenlands Krise kaum oder nur sehr geringe, direkte Auswirkungen auf Namibia habe. Allein die aktuellen Investitionen von Namibiern in Südafrika könnten

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

betroffen sein, da Südafrikas Markt stärker als der namibische in die globalen Märkte involviert sei. Dies betreffe insbesondere den Umtauschkurs des Rand zu anderen internationalen Großwährungen. Da der Namibische Dollar und der Südafrikanische Rand aneinander gekoppelt seien, könnte dies kurzfristige Auswirkungen auf die Preise im Ressourcensektor nach sich ziehen, jedoch langfristig seien die Auswirkungen auf Namibias Minenbergbau wohl gering.

In den sozialen Netzwerken wird wenig von der Einigung in der Griechenland-Krise wahrgenommen. Die Hinweise lauten eigentlich übereinstimmend, dass Namibia mit einem Bruttoinlandsprodukt von nur 13,4 Milliarden US-Dollar nicht in die gleiche Schuldenfalle wie Griechenland laufen dürfe, das mit rund 323 Milliarden Euro verschuldet sei.

Bezüge zwischen der Griechenland-Krise werden noch mit Blick auf die fallenden Ölpreise und die Rolle Chinas als Investor in Namibia hergestellt. Der fallende Ölpreis wirke sich negativ auf die Investitionsmöglichkeiten Chinas aus, so ein Artikel am 09.07.2015 ebenfalls im *Namibian*.

Das Thema des fallenden Ölpreises im Zusammenhang mit der Griechenland-Krise, die grundsätzlich als noch nicht beigelegt betrachtet wird, belastet zusätzlich die schwächelnde Wirtschaft Angolas. Im *Jornal de Angola* vom 07.07.15 wird in einem kurzen Beitrag auf das Referendum eingegangen, das als Ausgang für weitere Verhandlungen gesehen wurde. Ansonsten werden überwiegenden Berichte aus der internationalen Presse übernommen. Dennoch ist allgemein bekannt, dass die fehlende Diversifizierung und fast ausschließliche Fokussierung Angolas auf das Hauptexportprodukt Öl eine volkswirtschaftliche Schwäche Angolas darstellt, denn Exportland ist in erster Linie China, das von der Eurokrise über die Verflechtung der globalen Märkte direkt betroffen ist.

In Hinblick auf die Rolle Deutschlands im Rahmen der Einigung im Schuldenstreit wird in den Überschriften die Bedeutung der Kanzlerin für die Einigung hervorgehoben und in Abbildungen die Anfeindung gegen Deutschland durch die griechische Öffentlichkeit thematisiert.

Regionalprogramm Politischer Dialog in Westafrika

Elke Erlecke (19.07.2015)

Offizielle Reaktionen der westafrikanischen Regierungen oder von politisch-administrativen Entscheidungsträgern zu der Griechenland-Einigung findet man in der Region zwischen Ouagadougou und Abidjan kaum. Die Diskussion über Griechenland wird mehrheitlich von Intellektuellen geführt. Im Gegensatz dazu wurde der Nuklear-Deal mit Iran ausführlich dokumentiert und kommentiert.

In der Regel wird die Debatte über die aktuellen Vorgänge von einem diffusen antiökzidentalen Sentiment dominiert. Europa wird mehr und mehr als der Erfüllungsgehilfe der Vereinigten Staaten von Amerika angesehen.

Die Zivilgesellschaft fühlt sich – z.B. in Togo – an die eigene Lage vor Ort erinnert. So fallen Diskussionen über die Anbindung des westafrikanischen Franc an den Euro oder Schwierigkeiten mit den internationalen Gläubigern in die gleiche Kategorie wie die Probleme, die Griechenland momentan mit seinen Verhandlungspartnern in der Europäischen Union durchzustehen hat. In den Augen vieler Westafrikaner ist ein bemitleidenswertes griechisches Volk in die Hände von erbarmungslosen Gläubigern gefallen. Junge Burkinabé fragen sich, wie denn Europa in Krisenzeiten mit seinen afrikanischen Partnern umgehen würde, wenn es denn schon mit seinen europäischen Brüdern so hart umsprünge. Solidarität mit den Griechen ist das vorherrschende Gefühl - sie würden zu sehr unter Druck gesetzt. Die Einigung sei kein Kompromiss sondern vielmehr ein Diktat.

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

In Finanzkreisen wird die Krise weitaus differenzierter wahrgenommen. So bewerten Partner der deutschen EZ in Benin die Krise in Griechenland als einen Präzedenzfall für mögliche Krisen in Währungsunionen. In Bezug auf den konkreten Fall räche sich jetzt, dass Griechenland schon bei seinem EU-Beitritt die Kriterien eigentlich nicht erfüllt habe. Die jetzt notwendigen Reformen seien auch ohne den Euro irgendwann fällig gewesen. Ein Grexit wäre ein mangelndes Zeichen der Solidarität in Europa gewesen. Aber auch die Einigung findet nicht den uneingeschränkten Beifall der westafrikanischen Öffentlichkeit: Griechenland zeige, dass die afrikanischen Staaten eigene Mittel für ihre Entwicklung finden müssten. Auf ein Europa, das sich nicht einmal den eigenen Mitgliedern gegenüber solidarisch zeige, sei kein Verlass. Junge Sicherheitsexperten der Region sehen zudem in einem Griechenland ohne Euro ein Sicherheitsrisiko. Es würde sich noch mehr Russland zuwenden, das auf diesen Moment nur warten würde.

Bleibe Griechenland in der Euro-Zone, dann stelle sich die Frage, wie die Reformen umgesetzt werden könnten. In diesem Kontext argumentieren Beniner eher als ihre Nachbarn auf der politischen Ebene und fordern von der griechischen Regierung eine konkrete Reform des Steuersystems. Die gegenwärtige Entscheidung, so der regionale Konsens, sei alternativlos. Die Mehrheit der Kommentatoren unterstreicht den politischen Charakter der Einigung. In diesem Kontext hätten z.B. humanitäre Erwägungen gegenüber dem hilfebedürftigen griechischen Volk nur eine nachgeordnete Rolle gespielt. Ebenso habe sich auch wieder die Wahrheit der Aussage bewiesen, dass Völker keine Freunde, sondern nur Interessen hätten. Die Entscheidung pro-Griechenland wird von der Mehrheit der Kommentatoren als klug eingeschätzt, weil es um die Glaubwürdigkeit des Euro an sich und um die Frage der Europäischen Union als Union gehe. Was aber für die Mehrzahl der politischen Diskussionen in der Region gilt, trifft auch in diesem Fall zu: Immer wieder treffen sich alle Bewertungen auf einer akademischen Ebene wieder. Die griechische Erfahrung müsse auch die Mitglieder westafrikanischen Währungsunion für Gefahren und Anfälligkeiten sensibilisieren. Praktische Konsequenzen bleiben ausgeblendet.

Deutschland sei am Ende – auch vor Frankreich - eingeknickt, nachdem es am Anfang sogar das Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone in Kauf genommen hatte. Vertreter der Zivilgesellschaft aus den Programmländern und der dortigen jungen Eliten weisen mit Bedauern auf die französischen Mediendarstellungen hin, die auch in Westafrika Profit aus der Einigung zu schlagen versuchen und Frankreich die geistige und politische Führerschaft in der Krisenbewältigung zuschanzen wollen. So wurde die Haltung des deutschen Finanzministers auf Radio France International verkürzt auf die Formel gebracht: „Entweder Griechenland kapituliert und unterschreibt oder es geht.“

Vor allem politische Nachwuchskräfte fordern eine stärkere Umsetzung des wirtschaftlichen Gewichtes Deutschlands in politische Währung. Die deutschen Entscheidungen seien richtig. Dass sie falsch interpretiert würden, läge an der defizitären Kommunikation der deutschen Politik.

Positiv bewerten regionale Diplomaten die getroffene Entscheidung in einer historischen Perspektive. Sie vergleichen die Situation Griechenlands mit der der afrikanischen Staaten in den achtziger Jahren. Es sei ein Zeichen der Gerechtigkeit und mache den afrikanischen Staaten heute Mut, dass Griechenland sich den gleichen Bedingungen unterwerfen müsse. Damit entbehre das Argument der Diskriminierung Afrikas jeder Grundlage. Die griechische öffentliche Meinung lege ihrer Regierung zu spät die Quittung vor. Afrika könne aus dem Geschehenen lernen, dass die Zivilgesellschaft die Kontrolle über die Politik, vor allem über die Durchführung der Entwicklungszusammenarbeit, in den Händen halten müsse. Sensibilisierung und Transparenz seien die Schlüsselkategorien verantwortlicher guter Regierung: dies müsse in Griechenland und in Afrika Gesetz werden.

Afrika südlich der Sahara
 Asien und Pazifik
 Europa und Nordamerika
 Lateinamerika
 Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Südafrika

Dr. Holger Dix (14.07.2015)

Südafrikas Printmedien haben ausführlich über den Verhandlungsprozess zur Lösung der Griechenland-Krise und über das Ergebnis des Sondergipfels berichtet, dabei allerdings häufig auf europäische Medien und Presseagenturen zurückgegriffen. Die Berichterstattung gibt die Positionen der beteiligten Akteure wieder, kann aber nur bedingt Eindrücke über das Stimmungsbild in Südafrika vermitteln. So druckte die *Sunday Times* vom 12. Juli auf einer halben Seite einen redigierten Auszug aus Varoufakis Buch *The Global Minotaur: America, Europe and the Future of the Global Economy* und setzte darunter einen diese Positionen widerlegenden Meinungsartikel von Jochen Bittner (Die Zeit).

Die wichtigste Wirtschaftszeitung des Landes, der *Business Day*, brachte am 13.7. auf der ersten Seite einen Artikel zum Stand der Verhandlungen, der die unterschiedlichen Szenarien erläuterte und dabei auch die französisch-deutschen Differenzen in dieser Frage aufgriff. Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde mit der Aussage zitiert, die wichtigste Währung – Vertrauen – sei im Zuge der Verhandlungen verloren gegangen. Ebenfalls im *Business Day* vom 13.7. beleuchtet ein Kommentar die Gründe, die zur Verschuldung Griechenlands geführt haben und verweist auf die unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Konzepte, die der Streit um eine Lösung der Griechenland-Krise offenlegt (Austerität versus Piketty).

Die Einigung auf dem Sondergipfel wird unterschiedlich kommentiert. In der Tageszeitung *The Citizen* wird am 14.7. ein Bild von Kommissionspräsident Juncker mit dem Worten „*job done*“ versehen. Generell wird die Einigung als eine Niederlage der griechischen Regierung bewertet, die aufgeben musste („*had to surrender*“). Die Situation sei für Griechenland ausweglos gewesen, das Land hätte seine politische Autonomie aufgeben müssen.

Aufgeworfen wird überdies die Frage, ob die Regierung die Widersprüche zwischen Regierungsprogramm, der Nein-Kampagne des Referendums, denen dann selbst vorlegten Reformvorschlägen und dem jetzigen Verhandlungsergebnis politisch überstehen wird.

In die politische Diskussion Südafrikas sind die Ereignisse um Griechenland in nur sehr begrenztem Maße eingeflossen. Der Führer der stärksten Oppositionspartei im nationalen Parlament, Mmusi Maimane (*Democratic Alliance*, liberal), hat sich anlässlich einer Veranstaltung der Südafrikanisch-Deutschen Handelskammer am 9.7. zur Griechenland-Krise geäußert. Er verglich dabei Entwicklungen, die zur Krise in Griechenland geführt haben, mit aktuellen Entwicklungen in Südafrika und stellte einige Ähnlichkeiten heraus (u.a. aufgeblähte öffentliche Gehälter, Korruption, ineffiziente staatliche Betriebe, rasante Zunahme der Verschuldung).

Auch in den sozialen Netzwerken kam nur eine sehr spärliche Diskussion zustande. Der Blog *Africa is a country* fragte nach Beiträgen zum Thema: Was kann Afrika von der griechischen Krise lernen? Aus Südafrika antwortete ein Doktorand der Universität Kapstadt (vor der Einigung), die griechischen Erfahrungen mit der Troika seien eine weitere Bestätigung dafür, was man in Afrika über die negativen Auswirkungen der Austeritätspolitik schon wüsste. Eine zweite Lehre aus der Krise in Europa sei demnach, dass die internationalen Kreditgeber Feinde der Demokratie seien. Die Troika habe versucht, die griechische Regierung von dem Referendum zu den Reformmaßnahmen abzuhalten. In einem weiteren Beitrag aus Südafrika bewertete Steven Freedman, ein hier angesehener, eher dem linken politischen Spektrum angehörender politischer Kommentator, das griechische Referendum euphorisch als den möglichen Beginn einer neuen Ära, in welcher demokratische Entscheidungsfindung zur stärksten Waffe gegen soziale Ungerechtigkeit werden könnte.

Bewertung der Position Deutschlands

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Die Führungsrolle Deutschlands im Lager der manchmal als Hardliner bezeichneten Länder, die eine bedingungslose Unterstützung Griechenlands verweigerten, wird in der Presseberichterstattung durchweg hervorgehoben. Allerdings werden auch die mit dieser Führungsrolle verbundenen Auswirkungen auf das Bild Deutschlands kritisch dargelegt. So titelt *The Times* am 14.7., Deutschland hätte mit der Peitsche geschwungen und Bundeskanzlerin Merkel hätte sich zum obersten Bösewicht („*villain-in-chief*“) entwickelt. Darunter werden deutschlandkritische Stimmen zusammengetragen, wonach Deutschland einen Staatsstreich durchgeführt hätte und Europa auseinanderreißen würde. Der Artikel wird ergänzt durch ein Foto von einem Steckbrief an der Wand einer Athener Bank, der einen mit Hitler-Bart und als krimineller Neo-Nazi bezeichneten deutschen Finanzminister abbildet. *The Citizen* zitiert unter dem Titel „*Greece forced on Spartan diet. Blitzkrieg II: Berlin Demands anger Greek, invite World war II Comparisons*“ Ton Syntakton von der griechischen Tageszeitung *Efimereda*, wonach die Deutschen zurückkämen, diesmal nicht mit der mächtigen Armee, sondern mit der Stärke ihrer Wirtschaft, um ihre Politik dem vermeintlich vereinten Europa aufzuzwingen.

Auch bei der Berichterstattung zur Position Deutschlands wird damit insgesamt eher über die Perzeption in Europa berichtet, als eine eigenständige Bewertung vorgenommen.

Uganda

Mathias Kamp (16.07.2015)

Die Krise in Griechenland wird in den Medien und in der Öffentlichkeit in Uganda so gut wie gar nicht thematisiert. Lediglich einige Wirtschaftsexperten setzen sich mit dem Thema auseinander. Das liegt zum einen daran, dass die Krise zu weit weg erscheint und man sich in Uganda nicht betroffen fühlt. Zum anderen wird die öffentliche Debatte in Uganda von den aktuellen politischen Entwicklungen im Vorfeld der Anfang 2016 anstehenden Wahlen dominiert.

Die Einigung als solches wurde in den wichtigsten Medien nicht aufgegriffen. Etwas mehr Aufmerksamkeit hatte zuvor das Referendum in Griechenland erfahren – allerdings auch nicht in den Mainstream-Medien, sondern primär in den sozialen Netzwerken wie Facebook und Twitter. Dort gab es einen Trend der positiven Anerkennung des Ergebnisses als „Akt des Widerstandes“ gegen die wahrgenommene „Dominanz“ der großen Industrieländer und globalen Finanzinstitutionen. Hinter dieser vereinfachten Wahrnehmung steht letztlich ein Mangel an reflektierter Auseinandersetzung mit der komplexen Thematik.

Uganda durchläuft selbst eine wirtschaftlich schwierige Phase aufgrund wachsender Auslandsverschuldung und zuletzt massiv zunehmender Inflation. Wirtschaftsexperten prognostizieren für Uganda die akute Gefahr einer eigenen Schuldenkrise. In diesem Zusammenhang sahen ugandische Wirtschaftswissenschaftler ein mögliches Scheitern der Verhandlungen in der Griechenland-Krise auch als einen gefährlichen Faktor für Uganda, da sich im Zuge einer zunehmenden Stärkung des Dollar die Abwertung der eigenen Währung (ugandischer Schilling) weiter beschleunigen könnte.

Die Krise in Griechenland und in der Eurozone allgemein wird auch zum Anlass genommen, die regionale Integration und die Pläne für eine gemeinsame Währung in Ostafrika zu reflektieren. Dabei kommen bei ugandischen Wirtschaftsexperten Zweifel auf, ob eine Währungsunion ohne die Schaffung einer politischen Föderation sinnvoll wäre.

Paul Busharizi, ein bekannter ugandischer Wirtschaftsjournalist, bezeichnete die Griechenland-Krise als ein „typisches Drittweltsszenario“: Die Geber stünden Schlange, um ein Land mit Geld zu versorgen, ohne darauf zu achten, ob das Geld sinnvoll investiert werde und ob

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

eine Rückzahlung realistisch sei. Resultat sei letztlich, dass die Gläubiger die Kontrolle über die Finanzen übernehmen und dem Land Maßnahmen aufzwingen, welche den Verlust der Souveränität bedeuteten. Dies sei ein in Entwicklungsländern bekanntes Phänomen, so Busharizi in der Tageszeitung „*New Vision*“ (Ausgabe vom 16. Juli 2015).

ASIEN UND PAZIFIK

Indonesien

Thomas Yoshimura (15.07.2015)

Wer nach dem vorerst entscheidenden Sondergipfel der Euro-Gruppe in Sachen Griechenland die indonesische Medienlandschaft überblickt, der könnte meinen, es sei nicht viel gewesen. Das nach Bevölkerung viertgrößte Land der Welt ist ausgesprochen introspektiv. Man beschäftigt sich hauptsächlich mit sich selbst, ist sich angesichts seiner schier Größe selbst genug. Internationale Politik spielt in der medialen Berichterstattung und der Wahrnehmung der Bevölkerung nur eine untergeordnete Rolle. Allenfalls werden der Nachbar Australien, die asiatischen Größen Japan und vor allem China oder aber die USA thematisiert. Europa bleibt man in der Regel nicht nur geographisch fern.

Hinzu kommt, dass sich das gesellschaftliche und politische Leben im größten muslimischen Land der Welt im laufenden Fastenmonat stark verlangsamt. Das Ende des Ramadan (Idul Fitri) führt zu einem beinahe totalen Stillstand sämtlicher alltäglichen Abläufe; vom 16. bis 21. Juli erschienen teilweise keine Tageszeitungen. Die Meldungen und Kommentare zu den Ereignissen in Brüssel fallen auch vor diesem Hintergrund besonders begrenzt aus.

In der führenden Tageszeitung *Kompas*, der grundsätzlich eher kritischen *Koran Tempo* sowie den wichtigsten englischsprachigen Zeitungen findet sich kein einziger in Indonesien verfasster Bericht. Die Blätter beschränken sich auf einen Abdruck von (übersetzten) Zulieferungen internationaler Presseagenturen. Der *Jakarta Globe* schrieb noch am Dienstag, den 14.07. auf Seite 14 sogar weiterhin „Still no Deal“. Im Konkurrenzblatt *Jakarta Post* hatte es das Thema zwar schon am Montag auf die Titelseite geschafft, Kommentare von indonesischen Stellen blieben allerdings auch hier aus. Am Dienstag wurden – immerhin erneut auf der Titelseite – ein Bloomberg-Artikel mit den Ergebnissen, ein Kommentar von Jeffrey Sachs auf Seite zwei sowie auf Seite 17 ein weiterer Bericht von Reuters präsentiert.

Der bis dahin einzige Meinungsartikel zum Thema erschien am Montag im *Jakarta Globe*: Jamil Maidan Flores, Literat aus Jakarta mit bekundetem Interesse an Philosophie und Außenpolitik, erörtert unter der sich auf ein Gedicht von Lord Byron beziehenden Überschrift „The Isles of Greece“ die vermeintliche Fehleinschätzung der griechischen Bevölkerung durch die Europäische Union vor dem Referendum vom 5. Juli. Es sei, so der Autor im Tenor der griechischen Regierung, eine Entscheidung für das Selbstwertgefühl gewesen, die gerade nicht als rationale Ablehnung der europäischen Idee gewertet werden dürfe. Nach erfolgreicher Rückerlangung seiner Würde sollte Tsipras nun als kompromissbereiter Verhandlungsführer des griechischen Volkes auftreten, das zwar nicht von jeder Schuld frei sei und daher schmerzliche Sanktionen verdiene, nicht aber von gleichsam Schuldtragenden zerdrückt zu werden. Der Artikel endet mit einem Plädoyer für eine Umstrukturierung der Schulden - zur Bewahrung des europäischen Projekts, um der griechischen Wirtschaft eine Chance zu geben und um damit weltweit Volkswirtschaften, inklusive der indonesischen, vor dem Übergreifen der europäischen Krise zu bewahren.

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Erst am Mittwoch, den 15.07. erschien, neben weiteren Agenturberichten und einem Kommentar von Barry Eichengreen in der *Jakarta Post*, die erste anonyme (und damit vermutlich originär indonesische) Bewertung der erzielten Einigung in der Kompas-Kommentarspalte. Der in Brüssel gefundene Kompromiss wird inhaltlich positiv bewertet: bei disziplinierter Umsetzung des für Griechenland sicherlich schmerzhaften Reformprogramms sei eine Besserung der Situation wahrscheinlich. Allerdings sei der langfristige Erfolg noch nicht sicher und bilde die Gipfelvereinbarung an sich ohnehin noch keine abschließende Garantie für eine tatsächliche Lösung und den Verbleib Griechenlands in der Eurozone. Hier verweist der Autor auf die kurze Frist zur Einleitung der ersten Reformschritte durch die Regierung Tsipras gegen den wahrnehmbaren Willen der eigenen Bevölkerung. Außerdem scheine eine Rückzahlung der griechischen Schuldenlast angesichts der vorgesehenen Zeiträume unrealistisch: wenn selbst die Kredite aus dem zweiten Hilfsprogramm bis 2054 liefen, sei ein Abschluss eines dritten unmöglich. Dabei wird wie beiläufig erwähnt, dass Indonesiens IWF-Kredite nach der Asienkrise innerhalb von sechs Jahren getilgt worden seien.

Insgesamt ist das Echo damit ernüchternd überschaubar und es bleibt erstaunt festzustellen, dass keinerlei Stellungnahmen von offizieller Seite oder wichtigen politischen oder wirtschaftlichen Akteuren in der Berichterstattung zu finden sind. Auch eine differenzierte Bewertung einzelner Verhandlungspartner oder eine Analyse möglicher Folgen für die Eurozone oder gar die EU insgesamt finden nicht statt.

Japan

Paul Linnarz (17. Juli 2015)

Die politische und öffentliche Debatte in Japan wird derzeit von der geplanten Verabschiedung einiger neuer Sicherheitsgesetze durch das Ober- und Unterhaus dominiert. Im Parlament und in der japanischen Öffentlichkeit sind die Gesetzentwürfe stark umstritten. Die für Nippon eher ungewohnten Bilder von Protestkundgebungen gegen die neuen Bestimmungen vor dem Parlamentsgebäude und von tumultartigen Szenen im Unterhaus selbst haben die Berichterstattung über den Sondergipfel der Euro-Gruppe während der letzten Tage rasch in den Hintergrund gedrängt.

„News“ statt veröffentlichter Meinung und Debatte

Die Griechenland-Krise bleibt zwar ein Thema; allen voran übernehmen die japanischen Medien bei der Berichterstattung aber die Meldungen der internationalen Nachrichtenagenturen Reuters, Associated Press (AP) und Agence France-Presse (AFP). Berichte aus Athen und Brüssel liefern darüber hinaus die japanischen Agenturen Kyodo News und Jiji Press zu. Kommentare japanischer oder ausländischer Korrespondenten sind hingegen die Ausnahme. Meinungsbeiträge oder längere Analysen japanischer Wirtschaftsexperten und Kolumnisten fehlten zumindest in den englischsprachigen Ausgaben der großen japanischen Zeitungen gänzlich.

In der Zivilgesellschaft (z.B. NRO) ist Griechenland aktuell kein Thema, wobei sich japanische Think Tanks mit wirtschaftspolitischer Ausrichtung im Rahmen von Veranstaltungen und längeren Studien in den vergangenen Jahren wiederholt mit der EU-Schuldenkrise und mit der Situation in Griechenland beschäftigt haben. Die Diskussion in den sozialen Netzwerken im Internet, darunter der in Japan überaus beliebte Kurznachrichtendienst Twitter, konzentrierte sich, ebenso wie die traditionellen Medien, auf andere Themen.

Während sich Twitter-Nutzer weltweit beispielsweise unter dem Schlagwort „#ThisIsACoup“ - zu Deutsch "Das ist ein Staatsstreich" - so zahlreich mit Kritik an den Forderungen der

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Geberländer gegen Griechenland geäußert haben, dass der betreffende Hashtag bereits am Montag (13. Juli) in vielen Ländern zu den populärsten Diskussionsthemen zählte, steuerte aus Japan bis jetzt nur ein einzelner Twitter-User eine Kurznachricht bei und wurde diese bis zum 16. Juli auch nur 16 Mal weitergeleitet.

Eher zurückhaltend und vergleichsweise wortkarg reagierte in den vergangenen Tagen auch die Politik: So versprach Premierminister Shinzo Abe am 9. Juli in seiner Keynote zum Auftakt des „Japan Summit 2015“ der Zeitschrift *The Economist*, bei der Bewältigung der Griechenlandkrise eng mit den G7-Staaten zu kooperieren. Wenige Tage zuvor hatte Japans Wirtschaftsminister Akira Amari an Athen und Brüssel appelliert, alle Möglichkeiten für eine „win-win“-Lösung auszuschöpfen, um ein Ausscheiden Griechenlands aus der Euro-Zone zu verhindern. „Griechenland hat schon viel getan, um die Haushaltsdisziplin wieder herzustellen, darunter die Reduzierung von Renten und Gehältern“, so der Minister im Gespräch mit Journalisten. „Ich verstehe, warum das griechische Volk seine Frustration ausdrückt. (...) Die Welt erwartet von Griechenland und der EU, für einen endgültigen Bail-out-Plan zusammenzuarbeiten.“ Am 13. Juli begrüßte die japanische Regierung dann die Einigung der Staats- und Regierungschefs. Die griechische Wirtschaft habe zwar keinen großen Anteil an der Weltwirtschaft, sagte ein Sprecher der Regierung in Tokio. „Aber die Stabilität der Euro-Zone ist wichtig für die Stabilität der Weltwirtschaft.“

Griechenland und „Abenomics“

Die eher zurückhaltende und derzeit von innenpolitischen Themen geprägte öffentliche Diskussion darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass Japan mit Sorge auf die Entwicklung in Europa blickt. Beispielsweise ist der Appell des japanischen Wirtschaftsministers auch als Reaktion auf die kürzlichen Turbulenzen auf den Aktienmärkten zu verstehen. Ende Juni hatte der japanische Börsenindex Nikkei allen voran wegen der dramatischen Verschärfung der griechischen Schuldenkrise vorübergehend fast drei Prozent verloren. Da der Euro zum Yen nachgab, mussten japanische Exportkonzerne Kursabschläge hinnehmen. Nach dem Ende des Sondergipfels der Euro-Gruppe hat sich der japanische Aktienindex bis Dienstag (14. Juli) dann wieder erholt. Große Exportunternehmen wie Toyota und Mazda, daneben auch Bankkonzerne wie Sumitomo Mitsui und Mitsubishi UFJ, konnten nach der in Brüssel getroffenen Einigung deutlich zulegen.

Dass Griechenland die Frist zur Rückzahlung einer fälligen Tranche an den Internationalen Währungsfonds (IWF) verstreichen ließ, fand in der japanischen Berichterstattung diese Woche vergleichsweise wenig Aufmerksamkeit. Hingegen informierten gleich mehrere Zeitungsartikel darüber, dass Athen die am Dienstagmorgen fälligen „Samurai-Bonds“ der Mizuho Bank pünktlich bedienen konnte. Die Yen-denominierte Anleihe stammt aus den Jahren 1995 und 1996. Mit der jetzigen Tranche hat Griechenland davon 11,6 Milliarden Yen (umgerechnet circa 85 Millionen Euro) an die Mizuho Bank zurückgezahlt. Im Vergleich zu den Summen, die Griechenland dem IWF schuldet, ist das ein „kleiner“ Betrag. Ein Zahlungsverzug gegen die von der Mizuho Bank verwalteten Investitionen der privaten Gläubiger hätte Athen jedoch offiziell „in default“ gebracht. Die Folgen auch für den japanischen Finanzmarkt wären erheblich gewesen.

Ein solcher „fallout“ der Griechenlandkrise würde Nippon empfindlich treffen. Denn die von Premierminister Shinzo Abe vorangetriebenen und nach ihm „Abenomics“ benannten Wirtschaftsreformen setzen auf hohe Aktienkurse, niedrige Zinsen, einen schwachen Yen, die Überwindung der Deflation und eine Steigerung der Produktivität. Durch eine höhere Wirtschaftsleistung soll das primäre Haushaltsdefizit des Landes sinken. Derzeit beträgt die Schuldenquote fast 250 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Erhebliche Sparmaßnahmen wie im Falle Griechenlands sind hingegen nicht vorgesehen. Nach Auffassung von Wirtschafts-

Afrika südlich der Sahara
 Asien und Pazifik
 Europa und Nordamerika
 Lateinamerika
 Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

minister Amari würden sie das Schuldenproblem nur noch verschärfen. „Der Fall Griechenland zeigt, wie entscheidend Wachstum ist. Wir sollten“, forderte der Minister Ende Juni, „nicht den gleichen Fehler machen.“

Skepsis ohne Schuldzuweisung

Obwohl Japan bei der Bewältigung seines eigenen Schuldenproblems mithin einen völlig anderen Kurs einschlägt als die Euro-Gruppe im Umgang mit der Griechenlandkrise, standen nach dem Sondergipfel weder Deutschland noch die anderen Geberländer und –institutionen offen in der Kritik. Ein (namentlich nicht gekennzeichnet) Meinungsbeitrag in der größten japanischen Tageszeitung *Yomiuri Shimbun* verwies stattdessen auf strukturelle Probleme. Ohne eine einheitliche Steuerpolitik bestehe demnach keine Möglichkeit, das wirtschaftliche Ungleichgewicht innerhalb der Euro-Zone zu überwinden. Zwischen Deutschland und den nordeuropäischen Ländern einerseits sowie Frankreich, Italien und den Staaten Südeuropas andererseits existiere ein „Nord-Süd-Problem“, das nicht verschärft werden dürfe, um die Einheit der Euro-Zone zu erhalten, konstatiert der Beitrag.

Einer der wenigen anderen Kommentare nach Abschluss des Sondergipfels fordert, wer „den Euro haben will“, müsse „mehr wie die Deutschen sein“. Denn der Euro sei „im Kern eine deutsche Währung“. Ein Verbleib in der Euro-Zone setze deshalb nicht nur „extreme Steuerdisziplin“ voraus, sondern auch eine Parteienlandschaft, in der die extreme Linke und die extreme Rechte keine Mehrheiten finden. „In Griechenland hat die extreme Linke gewonnen. Das war“, so der Kommentator, „extrem nicht-deutsch.“ Die politischen und voraussichtlich auch wirtschaftlichen Folgen für Griechenland seien „verheerend“.

Der Kommentar erschien am Tag nach Abschluss des Sondergipfels der Euro-Gruppe (14. Juli) auf der Internetseite der *Japan Times*. Der Autor, Leonard Bershidsky, lebt in Berlin und schreibt als Kolumnist für Bloomberg. Ob die japanischen Leser seine Meinung teilen, lässt sich nicht feststellen. Im Onlineforum zu dem betreffenden Beitrag hat sich bis jetzt niemand geäußert.

Singapur

Torben Stephan (14.07.2015)

In Singapur wird die Griechenland-Krise vor allem aus einem streng ökonomischen Blickwinkel betrachtet. Die geostrategische oder historisch-ideelle Bedeutung der EU spielt eine sehr untergeordnete Rolle. Das ist nur konsequent, da der Stadtstaat, der im kommenden Monat sein 50-jähriges Bestehen feiert, wie ein Unternehmen gelenkt wird. Selbst demokratische Grundwerte wie die Meinungsfreiheit werden als Management-Aufgabe verstanden.

Singapur gehört zu den ASEAN-Staaten. Entsprechend wird die Griechenland-Krise hierzu-lande vor allem vor dem Hintergrund einer möglichen ASEAN-Währungsunion diskutiert. Seit Wochen diskutieren Wirtschaftswissenschaftler in den Medien über Vor- und Nachteile einer Währungsunion. Die Debatte verläuft sehr akademisch und fundamental. Vor allem die Theorie optimaler Währungsräume („optimum currency area“), für die Robert Mundell 1961 den Nobelpreis erhielt, wird immer wieder bemüht. Die bei Euro-Kritikern sehr beliebte Theorie wird auch in Europa häufig herangezogen, da der Euroraum die meisten Kriterien nur zum Teil erfüllt. Dieser Argumentation schließen sich auch viele Singapurere Wirtschaftswissenschaftler an.

Die Singapurere *Straits Times* erteilt dieser Fundamentalkritik an der EU-Währungsunion (und damit auch an einer möglichen ASEAN-WU) allerdings eine klare Absage. Europa-Korrespondent Jonathan Eyal hält diese angeblichen Schwächen für von Anfang an bekannt. Sie seien wohl bedacht und bewertet worden. Eyal sieht eine andere Ursache für die aktuel-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

le Situation: Sie sei kein grundsätzliches Problem, vielmehr hätten Fehlentscheidungen Anfang der 2000er-Jahre zu dem Griechenland-Desaster geführt. Schon die Aufnahme Griechenlands in die EU bzw. den Euro sei ein Fehler gewesen – zurückzuführen auf die allgemeine Lockerung der Aufnahmekriterien:

„The first mistake committed was to ignore the stringent admission criteria and accept into the euro zone every country which wanted membership.“

Der zweite entscheidende Fehler war die Aufweichung der einst hart von der Regierung Kohl erkämpften Euro-Stabilitätskriterien ausgerechnet durch die beiden großen europäischen Nationen Deutschland (unter der Nachfolgeregierung Schröder) und Frankreich:

“That was a catastrophic mistake, for it not only hurt Germany’s ability to demand responsibility from others but also silenced the EU officials who were trying to ensure the application of the same rules to others. [...] Currency unions need not only solid foundations but also robust policing mechanisms. And currency unions cannot remain unscathed if the political impetus behind their creation is not maintained.“

Die Krise sei bereits 2004 abzusehen gewesen, argumentiert die *Straits Times* in ihrem Leitartikel vom 11. Juli 2015:

“[...] EU creditors shouldn’t complain as the writing was on the wall in 2004, when the European Commission had warned Greece for falsifying budget data before it had joined the euro zone.“

Deutschland trägt nach Ansicht Eyals damit eine Mitschuld an der aktuellen Situation. Allerdings sieht er das Problem nicht bei der aktuellen Bundeskanzlerin Angela Merkel oder bei Finanzminister Wolfgang Schäuble, wie es in vielen Zeitungen kolportiert wird. Vielmehr sei die Regierung Schröder/Fischer Schuld daran, dass Europa nun am Rande des Abgrunds stehe. Insofern empfindet es der Autor schon fast als zynisch, wenn nun ausgerechnet linke Ökonomen Deutschland die Schuld geben wollen:

“It’s simply nonsense to blame the current crisis on Germany, although that may be comforting for fashionable left-wing economists, particularly those based in the United States.“

Das wird vor allem durch die klaren Worte deutlich, die Eyals gegenüber Griechenland findet:

“Greece may well have been the “cradle of European civilisation” but it was never that of good governance. The country is profoundly unmodernised, run by a deeply corrupt political elite which finances its rule by borrowing. [...] Greece’s pretences to be a developed rich state are bogus.“

Gegenüber Wirtschaftswissenschaftlern, die jetzt einen Schuldenschnitt fordern und die Situation mit der Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg vergleichen, empfindet der Autor anscheinend nur Mitleid:

Afrika südlich der Sahara
 Asien und Pazifik
 Europa und Nordamerika
 Lateinamerika
 Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

"It is also depressing to see learned economists making facile comparisons between the way Germany itself obtained debt relief in 1953 after World War II and the demands for a similar debt write-down by Greece today."

Thailand

Michael Winzer (16.07.2015)

Die Staatsschuldenkrise in Griechenland wird in Thailand nur sehr eingeschränkt wahrgenommen

Das bestimmende Wirtschaftsthema in Thailand in den letzten Tagen und Wochen war nicht Griechenland, sondern die massiven Kursverluste an chinesischen Börsen. Die in diesem Zusammenhang in China vernichteten Börsenwerte entsprechen einem Vielfachen der Gesamtsumme eines möglichen dritten Hilfspaketes für Griechenland, was derzeit in Europa diskutiert wird. Während die Krise in Griechenland nahezu keine Auswirkungen auf Thailand hat, ist China ein sehr enger Handelspartner Thailands. Daher werden negative Auswirkungen in Thailand befürchtet, falls sich die fallenden Börsenkurse in China auch negativ auf die Realwirtschaft auswirken und falls aufgrund von Kursverlusten von chinesischen Kleinanlegern die Touristenzahlen aus China einbrechen könnten. Das Handelsvolumen zwischen Thailand und Griechenland sowie die Anzahl griechischer Touristen in Thailand ist hingegen sehr gering. Daher haben andere Themen, wie insbesondere die Börsenkursverluste in China das Thema Griechenland in der thailändischen Berichterstattung und in der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt.

Mediale Aufmerksamkeit in Thailand fand allerdings die Schließung der Banken und die Verhängung von Kapitalverkehrskontrollen in Griechenland. In thailändischen Zeitungen waren Bilder von Griechen zu sehen, die in langen Schlangen vor Geldautomaten anstanden. Nach der schweren Asien-Krise Ende der 1990er-Jahre hat Thailand seinen Bankensektor und die Staatsausgaben auf eine solide Grundlage gestellt. Trotz wirtschaftlicher Probleme im Zusammenhang mit der politischen Instabilität und dem Militärputsch liegt die Staatsverschuldung in Thailand derzeit lediglich bei etwa 48% des Bruttoinlandsprodukts. Daher ist es für viele Menschen in dem Schwellenland Thailand nur schwer vorstellbar, dass in einem Land der bisher als wirtschaftlich als stark entwickelt angesehenen Eurogruppe die Banken schließen müssen und Menschen zur Abhebung ihrer täglich verfügbaren Summe in Schlangen an Geldautomaten anstehen müssen.

Weiterhin wurde in thailändischen Medien über die schlechten Zustände in Flüchtlingslagern in Griechenland berichtet. Dies ist insbesondere deshalb interessant, da Thailand in den letzten Monaten wegen des Umgangs mit den Rohingya-Flüchtlingen aus Myanmar international zum Teil scharf kritisiert wurde.

Es gibt überwiegend starke Zweifel, ob die Einigung des Sondergipfels tragfähig ist

Die große thailändische Tageszeitung *The Nation* druckte am Dienstag nach dem Sondergipfel folgende Überschrift auf ihre Titelseite: *„Debt deal for Greece: Experts worry if it can be implemented“*. In der thailändischen Fachöffentlichkeit wird insbesondere angezweifelt, ob Griechenland in der Lage ist, die angestrebten Privatisierungsziele zu erreichen und in den nächsten Jahren eine wettbewerbsfähige Wirtschaft und einen tragfähigen Staatshaushalt zu erreichen.

Sehr ausführlich wurde in den thailändischen Medien darüber berichtet, dass der Internationale Währungsfonds die Einschätzung habe, dass deutlich mehr Hilfen als bisher geplant und ein Schuldenschnitt für Griechenland notwendig seien. Hierbei wurde deutlich, dass der

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Internationale Währungsfonds die wirtschaftliche Situation und die Schuldenlast Griechenlands offensichtlich anders einschätzt als die Eurogruppe. Dies hat weitere Zweifel in Thailand an der Tragfähigkeit der Einigung des Sondergipfels genährt.

Die geforderten Auflagen der Griechenland-Gläubiger für ein drittes Hilfspaket werden in Thailand nicht ideologisch, sondern pragmatisch bewertet

Es gibt in Thailand keinen grundlegenden ideologischen Streit zwischen Anhängern und Gegnern der Austeritätspolitik. Ökonomen und Wirtschaftspolitiker sind in Thailand nicht wie in Europa oder den USA in ideologische Lager von Keynesianern und Monetaristen gespalten. Daher ist auch die thailändische Wirtschaftspolitik nicht von Ideologie, sondern eher von pragmatischen Grundsätzen geprägt. Aus diesem Grund hat in Thailand auch keine ideologisch geprägte Bewertung der Ergebnisse des Sondergipfels der Eurogruppe stattgefunden.

Thailand hat in den letzten Jahrzehnten ein massives Wirtschaftswachstum erlebt und dabei auch Wirtschaftskrisen überwunden. Sowohl in der medialen Berichterstattung als auch in der fachöffentlichen und politischen Diskussion hat es bisher keine Kritik an den Spar- und Reformforderungen der Gläubigerländer gegeben. Vielmehr wurde bisher meist über die hohe Ausgabenlast des griechischen Staates, beispielsweise bei Renten berichtet.

Weiterhin basiert die Medienberichterstattung sehr stark auf Zitaten der Staats- und Regierungschefs der Eurogruppe sowie des Kommissionspräsidenten. Diese Zitate wurden normalerweise stets sehr ausgewogen und neutral in der Berichterstattung verwendet. Eine Kommentierung der Staatsschuldenkrise oder der Ergebnisse des Sondergipfels hat bisher in den thailändischen Medien fast nicht stattgefunden.

Eine Bewertung der deutschen Position hat in Thailand bisher nicht stattgefunden

Es gibt in Thailand weder verbreitete Kritik noch Zustimmung für die deutsche Linie beim Sondergipfel der Eurogruppe. Es gibt auch keine offene Erwartungshaltung, dass Deutschland und andere Euroländer sich an weiteren Hilfspaketen beteiligen sollen. Vielmehr wird die griechische Staatsschuldenkrise als innereuropäisches Problem angesehen, zu dem sich Thailand nicht positioniert.

Ebenso hat eine öffentliche Bewertung der Einigung auf dem Sondergipfel und der Position Deutschlands durch thailändische Politiker oder politische Parteien nicht stattgefunden. Innerhalb der EU gilt Deutschland als wichtigster politischer und wirtschaftlicher Partner Thailands. Daran hat sich auch durch die deutsche Position bei der griechischen Staatsschuldenkrise nichts geändert.

Es wird allerdings deutlich wahrgenommen, dass Deutschland in der Eurogruppe der größte Gläubiger Griechenlands ist und somit auch bei allen weiteren Entscheidungen über künftige Hilfspakete eine entscheidende Rolle spielt und eine hohe Verantwortung trägt.

Europa wird verstärkt mit Krisen und Meinungsverschiedenheiten assoziiert

Im Zuge der verbesserten wirtschaftlichen, politischen und auch sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zwischen Thailand und insbesondere China, Russland und den ASEAN-Ländern hat Europa in den letzten Jahren an Bedeutung für Thailand verloren. Bisher galten die Europäische Union und die Eurogruppe als Vorbild für die Schaffung eines gemeinsamen südostasiatischen Wirtschaftsraums, der Ende dieses Jahres unter dem Namen ASEAN Economic Community in Kraft treten soll. Durch die Staatsschuldenkrise in einzelnen Euro-Ländern und auch durch Meinungsverschiedenheiten vor dem Sondergipfel der Eurogruppe

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

am vergangenen Sonntag hat diese Vorbildfunktion Risse bekommen, zumal nun erstmals die Währungsunion innerhalb der EU in Frage gestellt wurde. Dadurch besteht die Gefahr, dass sich Thailand künftig weiter eher in Richtung China, Russland und zu den anderen ASEAN-Ländern orientiert und die Strahlkraft Europas als Erfolgsmodell und Idee einer Gemeinschaft auf Basis freiheitlich-demokratischer Werte weiter abnimmt.

In diesem Zusammenhang ist auch interessant, dass die *Bangkok Post*, ebenfalls eine große thailändische Tageszeitung, in einem relativ langen Artikel über Meinungsverschiedenheiten zwischen Frankreich und Deutschland im Vorfeld des Sondergipfels berichtet hat. So berichtete die Zeitung von einem "open conflict" zwischen Angela Merkel und Präsident François Hollande sowie dass beide in der Frage, wie weit man gehen könne, um Griechenland in der Eurozone zu halten, „deeply divided“ seien. Ein solcher Eindruck, dass die beiden einwohnerstärksten Länder der EU in einer derart zentralen Frage zunächst offensichtlich unterschiedliche Lösungsansätze verfolgen, schwächt das Vertrauen in die EU als Einheit. Dies könnte dazu führen, dass Thailand künftig weiterhin verstärkt auf bilaterale Kontakte mit EU-Ländern setzt, anstatt sich direkt mit Institutionen der EU über wichtige Fragen auszutauschen.

Schlussendlich wurde seit dem Beginn des Anleiheaufkaufprogramms der EZB und der damit verbundenen Schwächung des Euro-Wechselkurses die thailändische Währung gegenüber dem Euro aufgewertet. Dies hat dazu geführt, dass Thailand-Urlaube für Europäer teurer wurden und Thailand nun befürchtet, dass in Zukunft die Anzahl der Touristen aus Europa sinkt. Dies wäre für den Tourismussektor in Thailand, der immerhin rund 9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ausmacht, problematisch und könnte für eine stärkere Wahrnehmung der Euro-Krise in Thailand sorgen.

Volksrepublik China

Thomas Awe (16.07.2015)

Auf dem Sondergipfel der Eurogruppe einigten sich die Staats- und Regierungschefs nach zwei Wochen akuter Krisensituation auf eine Wiederaufnahme der Verhandlungen über ein neues Hilfspaket für Griechenland. Was die chinesisch-griechischen Beziehungen betrifft, so sind diese integraler Bestandteil der Außenpolitik Chinas gegenüber Europa und sehen sich von der Vereinbarung kaum beeinflusst. Nachdem China das Management des Piräus-Hafens übernahm, fußt das Verhältnis zwischen Peking und Athen auf Zusammenarbeit im Seehandel.

In der Volksrepublik China herrscht eine insgesamt positive Einstellung gegenüber der Einigung. Die Nachricht politischer und finanzieller Stabilität der Eurozone – inmitten einer heimischen Börsenkrise – wird von allen Seiten begrüßt. So betonte die chinesische Regierung im Laufe der Verhandlungen, dass sie sich ein starkes und vereintes Europa wünsche. Dafür ist der Verbleib Griechenlands im Euroraum unabdingbar. China erwarb anlässlich der schwierigen finanziellen Situation in Athen bereits 2014 griechische Staatsanleihen, an denen es auch während der Krise festhielt. Die Einschätzung der Krisensituation als „Sturm im Wasserglas“ (Prof. Wang Yiwei, Volksuniversität Beijing), zeigt das Vertrauen in die EU, wieder auf einen einheitlichen Weg gelangen zu können, zeugt aber auch von einer bewussten Nichteinmischung seitens Chinas – kennzeichnend für die Außenpolitik der Volksrepublik.

China hält an seiner offiziellen Linie fest, dass ein vereintes Europa für alle Beteiligten am vorteilhaftesten ist. Peking will ein wohlhabendes Europa und einen starken Euro sehen. Des Weiteren strebt es danach, seine Zusammenarbeit mit Griechenland zu vertiefen und hofft, die Stabilisierung der fragilen Situation in der Region durch Investition zu beschleunigen. In

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

den Mittelpunkt rücken dabei die Übernahme von Infrastruktur- und Energieprojekten (insbesondere durch Beteiligungen an Häfen) sowie die Durchsetzung Chinas strategischer Interessen im Zuge seiner „One Belt one Road“ Initiative. Hierbei handelt es sich um die Errichtung eines Wirtschaftsgürtels entlang der historischen Seidenstraße und den Ausbau einer neuen maritimen Seidenstraße, die die überregionale Konnektivität vorantreiben sollen.

Die Berichterstattung im Vorfeld der Einigung zeichnete sich weniger durch eingehende Analysen, z.B. über die Positionen der verschiedenen Parteien in Griechenland, oder auch in Deutschland und innerhalb der EU aus, sondern konzentrierte sich vielmehr auf mögliche Konsequenzen für die Europäische Union und die Weltwirtschaft im Falle eines „Grexit“. In den chinesischen Online-Medien und sozialen Netzwerken wird zudem mit der empfundenen Machtlosigkeit Griechenlands gegenüber dem Internationalen Währungsfond und anderen Gläubigern sympathisiert. Dies lässt sich unter anderem zurückführen auf die ursprünglichen Gründe hinter Chinas Bemühungen, Alternativen zum IWF und der Weltbank zu schaffen. Diese Ausweichlösungen sollen wirtschaftlich gesehen schwächere Länder davor bewahren, in die finanzielle und politische Abhängigkeit der großen westlichen Finanzinstitutionen zu geraten und somit ihre Handlungsfreiheit in der heimischen Wirtschaftspolitik zu verlieren.

Einschätzungen wie diese mischen sich mit der volkstümlichen Bewunderung für Deutschlands starke Position innerhalb Europas – auch sichtbar in den Einigungsgesprächen um das Hilfspaket. Im Gegensatz dazu wird die schwache Verhandlungsmacht Griechenlands in Hinblick auf die Forderungen der Bundesrepublik in der chinesischen Presse bildhaft mit der Metapher „Frischfleisch Griechenland“ beschrieben, welches von Bundeskanzlerin Angela Merkel „plattgewalzt“ werde.

Während die staatlichen Nachrichtenagenturen den „Grexit“ als abgewendet sehen, stützen sich andere auf Aussagen der Analysten von Citigroup und beurteilen das Risiko eines späteren Euro-Austritts durch Griechenland weiterhin als „nicht unerheblich“. Dies wäre eine ausdrücklich ungewollte Entwicklung für China. Da diese Thematik hauptsächlich von wirtschaftlicher und weniger von politischer Seite betrachtet wird, geht es in erster Linie darum, die wirtschaftlichen Folgen der Reformauflagen zu meistern und ein nachhaltiges Wachstum für die griechische Wirtschaft zu entwickeln. Dabei betont China immer wieder die gemeinsame Verantwortung der Europäischen Union. In diesem Punkt kritisieren einige chinesische Wirtschaftswissenschaftler die unnachgiebige Position Deutschlands gegenüber einer Neugruppierung der Schulden. Insgesamt wird die Einigung aber als erster Schritt zur Entlastung der Eurogruppe gesehen und – obwohl eine Stabilisierung erwartet wird – weniger als Lösung der finanziellen Schwierigkeiten Griechenlands. Vor dem Hintergrund der Krise werden außerdem die Chancen für ausländische Investoren herausgestellt und die Auswirkungen auf die Kurse des chinesischen Yuans und des US-Dollars als positiv bewertet.

Da die offizielle Linie der Kommunistischen Partei Einigkeit großschreibt, wird eine mögliche Polarisierung Europas kaum öffentlich behandelt. Der Wunsch nach Zusammenhalt und Stärke steht im Vordergrund. Soziale Netzwerke sind ebenfalls mehr an den Verschiebungen internationaler Machtverhältnisse und dem wirtschaftlichen Nutzen für China interessiert. Eine mögliche Beeinflussung chinesischer integrationskritischer Gruppen kommt nicht zur Sprache.

Zur Position Deutschlands bezogen Regierungssprecher keine Stellung. Unter Ökonomen herrscht Verständnis für die schwierige Situation der Bundeskanzlerin, eine Balance zwischen innerparteilicher Loyalität und dem Wohl der internationalen Gemeinschaft herzustellen; andererseits wird Deutschlands Betonung kurzfristiger Rettungsmaßnahmen und der unnachgiebige Standpunkt gegenüber einer Neugruppierung der griechischen Staatsschul-

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

den kritisiert. Diese Anmerkungen sind jedoch rein wirtschaftswissenschaftlicher Natur. Anzeichen für eine zukünftige Änderung des bilateralen Verhältnisses zwischen China und Deutschland gibt es keine.

Fazit: Die Griechenland-Einigung ist Teil des Interesses der Volksrepublik China an einem vereinten Europa und wird weitaus stärker im wirtschaftlichen als im politischen Sinne diskutiert. Ein stabiles Europa bleibt für Peking nach wie vor wichtig, dennoch ist es unwahrscheinlich, dass sich die chinesische Regierung direkt in die Verhandlungen einmischen wird.

EUROPA

Belarus

Dr. Wolfgang Sender (14.07.2015)

In Belarus, obschon EU-Nachbarland und aktuell selbst von einer massiven Wirtschafts- und Finanzkrise betroffen, fanden die Ereignisse um Griechenland nur selten Eingang in die mediale Berichterstattung. Meistens wurde das Thema sachlich-objektiv in der Rubrik "Nachrichten aus der Welt" dargestellt. Journalistische Eigenrecherchen jenseits der Agenturmeldungen - beispielsweise zur Meinung der belarussischen Regierung, der Oppositionsparteien, der Nichtregierungsorganisationen oder ausländischer Politiker - fanden sich praktisch nicht, obschon der gesellschaftliche Austausch gerade mit den baltischen Nachbarn und Polen insgesamt hoch ist.

Die bisher einzige ausführliche, in den elektronischen Medien (tut.by) wiedergegebene wirtschaftliche Analyse des Experten Sergej Tschaly kam zu dem Schluss, dass sich Belarus angesichts der Erfahrungen mit Griechenland hüten sollte, Anschluss an irgendeine Währungsunion zu suchen - sei es einer Union mit Russland oder innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion.

Auch für das offizielle Minsk war die Griechenland-Krise insgesamt kaum ein Thema. Dies ist auch wenig verwunderlich, wo doch für die belarussische Wirtschaft und den Staat Russland der überragende Partner ist. Lediglich am Tag vor der Einigung am 13.07.2015 plädierte der belarussische Außenminister Wladimir Makej dafür, die Lage "bei unseren Nachbarn hinter dem Zaun" nicht zu dramatisieren. Natürlich könne eine infolge der Krise entstehende eventuelle Abwertung des Euro auch zu sinkenden Exporten aus Belarus in die EU führen. Dem stünden indes die für Belarus wichtigeren günstigeren Importpreise gegenüber. Da der Import aus der EU etwa doppelt so hoch wie der Export in die EU ist – so offenkundig die Kalkulation im Minsker Außenministerium - könne sich dies für Belarus auszahlen. Nach der Meinung des Außenministers solle Minsk die "turbulenten Prozesse" in der EU zum Anlass nehmen, die Diversifizierung seiner Absatzmärkte zu beschleunigen, um nicht von einem einzigen Markt, z. B. dem der EU, abhängig zu sein. Außenminister Makej rief seine Landsleute dazu auf, nicht in Panik zu geraten, sondern forderte sie auf: "Sie müssen nur, wie vom Staatschef gefordert, die Ärmel hochkrempeln und hart arbeiten". Wohlgermerkt hat die belarussische Volkswirtschaft aktuell mit massiven strukturellen Problemen bei der Außenverschuldung zu tun und kämpft nun händeringend um eine Refinanzierung ihrer Schulden.

Auch die politischen Oppositionsparteien in Belarus haben sich zum Thema faktisch nicht geäußert. Wohl auch aufgrund der gerade anlaufenden Kampagne für die Präsidentschaftswahlen im Oktober wurde das Thema Griechenland hier kaum beachtet. Lediglich auf direkte Anfrage durch die KAS positionierte sich mit der Partei "Belarussische Christliche Demo-

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

kratie" zumindest eine Partei. Die Einigung mit Griechenland bringe kurzfristige Vorteile für die EU, meint man hier. Ob sich dies dauerhaft niederschlage, hänge vom Erfolg der Reformen in Griechenland ab. Grundsätzlich sei eine starke EU gut für Belarus. Daher sei für Belarus alles positiv, was die EU stärke, so die Christdemokraten.

Deutlich kontroverser wurde das Thema in den Kommentaren in sozialen Medien und zu Online-Artikeln durch die Bevölkerung diskutiert. Verbreitet war hier die Darstellung von Klischees im Sinne eines arbeitsscheuen Südens und eines zu strengen Nordens. In den Kommentaren - die übrigens auch in Belarus durch teils sehr aktive Trolle mitgeprägt werden - wurde die Einigung dabei selten positiv bewertet. Sie sei nicht aus Überzeugung und aus guten sachlichen Gründen erfolgt, sondern mehr oder weniger nur deshalb, um Griechenland von einer Hinwendung zu Russland abzuhalten. Maßgeblich für die Einigung sei der Druck der USA gewesen, die geostrategische Interessen im Sinne einer Eindämmung Russlands verfolge. Thematisiert wurde hier auch, ob der Fall Griechenland nicht auch zu Nachahmungen durch andere Staaten insbesondere unter den Beitrittskandidaten und den Teilnehmern der Europäischen Nachbarschaft führen könnten.

Bosnien und Herzegowina

Dr. Karsten Dümmel (16.07.2015)

Die Einigung, welche zu der Krise in Griechenland in Brüssel vor wenigen Tagen erzielt wurde, war in den letzten Tagen die Hauptmeldung in der Auslandsberichterstattung der Medien. Allerdings wurden alle Meldungen aus dem Ausland von den Ereignissen um die Srebrenica-Gedenkfeier überlagert: Am 11. Juli wurde anlässlich des 20. Jahrestages des Srebrenica-Massakers der Opfer gedacht, aber im Rahmen der Gedenkveranstaltung wurde der serbische Premierminister Vucic angegriffen und mit Steinen beworfen. Alle politischen Akteure sind derzeit mit diesem Ereignis und den Reaktionen beschäftigt, so dass Reaktionen auf die Griechenland-Einigung bislang entweder ausgeblieben oder schwach sind.

Im Laufe der gesamten Krise und den jüngsten Verhandlungen wurde Deutschland und Bundeskanzlerin Merkel eine führende Rolle und der größte Einfluss zugesprochen. Generell steht die bosnisch-herzegowinische Öffentlichkeit dieser Rolle Deutschlands in der EU positiv gegenüber, abgesehen von einigen Stimmen aus dem NGO-Sektor, welche die Behandlung Griechenlands durch die EU stark kritisieren und dabei Deutschland als federführend ansehen.

Die Rolle Deutschlands wird in Bosnien und Herzegowina vor allem vor dem Hintergrund der EU-Integration der Länder der Region betrachtet. So wurde auch der Besuch der Bundeskanzlerin in Sarajevo am 09. Juli 2015 wahrgenommen. Dieses Besuch und die bei dieser Gelegenheit ausgesprochenen Botschaften wirken in BiH immer noch stärker nach als die Reaktionen auf die Griechenland-Einigung und wird die bilateralen Beziehungen beider Länder mehr prägen, als die Verhandlungsführung in der Griechenland-Krise.

Brüssel und Benelux

Dr. Stefan Gehrold (17.07.2015)

Bewertung der Einigung in Brüssel

Die Entscheidung der Regierung Tsipras für ein Referendum am 5. Juli sowie insbesondere ihr Werben für die Ablehnung des Reformentwurfs der Institutionen wurde im politischen Brüssel als "Desaster" bewertet. Vertreter der Institutionen sprachen fast einhellig davon, dass sie das Vertrauen in die griechische Regierung nun völlig verloren hätten. Mit den Krisensitzungen der Eurogruppe am Wochenende des 11./12.07., die zugleich die letzte Chan-

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

ce zur Abwendung eines griechischen Staatsbankrotts waren, sollte das Vertrauensverhältnis wiederhergestellt werden. Vor Beginn der Verhandlungen war die allgemeine Stimmung innerhalb der Institutionen jedoch höchst pessimistisch. Für den Fall eines Scheiterns der Eurogruppen-Gespräche rief Ratspräsident Donald Tusk vorsichtshalber gar einen außerordentlichen Ratsgipfel für Sonntag, den 12. Juli 2015 ein. Auf diesem hätten sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union allein mit den Folgen eines Grexit befasst.

Zur Überraschung vieler Beobachter schafften es die Verhandlungsparteien am frühen Montag, eine Einigung zu erzielen. Trotz allgemeiner Erleichterung herrscht eine große Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung. So weisen viele politische Akteure darauf hin, dass noch immer keine wirkliche Einigung erzielt wurde und noch viele Hindernisse bevorstehen würden (z.B. Zustimmung einiger nationalen Parlamente).

Die ganz überwiegende Mehrheit der Beobachter und Akteure in Brüssel hat aber Respekt vor der gefundenen Einigung.

Interessant ist – gerade im Vergleich zu den Debatten in den Mitgliedstaaten – die Bewertung der Ereignisse und Ergebnisse durch die politischen Akteure in Brüssel. Aus den Institutionen ist zu hören, dass die griechische Regierung wie schon bei den vorherigen Krisengipfeln mit ihren Forderungen auf völlig verlorenem Posten stand. Innerhalb der Eurogruppe herrschte demnach wieder eine geschlossene 18 zu 1 Mehrheit. Zwar wären gewisse Meinungsunterschiede aufgetreten ('harte Linie': Deutschland, Finnland, Baltikum, Niederlande, Slowakei -- 'kompromissbereite Linie': Frankreich, Italien und die Europäische Kommission), eine Eskalation bzw. einen echten Bruch innerhalb der EU hätte es aber nicht gegeben. So hätte der Krisengipfel gezeigt, dass die Achse Paris-Berlin weiterhin sehr stark wäre. Präsident Hollande und Kanzlerin Merkel hätten wie schon bei den Verhandlungen zum Minsk II Abkommen sehr gut und eng zusammengearbeitet. Kritisiert wurde hingegen von einigen Akteuren die dominante Rolle Deutschlands. Die Einigung wird in Brüssel zum Teil als Sieg Merkels bezeichnet. Der Vorsitzende der S&D-Fraktion, Gianni Pittella, griff diese Empfindung am Dienstag auf und kommentierte, dass die griechische Schuldenkrise Deutschland nicht geholfen hätte, seine Sympathien zu steigern. Europa und Deutschland bräuchten ein europäisches Deutschland, kein germanisiertes Europa.

Die Kritik kann allerdings getrost als substanzloses sozialistisches Getöse bezeichnet werden, das nicht einmal alle Sozialisten (PSE) teilen. Die sozialistische slowakische Regierung hatte eine deutlich härtere Linie gefordert. Die Regierungen Spaniens, Portugals und Irlands, aber auch der Niederlande, wollten ebenfalls weiter gehen. Wichtig: In Irland und den Niederlanden, wie auch in Deutschland sind die Sozialisten mit in der Regierungsverantwortung. Der niederländische Sozialist Jeroen Dijsselbloem hält die von seinem Parteigenossen Pitella geäußerte Kritik für ungerechtfertigt und setzte hinzu: „Ich habe kein Mitleid mit der griechischen Regierung“.

Kritik übten Vertreter der EVP an dem sozialistischen französischen Präsidenten François Hollande. Dieser hätte, um sich als „Spartakus“ zu profilieren, den Konsens der Eurogruppe zwischenzeitlich verlassen. Nachdem die kommunistische griechische Regierung unfähig war, Reformvorschläge zu formulieren, hätte man Athen vom Elysée aus die Leitlinien diktiert. Die sozialistische Regierung stand zwischenzeitlich mit Zypern und teilweise Italien gegen die anderen 15 Eurogruppenstaaten.

Substantieller ist die Kritik aus der drittgrößten Fraktion des EP, der ECR, der auch die AfD angehört sowie aus Teilen der EVP-Fraktion. Dahinter steht, dass sich dort niemand vorstellen kann, dass die kommunistische griechische Regierung sich tatsächlich ernsthaft um die Umsetzung bemühen wird. Der linksextreme griechische Ministerpräsident hatte ja am 15.07. erklärt, darauf wiesen Parlamentarier der EVP-Fraktion bei einer Konferenz in

Afrika südlich der Sahara
 Asien und Pazifik
 Europa und Nordamerika
 Lateinamerika
 Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Washington hin, dass er persönlich die Reformen gar nicht durchführen wollte. Wie, so die Vertreter, könnte man jemandem abnehmen, dass er Reformen durchführen würde, der im gleichen Atemzug angibt, dass er diese gar nicht wollte?

Bewertung der Einigung in BeNeLux

Die liberal-konservative belgische Regierung verteidigte am Montag die 'harte Linie' der Europäischen Union gegenüber Griechenland. Die Regierung Tsipras hätte es darauf ankommen lassen, da sie seit ihrem Wahlsieg im Januar 2015 jegliche Kooperation verweigert hätte. Der Parteivorsitzende der größten belgischen Partei, NV-A, Bart de Wever, die auch den Finanzminister stellt, forderte eine europäische Untersuchungskommission. Es müssten endlich „Pferd und Reiter“ für das griechische Desaster genannt werden. Einen Schuldenschnitt lehnt die NV-A radikal ab.

In den linken belgischen Medien wurde die Einigung kritisch bewertet. Diese geißelten die Gläubiger für eine vermeintliche 'Bestrafung Griechenlands' sowie einen 'Staatsstreich', da von nun an nordeuropäische Technokraten die griechische Politik steuern würden. Ebenso verwiesen sie auf eine tiefgehende Spaltung Europas und sprachen davon, dass der Deutsch-Französische Motor, der die Europäische Integration jahrzehntelang vorangebracht habe, eine Fehlzündung nach der anderen abliefern würde. Die bürgerlichen Medien machten hingegen Frankreich (s.o.) für diese Entwicklung verantwortlich und wiesen darauf hin, dass erst die Übernahme der Regierungsverantwortung durch François Hollande eine zuvor gut funktionierende Kooperation aus dem Gleichgewicht gebracht hätte. *De morgen* schreibt gar, dass nicht Griechenland, sondern Deutschland kapituliert hätte: „Wenn das ein deutscher Sieg ist, wie sieht dann eine Niederlage aus?“ Deutschland hätte eine Einigung mit einer völlig verantwortungslosen griechischen Regierung herbeigeführt, die wieder viele Milliarden kosten würde.

Luxemburg ist das Land, das pro Kopf am intensivsten für die Rettungspakete haftet. Entsprechend kritisch sind die Kommentare zur Einigung. „Merci Europa“, kommentiert man hämisch in Luxemburg den Kompromiss. Die liberal-sozialistische luxemburgische Regierung lobt hingegen die Einigung. Finanzminister Pierre Gramegna betonte, dass Deutschland mit seiner 'harten Linie' nicht allein gewesen wäre. Die griechische Regierung hätte durch ihre Blockade eine frühere Lösung verhindert. Der sozialistische luxemburgische Außenminister, Jean Asselborn, empfahl der deutschen Bundesregierung, weniger dominant aufzutreten. Vor allem das Papier von Wolfgang Schäuble über einen temporären Austritt Griechenlands aus der Eurozone hätte Irritationen bei den Partnern ausgelöst.

Nach Luxemburg sind die Niederlande das Land mit der höchsten Pro-Kopf-Garantie im Rahmen der Hilfspakete. Hoffnungen auf eine Rückzahlung dürfte man sich nicht machen, die Vereinbarungen wären aber dennoch politisch notwendig gewesen. Im Mittelpunkt stand dabei Ministerpräsident Mark Rutte, der noch im Wahlkampf versprochen hatte, dass es mit ihm keine neuen Kredite für Griechenland geben würde. Laut Rutte hatte seine Regierung am Sonntag aber keine Alternative zum gefundenen Kompromiss, da ein Grexit eine Tragödie in Griechenland ausgelöst hätte und die Einheit Europas in Gefahr gewesen wäre.

Harte Kritik kommt in den Niederlanden von der Opposition (PVV) und den nahestehenden Medien. Geert Wilders erneuerte seine Forderung nach einem Referendum in den Niederlanden über ein drittes Hilfspaket. Dieses müsste, so Wilders, in jedem Fall verhindert werden. Die Troika, die Niederlande und auch Deutschland wären vor Tsipras eingeknickt.

Martin Sommer kommentiert in *De Volkskrant*: „Neokoloniale Disziplinierung? Wir sind Griechen! Das bedeutet nichts anderes, als dass die Argumente der anderen sie nichts angehen. Und so beschließen sie dann einfach per Referendum, dass die anderen ihnen zu ihren Be-

Afrika südlich der Sahara
 Asien und Pazifik
 Europa und Nordamerika
 Lateinamerika
 Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

dingungen helfen müssen. Die Griechen sehen sich gern in der Opferrolle. Jahrelang haben sie von billigem Geld gelebt. Damit ist es jetzt vorbei.“

Bulgarien

Dr. Marco Arndt (15.07.2015)

Da Griechenland ein direkter Nachbar Bulgariens ist, hat die Krise auf das Balkanland besondere Auswirkungen, obwohl Bulgarien nicht Mitglied der Eurozone ist.

Die bulgarischen Regierungen, vor allem die beiden Kabinette unter Boyko Borrisov (2009-2013 und seit 2014) verfolgten und verfolgen eine strenge Austeritätspolitik. Die wirtschaftlichen und finanziellen Kennzahlen Bulgariens erfüllen die Maastricht-Kriterien deshalb sehr deutlich, worauf die Regierung besonders stolz ist. Diese strikte Haushaltsdisziplin hat allerdings ihren Preis: Bulgarien gehört nach wie vor zu den ärmsten Staaten in der EU und ohne die europäischen Strukturmittel würde sich das Land, besonders bei der Infrastruktur, deutlich langsamer entwickeln. Kritik an dieser Sparpolitik wurde bislang stets mit Hinweis auf die Dauerkrise beim südlichen Nachbarn begegnet. Griechenland war und ist sozusagen das Negativbeispiel für die Bulgaren, wenn es um die Frage geht, was passiert, wenn man über seine Verhältnisse lebt bzw. wie man haushalten sollte. Ähnlich äußerte sich auch Manfred Weber im EU-Parlament und stellte Bulgarien als positives Vorbild hin.

So ist unter manchen Bulgaren deutlich Schadenfreude zu erkennen, aber auch Mitleid mit den Griechen. Borissov hat daher am 9. Juli humanitäre Hilfe, falls notwendig, angeboten. Die Griechen sollten nicht unter den Fehlern ihrer Regierung leiden.

Hotels, Restaurants und Geschäfte in Nord-Griechenland haben während der Krise die bulgarische Leva als Zahlungsmittel akzeptiert. Durch ihren fixen Wechselkurs zum Euro ist das risikolos; anschließend werden die Beträge in Bulgarien in Euro gegen eine geringe Gebühr umgetauscht. Viele Rentner aus Griechenland sind derweil nach Bulgarien verzogen, weil hier die Lebenshaltungskosten deutlich geringer sind. Ähnliches gilt für viele kleinere Unternehmen, die ihren Sitz nach Bulgarien verlegt haben.

Auswirkungen könnte die Krise auch auf die etwa 120.000 bulgarischen Gastarbeiter, darunter viele Grenzpendler, haben, für den Fall, dass sie arbeitslos werden. Im Sommer steigt ihre Zahl auf etwa 200.000, da viele Bulgaren dann in der Landwirtschaft, der Gastronomie und der Tourismusbranche aushelfen. Entlassungen würde die Zahl der Arbeitslosen in Bulgarien signifikant erhöhen.

In den Medien - Print, online, TV und Radio - wird die Einigung kaum von heimischen Experten kommentiert. Es überwiegen Darstellungen der Fakten und der Lageentwicklung, gefolgt von Einschätzungen ausländischer Experten. Unterschwellig ist in den Darstellungen aber eine gewisse Sympathie mit der deutschen Haltung und eine Kritik an der griechischen Reformunfähigkeit abzulesen. So titelte die auflagenstarke Zeitung *Standart*: "Bloody Merkel statt Ouzo für Tsipras", und die ebenso auflagenstarke Zeitung *Trud* schrieb: "Merkel hat Tsipras ans Kreuz genagelt". Deutschland habe die Kontrolle über die Reformen übernommen.

Die Linken waren in den sozialen Netzwerken über die Einigung mit der EU enttäuscht, weil der von ihnen zuweilen als Held gefeierte griechische Premier Tsipras nachgegeben habe. Manche äußerten die Hoffnung, dass es noch nicht zu spät für Griechenland sei, die Auflagen nicht zu erfüllen. Viele anonyme Internet-Leserkommentare halten den Griechen allerdings vor, über ihren Verhältnissen gelebt zu haben und jetzt die Rechnung dafür präsentiert zu bekommen, zumal Bulgarien seit 1996 trotz Schwierigkeiten eine sehr strikte Finanzdisziplin aufrechterhalte. Oft kann man auch Klagen hören und lesen, dass die Griechen

Afrika südlich der Sahara
 Asien und Pazifik
 Europa und Nordamerika
 Lateinamerika
 Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

trotz der Krise einkommensmäßig noch immer im Großen und Ganzen besser dastehen als die Bulgaren.

Vertreter der Regierung haben sich nur sporadisch zu Griechenland geäußert. Ministerpräsident Bojko Borissov sagte, dass Bulgarien natürlich solidarisch mit Griechenland sei, die EU aber zu viel Zeit dafür aufwende und keine Zeit bleibe, um den armen bulgarischen Regionen die gebührende Aufmerksamkeit zu widmen. Vizepremier Donschev hat des Öfteren im Fernsehen die griechische Krise kommentiert und analysiert. Tenor seiner Aussagen war, dass Griechenland die Auflagen und Reformen der EU erfüllen müsse. Eine zu nachgiebige Haltung der EU gegenüber Griechenland würde nach seiner Meinung das Ende der Union in dieser Form einläuten.

Stimmen aus der oppositionellen Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP), so der Vorsitzende Mikov und Ex-Staatspräsident und Vorsitzender der linken ABW-Partei Parwanov, begrüßten insbesondere das griechische „Nein“ im Referendum, indem sie es als eine Ablehnung des vermeintlich „neoliberalen Spardiktat“ interpretierten. Die BSP wertet die Einigung vom Sonntag als Erniedrigung. Ein neues Referendum über dieses Ergebnis würde noch mehr Nein-Stimmen hervorbringen.

Erstaunlich ist, dass sich in Bulgarien trotz der Sparpolitik keine Partei gegründet hat, die Syriza ähnelt. Auch die beiden o. a. linken Parteien stehen in Umfragen nicht gut da.

Radan Kanev, Fraktionsvorsitzender des an der Regierung beteiligten bürgerlichen Reformblocks, meinte, dass sich angesichts der griechischen Krise Möglichkeiten für Bulgarien und Rumänien als einzig stabile Länder in Südosteuropa ergäben. Zugleich sei die geopolitische und wirtschaftliche Instabilität in Griechenland für Bulgarien negativ.

Griechenland

Susanna Vogt / Iakovos Dimitriou (16.07.2015)

Wahrnehmung in Griechenland

In Griechenland wurde die Einigung von Brüssel sowohl von der Regierungskoalition wie auch von der Bevölkerung geteilt aufgenommen. Die Spaltung innerhalb der Regierung wurde bei der im Rahmen der Brüsseler Einigung geforderten Abstimmung erster Reformmaßnahmen am 15. Juli im griechischen Parlament sehr deutlich sichtbar: Fast ein Viertel der SYRIZA-Abgeordneten verweigerte ihrem Premierminister in dem Votum die Zustimmung. Dies wird weitere innenpolitische Konsequenzen nach sich ziehen, da nun Premier Tsipras nicht mehr auf eine Regierungsmehrheit zählen kann.

Seitens der Bevölkerung hatte man sich, gerade nach dem eine Woche zuvor durchgeführten Referendum zu den Verhandlungen in Brüssel und dessen deutlicher Mehrheit gegen die von den Kreditgebern vorgeschlagenen Reformauflagen, ein anderes Verhandlungsergebnis erhofft. Die Regierung unter Ministerpräsident Alexis Tsipras hatte in dem Referendum für ein deutliches „Nein“ bei den Griechen geworben, um im Anschluss mit einem gestärkten Mandat in die Verhandlungen in Brüssel gehen zu können. Mit diesem Vorhaben ist man deutlich gescheitert. In der Folge wird die Regierung nun nicht müde zu betonen, dass man den Kompromiss inhaltlich ablehne, aber keine Wahl gehabt habe und sich erneut einem von außen auferlegten Programm für Griechenland unterwerfen musste. Gleichzeitig behauptet Tsipras, in dieser Zwangslage besser als die Vorgängerregierungen bei den bisherigen Kreditprogrammen für Griechenland verhandelt zu haben.

Die griechische Bevölkerung ist derweil zusehends verwirrt und enttäuscht von der Strategie der Regierung – über die letzten sechs Monate seit Amtsantritt Tsipras hinweg, insbesonde-

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

re aber seit der Anberaumung der Volksabstimmung. Man ist nun, mit dem dritten Rettungsprogramm im Blick, zudem verunsichert, was auf das Land an weiteren Maßnahmen zukommen und ob man zurück auf den Wachstumspfad finden wird. Dennoch stellte sich nach der in Brüssel erzielten Einigung auch Erleichterung über den voraussichtlichen Verbleib des Landes in der Eurozone ein – ein Ziel, dass mit wachsenden Zustimmungswerten inzwischen über 70 Prozent der Griechen anstreben. Dennoch erfreut sich auch Premier Tsipras nach wie vor hoher Beliebtheit mit etwa 60 Prozent Zustimmung.

Derweil ist der wirtschaftliche Schaden durch die Bankenschließungen und Kapitalverkehrskontrollen massiv. Unternehmen in Griechenland haben unter diesen Maßnahmen sehr gelitten, die wirtschaftliche Gesamtsituation hat sich mit entsprechenden fiskalischen Auswirkungen noch einmal rapide verschlechtert. Und fast 40 Prozent der Bevölkerung glauben, dass die Situation in zehn bis 20 Jahren in Griechenland noch genauso wie heute sein wird.

Positionierung wichtiger politischer Akteure

Die in den letzten fünf Jahren vorherrschende innenpolitische Logik zwischen einer Positionierung Pro- oder Anti-Memorandum (wie die Kreditvereinbarungen mit den Gläubigern in Griechenland genannt werden) in der griechischen Parteienlandschaft scheint vorläufig beendet. Die Parteien haben sich nun offen entlang einer Entscheidung zwischen Euro und Drachme aufgestellt – und diese Spaltung verläuft auch durch die Fraktion der SYRIZA. Die Bevölkerung scheint hingegen die Fortsetzung des Kurses der Kreditvereinbarungen mit einem dritten Hilfsprogramm für Griechenland akzeptiert zu haben: in Umfragen nach den Brüsseler Beschlüssen haben sich über 70 Prozent für die Annahme des Kompromisses durch das griechische Parlament ausgesprochen.

Die Regierungspartei SYRIZA geht aus den Brüsseler Verhandlungen sowie dem Parlamentsbeschluss in Athen zu den prior actions des dritten Programms geschwächt hervor. Die Partei ist gespalten zwischen Reformern und Vertretern des radikalen Lagers, das sich gegen die Reform- und Sparauflagen stellt. Es ist zu diesem Zeitpunkt fraglich, ob und wie es Premier Tsipras gelingen kann, die sich weiter öffnenden Flügel seiner Partei zusammenzuhalten. Eine vollständige Abspaltung der linken Plattform der Partei scheint möglich.

Der kleine Koalitionspartner ANEL verfolgt derweil eine abenteuerliche Argumentationslogik: Die Fraktion stimmte im Parlament geschlossen für die Reformen. Man wolle nicht, dass die Strategie Europas und namentlich Wolfgang Schäubles aufgehe, Griechenland über eine Ablehnung der Reformen aus dem Euro zu drängen. Daher stimme man – in dem für ANEL stets zentralen Patriotismus – mit „Ja“. Gleichwohl lehne man das erneute „Spardiktat aus Brüssel“ aus voller Überzeugung ab. ANEL kritisierte dabei besonders scharf die Position Deutschlands in den Verhandlungen – man spricht von einem „Staatsstreich“ gegen Griechenland.

Die größte Oppositionspartei Nea Dimokratia befindet sich nach dem Rücktritt ihres Parteivorsitzenden Antonis Samaras im Nachgang des Referendums immer noch in der personellen und inhaltlichen Neuorientierung. Der Interimsvorsitzende Vangelis Meimarakis hat im Zuge der Parlamentsdebatte in Athen zu den Reformen jedoch erheblich an Profil gewonnen. Man möchte die Regierung bei der Sicherstellung der Eurozonenmitgliedschaft Griechenlands unterstützen, aber grenzt sich in anderen Fragen ganz klar vom Kurs der SYRIZA-ANEL-Koalition ab. Für eine Beteiligung an der jetzigen Regierungskoalition steht man nicht zur Verfügung.

Auch die beiden anderen demokratischen Oppositionsparteien, die sozialdemokratische PASOK und die liberal einzuordnende Parteineugründung To Potami, haben den Reformkurs in der Abstimmung gestützt. Für die Parteien und die bisher vorherrschende Regierungs-

Afrika südlich der Sahara
 Asien und Pazifik
 Europa und Nordamerika
 Lateinamerika
 Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

und Oppositionslogik in Griechenland ist dies eine wichtige Veränderung und auf mittlere Sicht ein möglicher Entwicklungsimpuls weg vom bipolaren Parteiensystem hin zu kompromissorientierten Koalitionsoptionen. Fundamentalopposition betreibt derweil die kommunistische KKE ebenso wie die neonazistische Partei Chrysi Avgi.

Veröffentlichte Meinung

Die veröffentlichte Meinung zum Kompromiss ist in Griechenland ebenfalls gespalten und reflektiert die politische Orientierungslosigkeit, auch im Kontext des klaren Ergebnisses des Referendums vor dem Brüsseler Beschluss.

Man ist sich in fast sämtlichen klassischen Medien – TV und Print – einig, dass die *Koloto-umba* (der Purzelbaum) von Tsipras weg vom „Nein“ des Referendums hin zum „Ja“ der Brüsseler Beschlüsse notwendig und ohne Alternative war; die einzige Lösung, um die Mitgliedschaft des Landes in der Eurozone sicherzustellen und auch die Gefahr eines zukünftigen Grexit zu minimieren. Gleichwohl sieht man die Brüsseler Beschlüsse als besonders strikt und schwierig für Griechenland an – und erklärt sich dies gemeinhin als „Strafmaßnahme“ für Griechenland.

In den sozialen Netzwerken wurden die letzten Entwicklungen in Griechenland stets engmaschig verfolgt. Für Aufsehen sorgte – nicht zuletzt durch die Beiträge von US-Ökonomen wie Paul Krugman und Jeffrey Sachs – die Twitterdebatte um den Vorschlag von Finanzminister Wolfgang Schäuble zu einem temporären Austritt Griechenlands aus der Eurozone: unter dem Hashtag *#ThisIsACoup* wurde auch in Griechenland dazu besonders kontrovers diskutiert. Da das „Nein“ im Referendum vom 5. Juli sehr von den jungen Wählern getragen war, ist auch die Debatte in den sozialen Netzwerken eher von der kritischen bis ablehnenden Haltung gegenüber dem Brüsseler Kompromiss geprägt.

Erwartete Auswirkungen auf die künftige Entwicklung in der Europäischen Union

Insgesamt wirken sich die Entwicklungen insbesondere der letzten drei Wochen in Griechenland sehr negativ auf die Erwartungen der Bevölkerung gegenüber der EU aus. Auch diejenigen, die sich für weitere Reformen und den Abschluss des Kompromisses ausgesprochen haben, nehmen die EU nur selten als Einheit wahr, die Griechenland unterstützt und auch im fünften Jahr erneut vor dem Staatsbankrott bewahrt. Über die Jahre des zähen Reformprozesses hinweg ist die EU für viele Griechen zu einem negativen Identifikationspunkt für strenge Sparmaßnahmen und massive Einmischung in griechische Politik von außen geworden – trotz nach wie vor hoher Zustimmungswerte der Bevölkerung zur EU-Mitgliedschaft.

Zu dieser Wahrnehmung trägt auch die Kommunikation der Verantwortungsträger in der griechischen Politik über die Jahre des Reformprozesses bei: keine Regierung hat sich die Reformen bisher zu eigen gemacht und die von vielen als notwendig erachteten Veränderungen auf den Weg gebracht. Stattdessen galten die Vertreter der Troika und der EU im Besonderen immer wieder als „Unterdrücker“ des griechischen Volkes.

Das hat natürlich integrationskritische Gruppierungen wie die jetzt in der Regierung befindliche ANEL und – in Teilen – auch SYRIZA selber stark in ihrer Popularität gefördert. Die jüngsten Beschlüsse in Brüssel dürfte diese Tendenz in Griechenland weiter stärken. An den Rändern sind mit den integrationsfeindlichen Kommunisten der KKE sowie der neonazistischen Chrysi Avgi, die sich beide für einen Austritt Griechenlands aus der EU und dem Euro aussprechen, weitere bedenkliche Radikalisierungsoptionen gegeben – nicht nur im Rahmen von Proteststimmen bei den nächsten Wahlen.

Afrika südlich der Sahara
 Asien und Pazifik
 Europa und Nordamerika
 Lateinamerika
 Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Man zweifelt in der griechischen Wahrnehmung auch die demokratischen Prozesse innerhalb der EU an und fragt sich vor diesem Hintergrund, inwiefern die EU tatsächlich auch global als Makler des fairen Ausgleichs und Kompromisses agieren kann. Aus Sicht der Bevölkerung – und die Kommunikation der Regierung trägt dazu viel bei – fühlt man sich als Opfer. Gerade SYRIZA beschuldigt die EU, ihrer Werte und besonders der Solidarität verlustig gegangen zu sein. Das sei der Grund, weshalb man ein anderes Europa durch die in Griechenland verfolgte Politik erreichen wolle.

Bewertung der Position Deutschlands

Das Deutschlandbild hat sich in Griechenland im Rahmen der jüngsten Entwicklungen erneut sehr verschlechtert. Insbesondere Finanzminister Wolfgang Schäuble wird als Treiber der Idee eines Austritts Griechenlands aus der Eurozone gesehen. Er dient mit diesem Bild auch der Regierung als willkommene Projektionsfläche für ihre Strategie, den Druck von außen für den in Brüssel eingegangenen Kompromiss vom 13. Juli verantwortlich zu machen.

Ähnlich wie zu Beginn der griechischen Verschuldungskrise und dem damit einhergehenden Kredit- und Reformprogramm ist man hier erneut an einem Tiefpunkt angelangt. Entsprechend sind auf der politischen Ebene die Beziehungen zwischen beiden Ländern unter Druck. Politische Vertreter aus beiden Ländern befeuern zudem die angespannte Lage immer wieder mit unbedachten Äußerungen, die im jeweils anderen Land auch politisch sofort weiter „ausgeschlachtet“ werden.

Großbritannien

Hans-Hartwig Blomeier (16.07.2015)

Reaktionen auf die Griechenland-Einigung in der EU

In Großbritannien, das traditionell eine eher distanzierte Haltung gegenüber der EU hat, spielte das Thema der Einigung mit Griechenland dennoch in der veröffentlichten Meinung eine herausragende Rolle. Dabei ist die Bewertung und Beurteilung der handelnden Akteure (Politik, Medien, Regierungen, EU-Institutionen) sowohl im Hinblick auf die Entwicklung der EU allgemein aber insbesondere im Kontext des anstehenden Referendums über die zukünftige Mitgliedschaft Großbritanniens von Bedeutung. Der vorherrschende Eindruck, der sich durch Medien und Kommentare zieht, ist überwiegend negativ. Das gilt sowohl für das Ergebnis selbst („keine echte Lösung, nur die Verschiebung eines unlösbaren Problems“), als auch für die handelnden Akteure (Kritik vor allem an Finanzminister Schäuble und Bundeskanzlerin Merkel, aber auch IWF Chefin Lagarde sowie über die griechische Regierung mit Premierminister Tsipras an der Spitze), denen eine Zuspitzung der Krise und - aus britischen Quellen durchaus überraschend – ein Verlassen der typisch europäischen Konsenshaltung vorgeworfen wird.

Wichtig ist jedoch ein detaillierterer Blick sowohl auf die Medien als auch auf einzelne Akteure, da sich hier durchaus Nuancen und Differenzierungen offenbaren.

Medien

In den britischen Medien überwog eine deutliche Sympathie für Griechenland gepaart mit einer kritischen und z.T. harschen Kritik an der EU und insbesondere an Deutschland. Besonders intensiv war diese Linie im mitte-links stehenden *Guardian* nachzulesen, aber auch die Murdoch-Presse schlug überwiegend in diese Kerbe. So skizzierte der *Guardian* beispielsweise Bilder von „griechischen Kindern, die in einem zerstörten Land aufwachsen“. Griechenland habe einen „Sturm losgetreten“, der „Europas Fundamente erschüttern“ werde. Weiter im *Daily Mirror*, wo die Hoffnung geäußert wurde, dass „die brutale Grausamkeit

Afrika südlich der Sahara
 Asien und Pazifik
 Europa und Nordamerika
 Lateinamerika
 Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Deutschlands letzten Endes sich gegen Deutschland selbst wenden wird“. Und die *Sunday Times* titelte: „Europa foltert Griechenland“. Der ehemalige griechische Finanzminister Varoufakis bekam sogar ein Exklusivinterview im *Guardian* zugestanden, wo er polterte: „Deutschland will Griechenland nichts ersparen. Es will uns zerbrechen, um die Eurozone nach den eigenen Regeln zu beherrschen.“ Wolfgang Münchau prangerte in der *Financial Times* die „brutalen Gläubiger“ an, die das Euro-Projekt „erdrosselt hätten“. Der *Independent* erwartet noch „Jahrzehnte voller Schmerzen“ für Griechenland und die Gefahr von Streiks, Aufständen und noch radikalerer politischer Bewegungen. Für den *Guardian* bleibt Griechenland „im Schuldnergefängnis verdammt, ohne einen einzigen Lichtstrahl durch die Gitter“. Europa gerate nun in „gefährliche Gewässer“. Der *Daily Mail* schrieb von „einer bösen Täuschung, die in Tränen enden wird“. Im *Daily Express* hieß es dann nochmals schärfer: „Merkels Forderungen haben einen bitteren Nachgeschmack hinterlassen“. Deutschland agiere wie ein „besoffener Kneipenschläger gegen ein bewusstloses Opfer nach der Sperrstunde“. Und der *Daily Mirror* verglich die Gläubiger mit „Kredithaien“, die Griechenland „gekreuzigt“ und den griechischen Premierminister „wie einen Hund geschlagen“ hätten. *Daily Mail* erklärte die „Erniedrigung“ von Tsipras mit der „deutschen Knarre an seiner Schläfe“. Eine *Times*-Karikatur zeigte die Bundeskanzlerin mit Pickelhaube, die Tsipras schmerzhaft aufspießt.

Differenzierungen und vereinzelt Lob für die harte Linie Deutschlands waren lediglich im *Daily Telegraph*, der *Times* und in der *Financial Times* zu finden.

Für die *Financial Times* hat die Griechenland-Krise „tiefe ideologische Spaltungen unter den Mitgliedsstaaten über die zukünftige Ausrichtung der EU zutage befördert“. Die *Times* unterstützte die Gläubigerposition mit der Forderung, dass Tsipras wirkliche Reformen durchsetzen und „Syrizas Phantasie-Wirtschaft“ beenden müsse. Ferner hob die *Times* hervor, dass „Hardliner Schäuble nun populärer in Deutschland sei als Merkel“.

Die *Financial Times* schrieb ferner, dass Deutschland mit der Grexit-Drohung „den Zusammenhalt der Eurozone auf eine harte Probe gestellt habe“. Gideon Rachman kommentierte in der FT weiter, dass sich Deutschland „im Grunde ergeben habe“. Der deutsche Steuerzahler „müsse erschauern beim Anblick Hollandes, der Tsipras umarmt“. Und weiter: „Wenn so ein deutscher Sieg aussieht, dann will ich mir nicht vorstellen, wie erst eine Niederlage ist“. In der *Times* bezeichnete Oliver Kamm zwar die Vorwürfe eines „Coups“ als „Unsinn“, fordert jedoch ebenfalls einen „Sinneswandel in Deutschland“, nämlich stärkere Nachfrage und niedrigere Steuern.

Im *Daily Telegraph* schließlich eine klare Unterstützung für BM Schäuble, der „als einziger den Mut hatte, den notwendigen Grexit zu fordern“. Warum die Gläubiger Griechenland unbedingt in der Eurozone halten wollten, bleibe „rätselhaft“.

Politische Akteure

Im Kontrast zu dieser emotional angeheizten Berichterstattung in den britischen Medien waren die Reaktionen der politischen Akteure bis auf zwei prominente Ausnahmen ausgesprochen zurückhaltend und neutral.

Während sich Premierminister Cameron, Schatzkanzler Osborne und der Notenbankchef Carney auf Sorgen um die eventuellen Auswirkungen eines Grexit auf die britische (Finanz)Wirtschaft und um britische Urlauber in Griechenland beschränkten und Cameron vor dem griechischen Referendum noch die Meinung äußerte, dass es für die Griechen ohne den Euro einfacher wäre, die eigene Wirtschaft in Schwung zu bringen, nutzten UKIP-Vorsitzender Farage einerseits und der konservative Bürgermeister Londons, Boris Johnson, andererseits die Gunst der Stunde, um mit markigen Sprüchen auf sich aufmerksam zu machen. Johnson kritisiert in einem Leitartikel im *Daily Telegraph* die „Tyrannei Deutschlands

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

bzw. Schäubles“, der Griechenland heftig widerstehen müsse. Das Land müsse die „Fesseln des Euro“ abstreifen und den „Geist von Marathon“ wiederentdecken. Die Einigung sei ein „deutsches Papier“, aus dem man nicht mehr schließen könne, dass die EU noch ein Bündnis souveräner Nationalstaaten sei.

Farage seinerseits prangerte ebenfalls in einem Leitartikel die „Erniedrigung Griechenlands durch die EU“ an und warnt vor EU-Dogmatismus. Seine Empfehlung an die Griechen lautete die Eurozone zu verlassen (interessanterweise nicht die EU!), wobei er seine Sympathie (für den aus seiner Sicht zu schwachen) Tsipras mehrfach erkennen lässt.

Auffallend zurückhaltend bis hin zur Nicht-Kommentierung auch die Reaktionen in der britischen Opposition. Weder Labour noch die schottische SNP thematisierten die Griechenland-Einigung nennenswert.

Think tanks

Auf Seiten der britischen Think Tanks sind unmittelbar nach der Entscheidung noch keine umfangreichen Analysen vorhanden. Open Europe (Mitte-rechts) verweist in seiner Kurzanalyse auf die noch offenen Fragen hinsichtlich des griechischen Schuldenbergs und stellt die Verlässlichkeit Griechenlands bei der Umsetzung von Reformen in Frage. Ebenso werden die „Kapitulation Tsipras“ hervorgehoben und die divergierenden wirtschaftspolitischen Vorstellungen Deutschlands und Frankreichs in der Eurozone problematisiert.

Der eher Mitte links angesiedelte Think Tank Centre for European Reform prognostiziert ein Scheitern des letzten Rettungspakets auf Grund der Widersprüche zwischen Strukturreformen und Steuerpolitik.

In einem Gastkommentar des Official Monetary and Financial Institutions Forum betont dessen Beiratsmitglied Prof. Shumpei Takemori, dass die Hauptverantwortung für das griechische Desaster bei den Franzosen zu finden sei, die allerdings die Schuldfrage geschickt Richtung Berlin verschoben hätten.

Auswirkungen und Prognosen

Aus britischer Sicht haben die Griechenland-Krise und die erzielte Übereinkunft im Wesentlichen zwei Konsequenzen: Kurzfristig geht es Großbritannien darum, jegliche finanzielle Beteiligung des Landes am Rettungspaket abzuwenden. Finanzminister Osborne bezeichnete die Pläne der EU-Kommission, auch britische EU-Mittel für eine Brückenfinanzierung für Griechenland zu verwenden, als „inakzeptabel“, da Großbritannien seit 2010 eine Garantie habe, nicht an Hilfspaketen für Eurostaaten beteiligt zu werden.

Der zweite mittel- bis langfristige und wesentlich entscheidendere Aspekt sind die Auswirkungen dieser Griechenland-Krise auf die zukünftige Mitgliedschaft Großbritanniens in der EU sowie das spätestens Ende 2017 anstehende diesbezügliche Referendum, kurzum: Welchen Einfluss hat Grexit auf Brexit? Zum einen spielte die hohe Aufmerksamkeit für Griechenland der britischen Regierung dahingehend in die Karten, als das seit der Wahl angestrebte „low profile“ in den zahlreichen Gesprächen mit den übrigen 27 Regierungen wesentlich einfacher war. Zum anderen wird nun die Erwartung gehegt, dass das potentielle Brexit-Szenario nach dem mit Mühe umschifften Grexit entsprechend mehr Aufmerksamkeit und Entgegenkommen gewidmet wird. In der Presse wird schon spekuliert, inwieweit andere Staaten den Briten etwa bei der Lockerung der Arbeitsmarkregulierung und Arbeitsgesetzgebung entgegenkommen könnten.

Die im Rahmen der Griechenland Einigung offen zu Tage getretenen Konflikte und Meinungsverschiedenheiten zwischen den EU-Mitgliedsstaaten und vor allem aber die Schwierigkeiten in der Eurozone sieht Großbritannien auch als Bestätigung für die eigene Haltung, dem Euro nicht beizutreten und für das dezidierte Eintreten eigener nationaler Interessen.

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Sorge bereitet hingegen den Befürwortern eines Verbleibs Großbritanniens in der EU, dass die EU insgesamt an Glaubwürdigkeit, Stärke und Zusammenhalt eingebüßt hat (so zumindest die hiesige allgemeine Lesart). Ein so gebeuteltes und zerstrittenes Europa macht es der YES Kampagne sicher nicht leichter und dürfte eher Wasser auf die Mühlen der NO-Kampagne spülen.

Auch wenn dies offiziell nicht zu verlauten war, kann sich die britische Regierung auf Grund der exponierten Rolle Deutschlands bei der Griechenland-Einigung letztlich auch in ihrer Haltung bestätigt fühlen, bei den Verhandlungen mit der EU insbesondere die Beziehungen nach Berlin gepflegt zu haben auch wenn eine gewisse unterschwellige Schadenfreude anlässlich des Europa-weiten *bashings* hier und da festzustellen ist.

Für die bilateralen deutsch-britischen Beziehungen hat die Griechenland-Einigung definitiv keine negativen Folgen, ganz im Gegenteil, es ist in Regierungskreisen eindeutig festzustellen, dass vielmehr eine Intensivierung dieser Beziehungen ausdrücklich gewünscht und betrieben wird. Das energische Eintreten Deutschlands für die Einhaltung von Spielregeln trifft im Übrigen einen urbritischen Nerv und wird dementsprechend geteilt.

Italien

Caroline Kanter / Silke Schmitt (17.07.2015)

Die Einigung ist in Italien von Regierungsseite zurückhaltend positiv, von Seiten der Medien mehrheitlich negativ bewertet worden; die italienische Bevölkerung scheint in ihrem Urteil gespalten zu sein. In den einschlägigen Tageszeitungen des Landes überwiegt die – teilweise sehr harsche und polemische – Kritik an der deutschen Position. Insbesondere der Vorschlag „Grexit auf Zeit“ des deutschen Finanzministers, Wolfgang Schäuble, sorgt in Italien für Empörung.

Positionierung der politischen Entscheidungsträger

Keinen Triumph und keine pauschalen Verurteilungen forderte ein erleichtert wirkender italienischer Regierungschef Matteo Renzi unmittelbar nach dem Abschluss der Verhandlungen in Brüssel. Die Einigung sei keineswegs vorhersehbar gewesen, so Renzi. Ein Austritt Griechenlands hätte in diesen Stunden Wirklichkeit werden können und dies habe man gerade noch vermieden. Der entscheidende Punkt sei, dass Griechenland nun Reformen in Angriff nehmen müsse. Der von unterschiedlichen Intellektuellen vertretenen Theorie, Deutschland habe mit seiner Position die griechische linke Regierung aus dem Amt drängen wollen, erteilte Matteo Renzi eine klare Absage: „Deutschland wollte die griechische Regierung nicht auswechseln. Das ist Phantom-Politik“. Nach der erzielten Einigung sagte der italienische Finanzminister, Pier Carlo Padoan, das größte Hindernis sei das fehlende Vertrauen gewesen – und schließt sich damit der Erklärung der Bundeskanzlerin Angela Merkel für das Verhandlungsdrama an.

Auch der italienische Staatspräsident Sergio Mattarella zeigte sich offensichtlich zufrieden mit dem Ergebnis. Das Halten Griechenlands in der Eurozone habe der Europäischen Union erlaubt, die eigene Identität zu bewahren und die Einheit sowie die gemeinsame Perspektive vor riskanten Verunstaltungen zu retten, so Mattarella nach Angaben der Medien.

Opposition

Die Vorsitzende der italienischen Abgeordnetenkammer, Laura Boldrini, sieht in der Einigung die Chance, die „Dogmen der EU“ neu zu diskutieren. Mit Blick auf Deutschland bemerkte Boldrini, die in der Partei „Sinistra Ecologia Libertà“ (Links, Umwelt, Freiheit) beheimatet ist,

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

die Linie jener, die Griechenland aus der EU haben austreten lassen wollen, sei nicht durchgegangen. Man sei Gefahr gelaufen, dem Gedanken zuzustimmen, ein Land in Schwierigkeiten könne abgestoßen werden. Dies sei nicht im Sinne des europäischen Geistes. Nun müsse man die Chance nutzen um jenen Ländern zu helfen, die Probleme haben.

Die rechten wie linken Oppositionsparteien in Italien, die sich noch vor knapp einer Woche mit ihren Lobeshymnen auf den Sieg der Demokratie durch das Referendum in Griechenland profilieren wollten, geben sich sieben Tage später desillusioniert. Gerade in den sozialen Medien wurde die Volksbefragung via Facebook und Twitter von vielen Italienern als „historisch“ bezeichnet - diese Einschätzung muss auch vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass die letzten drei italienischen Regierungschefs nicht durch eine demokratische Wahl ins Amt gelangten, sondern eingesetzt wurden.

In der Einigung der Eurogruppe sehen die italienischen Oppositionsparteien einen Verrat: Die „Fünf-Sterne-Bewegung“ (Movimento 5 Stelle) lobte vor einer Woche die Entscheidung Tsipras, ein Referendum anzuberaumen, als Sieg der Demokratie. Beppe Grillo, Gründer der „Fünf-Sterne-Bewegung“, war eigens nach Athen gereist, um die Griechen im Kampf gegen den Euro und die Austeritätspolitik zu unterstützen. Nun bezeichnet er die Einigung als einen „Staatsstreich“. Der Vizepräsident der Abgeordnetenkammer, Luigi Di Maio (M5S) sagte nach der Verhandlungsnacht: „Tsipras hat das Referendum und die Demokratie verraten“. Griechenland sei einen kleinen Schritt von der Freiheit entfernt gewesen und hätte nach dem Referendum am europäischen Verhandlungstisch standhaft bleiben müssen. „Leider hat der Stürmer gefehlt, um das Tor zu schießen“, so Di Maio.

Der Parteiführer der Lega Nord, Matteo Salvini bezeichnete die Einigung als Bluff. Er sagte, Renzi dürfe sich nicht erlauben, auch nur einen einzigen italienischen Euro an Griechenland zu zahlen. Die EU – allen voran Deutschland – habe sich das Verbleiben Griechenlands in der Eurozone mit 80 Milliarden erkaufte und im Gegenzug den üblichen internationalen Großunternehmen Geschenke gemacht. Was antideutsche Tiraden betrifft, so ist die Lega-Nord sicherlich eine der wichtigsten Promotoren. „Merkel denkt nur ans Geld“, so Matteo Salvini, der die deutsche Bundeskanzlerin gerne als egoistisch bezeichnet. Er beneide Merkel und die Deutschen - denn die Kanzlerin habe in diesen Jahren vorbildlich und konkret die Interessen ihrer Landsleute, der Betriebe und Unternehmen vertreten, so Salvini, der wie sein Vorgänger und Parteigründer Umberto Bossi vielfach vom „Vierten Reich“ spricht und dem Risiko, dass Deutschland die Herrschaft übernehme.

Die Mitte-rechts-Partei Forza Italia hingegen zeigt sich bei der Positionierung zur Griechenland-Krise gespalten. Der Vizepräsident des Europäischen Parlamentes, Antonio Tajani, sah sich in einem Zeitungsinterview mit der italienischen Tageszeitung *La Stampa* genötigt, seine Parteikollegen – allen voran den Fraktionsführer der Forza Italia in der Abgeordnetenkammer, Renato Brunetta, – wieder auf Linie zu bringen. Es sei unmöglich, als Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP) den griechischen Regierungschef Alexis Tsipras zu unterstützen und Deutschland in dieser Weise anzugreifen, so Tajani. Renato Brunetta hatte nach dem Referendum in Griechenland auch einen Volksentscheid in Italien gefordert. Er vertritt die Auffassung, dass Deutschland die griechische Regierung aushebeln wollte. Merkel und Sarkozy hätten Berlusconi im November 2012 zu Fall gebracht, so Brunetta. Es sei unerhört, eine demokratisch gewählte und somit legitimierte Regierung auszuschalten: „Bei uns hat es die Dame geschafft. Mit Griechenland hat sie es versucht ohne Erfolg“, so Brunetta.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die aktuellen Reformmaßnahmen, die dem griechischen Parlament zur Abstimmung vorlagen, vielfach von politischen Entscheidungsträgern als zu streng und unerfüllbar empfunden wurden. Mehrfach forderte man einen Schul-

Afrika südlich der Sahara
 Asien und Pazifik
 Europa und Nordamerika
 Lateinamerika
 Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

denschnitt und begründete dies zum Teil mit dem Umgang Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg 1945.

Ablehnung eines GREXITS – Primat des Zusammenhalts in der EU

Italien – als einer der Gründerstaaten der EU – drängt auf den Zusammenhalt der Union und setzt mit Blick auf Griechenland auf eine Lösung durch Verhandlungen, die das Ausscheiden eines Mitglieds der Eurozone ausschließen. Mit 35,9 Milliarden EUR ist Italien der drittgrößte Gläubiger Griechenlands. Dennoch gab und gibt es über die Parteigrenzen hinweg seitens der italienischen Entscheidungsträger keine entschiedenen Befürworter eines GREXITS. Beeinflusst wird diese Position sicherlich auch durch die Angst eines möglichen Ketteneffekts und der Befürchtung, mit einem GREXIT das Land mit der höchsten Staatsverschuldung (133%) in der Eurozone zu sein. In den vergangenen zwei Wochen war die italienische Regierung stets darum bemüht, der italienischen Öffentlichkeit zu versichern, dass Italien „seine Hausaufgaben gemacht habe“ und kein wirtschaftlicher Einbruch aufgrund der Griechenland-Krise zu befürchten sei. Andrea Montanino, ehemaliger geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds, sieht im Kontext der Griechenland-Krise keine „ansteckende“ Gefahr für Italien. „Das Land ist stark“. Italien habe durch die letzten drei Regierungen schmerzhaft aber notwendige Reformen auf den Weg gebracht. Außerdem verfüge Italien über politische Stabilität und gesunde Unternehmen. Auch wird auf die Gefahr verwiesen, dass einem GREXIT ein BREXIT aus der EU folgen könnte, was gravierende Folgen nach sich ziehen würde.

Bewertung der deutschen Position

Die deutsche Sichtweise wird von italienischer Seite teilweise als zu kurzfristig kritisiert, die die langfristigen Folgen für die EU nicht ausreichend im Blick hat. Die Kritik lautet in diesem Zusammenhang: Deutschland reduziere Europa auf das „Zahlenwerk“ und die „Finanzen“. Der europäische Gedanke und die gemeinsame europäische Idee kämen im deutschen Diskurs zu kurz. Auch der Vorwurf, Deutschland vertrete in erster Linie nationale Interessen und nicht primär die Anliegen der EU, wurde mehrfach geäußert. Thema einzelner Medien – in erster Linie Gratismedien, die ihre Meinung über Blogbeiträge verbreiten – stellten in den Vordergrund, inwiefern Deutschland von der Krise in Griechenland - zum Beispiel durch höhere Exporte - profitiert.

Auf besonders große Kritik stieß bei den Entscheidungsträgern der Vorschlag Wolfgang Schäubles, einen Austritt aus der Eurozone auf Zeit ins Auge zu fassen. Finanzminister Schäuble wird von den meisten italienischen Medien zum „Buhmann“ der Eurozone stilisiert. Es entsteht der Eindruck, als kommandiere Schäuble die anderen 18 Euro-Finanzminister. Der GREXIT auf Zeit solle als Exempel für die anderen Euromitglieder dienen und somit den anderen Mitgliedsstaaten eine Lehre sein. Der Vorschlag des deutschen Finanzministers wird als (Be-)Drohung – auch gegen Italien - interpretiert. In diesem Sinne titelt die italienische Wochenzeitschrift *L'Espresso*: „Warum Wolfgang Schäuble auch uns Angst macht“ und bezeichnet den deutschen Finanzminister als „Ayatollah der Austerität“ und als „Neuen Führer“ (*L'Espresso*, 17. Juli 2015).

Außerdem wirft man Deutschland vor, „deutsche Reformen“ und „der deutsche Weg“ würden Griechenland und anderen Eurostaaten aufgezwungen werden. „Was für Deutschland gut war und zum Erfolg führte, gilt nicht automatisch für die anderen Euromitglieder“ so kritische Stimmen.

Afrika südlich der Sahara
 Asien und Pazifik
 Europa und Nordamerika
 Lateinamerika
 Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Medienecho nach der Einigung

„Ecce Homo“ – Deutschland zwingt Griechenland zur Troika zurückzukehren und steuert ein Auswechseln der Regierung Tsipras an“ – so die linke Tageszeitung *Il manifesto* einen Tag nach der Einigung. „Athen pustet uns weitere 14 Milliarden weg“ – titelt die rechte Tageszeitung *Libero* und meint damit die Kosten für den italienischen Steuerzahler. „Europa vermeidet Schiffbruch. Grexit abgewehrt. Deutschland setzt sich nicht durch, aber Tsipras muss sofort neue Opfer bringen“ – heißt die Schlagzeile der linksorientierten Tageszeitung *Unità*. Die Liste der Beispiele könnte unendlich fortgesetzt werden. Die tonangebenden Tageszeitungen in Italien sehen die Einigung als bittere Pille für die Griechen. Deutschland wird dabei als hauptsächlicher Verursacher gesehen. Historische Argumente wie der Umgang mit Deutschland nach 1945 (Marshall-Plan) werden bemüht, um einen Schuldenschnitt zu rechtfertigen ohne darauf einzugehen, dass dies für Deutschland damals auch einen Verzicht auf die nationale Souveränität bedeutete. Allgemeinplätze über Deutschland werden bemüht und leider auch in seriösen Tageszeitungen zum Teil unkritisch und unkommentiert gelassen.

Nur im Nischen-Journalismus werden moderatere Töne gegenüber Deutschland angeschlagen. So sieht der Journalist Stefano Cingolani, der für die Internetzeitschrift *formiche* schreibt, den Vorschlag Wolfgang Schäubles als „Bluff“. Ob dies von Schäuble beabsichtigt gewesen sei oder nicht – dies müssten später die Historiker entscheiden, so Cingolani. Aber ohne die Drohung „Grexit auf Zeit“, so der Journalist weiter, hätte Tsipras sicherlich mit weiteren „byzantinischen Purzelbäumen“ geantwortet. So habe man erreicht, dass Athen das Schlimmste vermieden habe und ein weiteres Hilfspaket von 86 Milliarden Euro nach Hause trage.

Einigung aus der Sicht der Bevölkerung

In der Bewertung der Einigung der Eurozone zur Griechenland-Krise ist die italienische Bevölkerung gespalten. In einer von dem Institut Piepoli durchgeführten Umfrage, bewerteten 46 Prozent der befragten Italiener die erzielte Einigung in der Griechenlandkrise als positiv. So kritisierten 20 Prozent dieser Befragten, Griechenland habe einen weiteren Kredit bekommen, ohne die anderen zurückzuzahlen. Für 39 Prozent hingegen hat Griechenland die Verhandlungen „verloren“ – vor allem, so 15 Prozent dieser Befragten, weil es sich dem europäischen Willen unterordnen musste. Für 13 Prozent musste sich Griechenland einem neuen Diktat der Austerität beugen und für 7 Prozent stellt das Ergebnis eine verpasste Chance für Griechenland dar, sich wirtschaftlich zu erholen (*La Stampa*, S. 8; 15.07.2015).

Insgesamt muss man feststellen, dass sich die Einstellungen der Italiener zu der EU und den europäischen Institutionen stark gewandelt haben. So äußerten 72 Prozent der Befragten laut den neusten Umfrageergebnissen des Meinungsforschungsinstitutes Demopolis, sie hätten kein Vertrauen mehr in die EU. Jahrelang gehörte die italienische Bevölkerung zu den europafreundlichsten der gesamten Union. In den letzten fünf Jahren ist die Zustimmung von 51 Prozent im Jahr 2006 über 48 Prozent (2010) auf den heutigen Stand von 28 Prozent gesunken. Der Direktor des Meinungsforschungsinstitutes Demopolis, Pietro Vento, sieht die Gründe in erster Linie in dem Umgang mit der Wirtschafts- und Beschäftigungskrise, der Haltung vieler Länder mit Blick auf die Immigrationsproblematik und die Griechenland-Krise der vergangenen Tage. Den Italienern ist bewusst: Sollte Griechenland aus der Euro-Zone austreten, sind sie das Land mit der höchsten Schuldenquote. Im Mai erreichte die Staatsverschuldung einen Höchststand von 2.218,2 Milliarden Euro (bancaditalia.it). 2015 ist die Verschuldung um weitere 83,3 Milliarden Euro gestiegen – das sind 3,9 Prozent der Gesamtsumme und circa 133 Prozent des Bruttoinlandsproduktes.

Afrika südlich der Sahara
 Asien und Pazifik
 Europa und Nordamerika
 Lateinamerika
 Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Bilaterale Beziehungen zwischen Deutschland und Italien

Insbesondere seitens italienischer Medien - aber auch zum Teil von politischer Seite - hat man sich in den vergangenen Tagen bei der Kritik an Deutschland alter Stereotype bedient. Von einem „Germany-Bashing“ zu sprechen – wie einige Experten dies tun – wäre vielleicht eine Übertreibung. Dennoch sind die Beziehungen beider Länder angeschlagen – nicht erst seit wenigen Wochen und nicht nur aufgrund der Griechenlandkrise.

Fazit

Um die Positionierung Italiens im Umgang mit Griechenland zu verstehen, ist es hilfreich, sich eine Art „Familienbande“ vor Augen zu führen: Ein Kind der Familie ist gescheitert, die Hoffnung auf Besserung ist unmittelbar nicht in Sicht. Dennoch verbleibt es im Schosse der Familie und wird weiter unterstützt – um jeden Preis. Hier geht es zum einen darum, das eigene Kind - hier als einer der Gründerstaaten Europas, die eigene Idee - nicht fallen zu lassen, zum anderen, um das Gesicht zu wahren und zu zeigen, dass man diese Werte nicht verraten möchte. Italien sieht sich in der Pflicht, eine Lösung zu finden. Dass Deutschland am Ende der Verhandlungen auf Privatisierungsfonds in Höhe von 50 Milliarden Euro beharrte, ist für die Italiener nicht nachvollziehbar. Hier stand für die Italiener die Einigung im Mittelpunkt und die wirkliche Herausforderung, die diese Einigung mit sich bringt: Die Rettung der Europäischen Union und die der Vision eines vereinten Europas.

Kroatien

Dr. Michael Lange (15.07.2015)

Stellungnahmen zum Referendum

Die kroatische Staatspräsidentin Kolinda Grabar-Kitarovic verlieh zuerst – ähnlich den Reaktionen anderer europäischer Staatshäupter – im Namen ihres Landes ihren Respekt gegenüber der Willensäußerung des griechischen Volkes Ausdruck: *“The Republic of Croatia fully respects the will of the Greek people expressed in Sunday's referendum, in hope that its citizens are fully aware of the challenges and risks that it entails,”* deutete dabei aber zugleich auf die damit verbundenen Probleme hin. Sie bewertete die griechische Bereitschaft, gemeinsam weiter an einer Lösung im Interesse aller Beteiligten zu arbeiten, positiv, während sie gleichzeitig auf die Chance verwies, diese Herausforderung zu nutzen, um die Funktionsfähigkeit der Europäischen Union durch die Gleichbehandlung aller Mitgliedstaaten zu stärken.

Der kroatische Ministerpräsident Zoran Milanovic sah in dem Referendum eine Stärkung des Mandats der griechischen Regierung, in den Verhandlungen in Brüssel ihre politischen Standpunkte zu vertreten. Es stelle sich nun natürlich die Frage nach dem Verbleib Griechenlands in der Eurozone und, wenn es dort nicht bleiben könne, auch nach der weiteren Mitgliedschaft Griechenlands in der Europäischen Union. Er verwies jedoch darauf, dass es auch andere, demokratisch legitimierte EU-Mitgliedstaaten gebe, die sich harten Sparprogrammen unterzogen haben und nun ein Mitspracherecht beanspruchten, ob die Kriterien im Falle Griechenlands aufgeweicht werden sollten. Auch wenn solche Reformen umstritten seien, gelte es – so Milanovic - eine Balance zwischen dem offensichtlichen Reformbedarf und der Zumutbarkeit bzw. Wirksamkeit solcher Anstrengungen zu finden.

Mit Blick auf sein Land betonte der Ministerpräsident, dass Kroatien wirtschaftlich stabiler sei, weil es über einen industriellen Sektor verfüge und keinen vergleichbaren Schuldenstand pro Kopf aufweise. Allerdings strebe Kroatien nicht übereilt in den Euro, zumal es die

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Kriterien für den Beitritt in die Eurozone zumindest in den kommenden zwei Jahren noch nicht erfüllen werde.

Stellungnahmen der Parteien

Auch die oppositionelle HDZ respektierte die Entscheidung des griechischen Volkes, während der Vorsitzende der Partei "Human Wall", Ivan Vilibor Sincic, das Ergebnis des Referendums begrüßte und dabei betonte, dass die griechische Bevölkerung damit das „Ultimatum der Europäischen Banker und Bürokraten“ zurückgewiesen und einen ersten wichtigen Schritt in Richtung Rückgewinnung der Souveränität gemacht hätte. Er werde sich mit seiner Partei in ähnlicher Weise in Zukunft um ein „monetär unabhängiges“ Kroatien bemühen. Der ehemalige Staatspräsident und aktuelle Vorsitzende der neuen Partei "Forward Croatia – Progressive Alliance", Ivo Josipovic nahm in seiner Einlassung Bezug auf den in seiner Einschätzung „knappen“ Ausgang des Referendums und bedauerte die tiefe Spaltung des griechischen Volkes. Er bezeichnete die aktuelle Krise in Griechenland als Ergebnis einer jahrelangen unverantwortlichen Ausgabenpolitik und der Unfähigkeit Europas, einen nachhaltigen Ausweg aus der daraus resultierenden Schuldenkrise zu finden. Er hoffe jedoch, dass Griechenland und die Eurogruppe eine Kompromisslösung finden werden.

Kroatische Abgeordnete der verschiedenen Parteien äußerten sich sehr unterschiedlich zu den Verhandlungen mit Griechenland. Nenad Stazic von der Regierungspartei SDP sagte, niemand wisse, wohin das Ergebnis des Referendums Griechenland führe, während der unabhängige Abgeordnete Nikola Vuljanic meinte, Griechenland habe seine Schulden bereits zwei bis dreimal zurückgezahlt und verurteilte die europäischen Banken und Finanzinstitute.

Auch die ORaH-Vorsitzende Mirela Holy zeigte sich vom Ergebnis des Referendums wenig überrascht und sah die Schuld dafür sowohl bei der Eurogruppe als auch bei den verschiedenen griechischen Regierungen. Letztere hätten die industrielle Basis des Landes zugunsten des Dienstleistungssektors aufgegeben und Kroatien müsse darauf achten, nicht denselben Fehler zu begehen.

Kroatische Zivilgesellschaft

Im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz äußerten sich zahlreiche kroatische NGOs sowie der kroatische Gewerkschaftsverband (MHS) besorgt über die Krise in Griechenland und beschuldigten die Europäischen Institutionen, Griechenland Sparmaßnahmen und den Verkauf von Staatseigentum im Gegenzug zu Schuldenerlass aufzuzwingen. Sie schlossen sich der allgemeinen Kritik europäischer NGOs an, die behaupteten, EU-Institutionen würden die Griechenlandkrise dazu nutzen, eine Krise der europäischen Demokratie heraufzubeschwören. So vertrat etwa Sandra Bencic vom kroatischen "Center for Peace Studies" die Meinung, dass die Troika Griechenland Einsparungen oktroyiert habe, die in den letzten sechs Jahren zu einer Verarmung der griechischen Bevölkerung, einer extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit von 60 Prozent und einem 25 prozentigen Einbruch des GDP Griechenlands, geführt habe. Der Vertreter des "European Economic and Social Committee", Vilim Ribic betonte dagegen, dass Griechenland seine "Hausaufgaben" gemacht und in dieser Situation seine konsumtiven Ausgaben zu Recht erhöht habe und Einsparungen in einer solchen Situation kontraproduktiv seien. Die Krise sei das Ergebnis einer verfehlten wirtschaftspolitischen Strategie seitens der EC, der ECB und des IMF.

Kroatiens Wirtschaftsexperten zur Wirtschaftskrise in Griechenland

Im Zusammenhang mit der Diskussion über die Griechenland-Krise blickte man in Kroatien auch auf die eigene finanzielle Lage und die Gefahr, schon bald ein vergleichbares Szenario zu erleben.

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Mit einer Staatsverschuldung in Höhe von ca. 90% des GDP, einer Pro-Kopf-Verschuldung von HRK 67.000 und einem Anstieg von HRK 9 Mrd. in den ersten drei Monaten dieses Jahres könne Kroatien noch vor 2025 den aktuellen Schuldenstand Griechenlands in Höhe von 177% des GDP erreichen. Der kroatische Finanzanalyst, Zeljko Lovrinevic vom "Institute of Economics-Zagreb (EIZ)" verwies darauf, dass in keinem europäischen Land eine vergleichbar große Zahl von Bürgern über gesperrte Bankkonten verfüge, wie in Kroatien. Immerhin verfügten momentan 322.702 kroatische Bürger (Schulden: HRK 33,3 Mrd.) über keinen Zugang zu ihren Bankkonten, was ebenso auf 48.014 Unternehmen (Schulden: HRK 28,08 Mrd.) zuträfe. Er betonte ferner, dass die öffentliche Verschuldung in Kroatien seit dem Jahr 2008 um 220% (von HRK 135 Mrd.) gestiegen sei und der IWF Kroatien in den kommenden fünf Jahren nur ein durchschnittliches Wachstum von 1,5 Prozent zutraue, was bedeute, dass sich Kroatien – ohne das Wachstum seiner Wirtschaft stimulierende und die eigenen staatlichen Ausgaben beschränkende Reformen schon bald in einer ähnlichen Situation wiederfinden könne, wie Griechenland heute.

Bürgerbefragung zur Griechenlandkrise

Es kann deshalb kaum verwundern, wenn sich nach jüngsten Umfragen momentan zwar 60 Prozent der kroatischen Bürger momentan gegen eine Einführung des Euro aussprechen, jedoch immerhin 73 Prozent glauben, dass die EU auch diese Krise überstehen werde. In Umfragen machten 32,4 Prozent der Befragten die exzessiven Staatsausgaben und die fehlende Bereitschaft der Griechen diese einzuschränken für die aktuelle Krise in Griechenland verantwortlich, 27 Prozent machten die griechische Regierung und 13 Prozent machten die sog. "Troika" der Kreditgeber verantwortlich. Nur 9,9 Prozent sahen ein Verschulden der aktuellen griechischen Regierung unter Ministerpräsident Alexis Tsipras, während etwas mehr als 6 Prozent den ausländischen Banken die Schuld gaben und 9,5 Prozent keinen konkret Schuldigen nennen konnten bzw. wollten.

Abwartende Haltung der Parteiführer

Ministerpräsident Zoran Milanovic äußerte im Verlauf der Krise wachsende Sympathie für das griechische Volk und beurteilte die Absage der Sitzung des Europäischen Rates als "unseriös". Er werde zwar an zukünftigen Ratssitzungen teilnehmen, glaube aber dass Kroatien als „Nicht-Euroland“ nicht in Angelegenheiten hereingezogen werden wolle, in denen es über keine Entscheidungsbefugnisse verfüge könne, nur um ein möglichst einheitliches europäisches Meinungsbild zu vermitteln. Kroatien habe Griechenland schließlich gar keine Kredite gewährt und sehe sich nicht unmittelbar betroffen. Er sei allerdings der Meinung, dass Griechenland in jedem Fall in der Europäischen Union verbleiben solle. Er sympathisiere zwar weiterhin mit den Griechen, aber jemand sollte jetzt Verantwortung übernehmen, da es bisher an Ersthäftigkeit auf beiden Seiten gemangelt habe.

Der Vorsitzende der Kroatischen Demokratischen Union (HDZ), Tomislav Karamarko, äußerte sich am Rande eines Gipfeltreffens der EVP Parteien in Brüssel besorgt bzgl. des Umstandes, dass sich auch in Griechenland der klassische Populismus aus Wahlkämpfen nun an der Realität messen müsse. Er sei der Überzeugung, dass man den Menschen (auch in Wahlkämpfen) die Wahrheit sagen müsse, damit die Gesundung des Landes so wenig schmerzhaft wie möglich erreicht werden könne, was – wie er bemerkte – natürlich auch für sein Land gelte. Die EVP-Parteien seien bereit, an der Bewältigung der Krise in Griechenland mitzuwirken, wobei sie auf ernsthafte Reformen und wirtschaftliches Wachstum setzten. Dies gelte ebenfalls für Kroatien, wo es auch darum gehe, vor allem klein- und mittelständische Unternehmen zu fördern und dort die Arbeitsplätze zu generieren, die dann den aus dem öffentlichen Dienst notwendigerweise ausscheidenden Mitarbeitern, neue Beschäftigungs-

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

möglichkeiten böten. Kroatien könne sich von der Krise in Griechenland kurzfristig positive Effekte für den eigenen Tourismussektor erhoffen, da die ungesicherte Bargeldversorgung

Touristen zur Stornierung ihrer Griechenlandurlaube bewegen könnten. Zwar werde Kroatien sicher nicht in den Genuss aller Stornierungen kommen, einige Urlauber, darunter vor allem solche, die einen Wohnmobilurlaub planen, könnten jedoch in Kroatien „Halt machen“ und ihre Urlaubszeit unbeeinträchtigt dort verleben. Man könne schon jetzt feststellen, dass die „Last-Minute Buchungen“ für Kroatien deutlich ansteigen.

Kroatien und die Brückenfinanzierung

Kroatien ist zudem nicht bereit, sich als Nicht-Euro Land an der finanziellen Rettung Griechenlands zu beteiligen. Der kroatische Finanzminister Boris Lalovac ließ dazu verlauten, dass die kroatische Regierung nicht bereit sei, Griechenland vorübergehend mit Mitteln aus dem im Jahre 2010 von allen EU-Mitgliedstaaten aufgelegten EFSM (European Financial Stabilisation Mechanism) zu versorgen, der bereits die Sanierungsmaßnahmen in Irland und Portugal ermöglicht hatte. Stattdessen bestehe man darauf, dass allein die Mitglieder der Eurozone die Lasten der notwendigen Brückenfinanzierung übernehmen. Lalovac begründete diese Haltung mit dem Hinweis, man habe schließlich an den Verhandlungen bzw. der Entscheidungsfindung mit Griechenland nicht teilgenommen, weshalb man auch nicht für die Folgen einzutreten bereit sei.

Lettland

Elisabeth Bauer (24.07.2015)

Die Baltischen Staaten fordern eine strenge Haltung der Euro-Staaten gegenüber Griechenland. Auf der Grundlage ihrer eigenen schmerzhaften Reform Erfahrungen nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 besteht wenig Verständnis für die griechischen Entscheidungen. Besonders die Baltischen Staaten galten in den vergangenen Jahren häufig als vorbildhaft im Vergleich zu den kriselnden südeuropäischen Volkswirtschaften. Niedrige Staatsverschuldungen und vergleichsweise hohe Wachstumsraten bestätigen Lettland, Litauen und Estland in dieser Position, wo man heute stolz auf das erreichte ist.

Jānis Reirs, Finanzminister der Republik Lettland sagte über Griechenland: „Seit Februar dieses Jahres hat sich, auf Grund der Verantwortungslosigkeit der jetzigen Regierung, die Situation in Griechenland weiterhin verschlechtert; das langsame wirtschaftliche Wachstum wurde vernichtet. Leider begreift die Regierung noch immer nicht die Ernsthaftigkeit der Situation und führt Griechenland in die Katastrophe. Infolge eines solchen Handelns leiden besonders die Einwohner Griechenlands. Die Verantwortung für das, was jetzt in Griechenland geschieht und dessen Auswirkungen auf die gesamte Eurozone trägt die populistische Regierung mit Alexis Tsipras an der Spitze“. So zeige das Beispiel Griechenlands sehr deutlich, welchen wirtschaftlichen Schaden Populismus zur Folge haben könne. Es sei höchste Zeit für die griechische Regierung, die Strukturreformen durchzuführen.

Der Wirtschaftsexperte und ehemalige lettische Finanzminister Andris Vilks äußerte sich am 15. Juli während eines Fernsehinterviews kritisch über die gegenwärtige politische Verwaltung Griechenlands und wies darauf hin, dass sich Griechenland von der Eurozone entferne und daran politisches Nichtstun, Besessenheit, Machtgier und Unwilligkeit, die Reformen umzusetzen, um den Staat konkurrenzfähiger zu machen, schuld seien. Nur politische Feiglinge könnten bei Wahlen Fragen stellen wie: wollt ihr niedrigere Renten, Löhne und höhere Steuern?

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Rumänien

Thorsten Geissler (23.07.2015)

Die Griechenlandkrise wird in Rumänien gerade auch deshalb mit großer Aufmerksamkeit beobachtet, weil vier griechische Banken etwa 12 Prozent des diesbezüglichen hiesigen Marktes kontrollieren.

Grundsätzlich unterstützt die rumänische Regierung die deutsche Haltung. In der Bevölkerung gibt es wenig Verständnis für die griechische Haltung, zumal der rumänische Staat selbst 2010 strikte Austeritätsmaßnahmen durchgeführt hat, die zwar zu persönlichen Härten, letztlich aber auch zu einer Konsolidierung der Haushaltslage und zu wirtschaftlichem Wachstum führten. Zudem liegt das griechische Durchschnittseinkommen noch deutlich über dem rumänischen.

Die Nachricht der Einigung Griechenlands mit den anderen EU- Mitgliedsländern wurde in Rumänien von den Korruptionsvorwürfen gegen Premier Victor Ponta überschattet.

Mehrere Wirtschaftsanalysten bezeichnen die Einigung hier als "aGreekmoment für den Grexit.", sie erwarten, dass Griechenland noch in diesem Jahr die Eurozone verlässt. Die jetzige Einigung solle nur sicherstellen, dass Griechenland nicht kurzfristig zahlungsunfähig werde und sich im Übrigen geordnet auf die Wiedereinführung der Drachme vorbereiten könne. Eine Rückzahlung der Griechenland gewährten Kredite wird für sehr unwahrscheinlich gehalten.

Die Europafreundlichkeit der rumänischen Bevölkerung und aller maßgeblichen Parteien wird durch die Krise in Griechenland nicht getrübt.

Russland

Claudia Crawford (16.07.2015)

Der Sondergipfel der Euro-Gruppe ist in den russischen Medien recht präsent. Auch wenn er nicht die Presseberichterstattung dominiert, fand sich die Meldung vom Gipfel unter den 12 wichtigsten Nachrichten des Tages (13.07.2015) auf der Internetseite der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti. Am 14.07.2015 ließ sich allerdings kein Hinweis mehr zu dem Gipfel unter der Auswahl des Tages finden.

Grundsätzlich dominiert die Sympathie für Griechenland in den staatlichen Medien. So wurde mehrfach gesagt, dass sich das griechische Volk beim Referendum für ein Nein ausgesprochen habe, dieses jedoch bei dem Gipfel übergangen worden sei. In diesem Kontext wird der Vorwurf des griechischen Energieministers Lafazanis zitiert, die Ergebnisse des Gipfels seien gegen den Volkswillen der Griechen durchgesetzt worden. Auch ist den Medien von einer Kapitulation Griechenlands und einem Sieg der Bundesrepublik Deutschland die Rede.

Der russische Minister für Energie, Aleksandr Novak, sagte, Russland habe die Möglichkeit zu helfen und denke über eine Ausweitung der Zusammenarbeit im Energiesektor, welche Griechenland helfen würde, nach. Grundsätzlich lässt sich allerdings festhalten, dass sich wichtige politische Akteure mit Äußerungen zurückhalten.

Laut der Zeitung *Izvestiya* hat Vladimir Putin aus der Duma den Vorschlag erhalten, die „Antisanktionen“ gegen Griechenland aufzuheben. Griechenland sei seit Jahren ein verlässlicher Partner Russlands und diese Geste würde nicht nur bei den Griechen, sondern auch bei der russischen Bevölkerung Sympathie hervorrufen. In Zukunft könne die Kooperation ausgebaut werden, auch im Rahmen von Organisationen wie etwa BRICS oder SOC. Der Presse-

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

sprecher des Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitry Peskov, betont hingegen, dass von Hilfe nicht gesprochen werden sollte, da Griechenland Russland nie um Hilfe gebeten habe. Russland sei bereit zur wirtschaftlichen Kooperation und habe die Absicht, die Zusammenarbeit insbesondere im Bereich der Wirtschaft und des Handels auszubauen. Man begrüße die Arbeit der Eurogruppe und wisse um deren Bedeutung sowie die Schwierigkeit, Kompromisse zu erarbeiten. Man heiße jeden Kompromiss willkommen, der sowohl Griechenland als auch Brüssel hilft, aus der Auseinandersetzung herauszukommen.

In den sozialen Netzwerken spielte der Gipfel eine untergeordnete Rolle. Sogar die offizielle Facebook-Seite des Außenministeriums erwähnte den Gipfel mit keinem Wort.

BBC Russia, *Radio Svoboda* und *TV-Rain* posteten viele Einträge zu Verlauf sowie Ergebnis der Verhandlungen. Es wird darauf hingewiesen, dass sich das Verhalten Griechenlands in letzter Zeit sehr negativ auf das Vertrauen anderer europäischer Staaten und Geldgeber auswirkt – den Versprechen, Reformen durchzuführen, könne nicht mehr vertraut werden.

Die Blog-Sphäre ist geteilter Meinung: der relativ unabhängige Teil fragt sich, warum es so weit kommen musste und kritisiert die Unfähigkeit der griechischen Regierung einzusehen, dass ohne extrem strenge Maßnahmen von einer (auch dann sehr langsamen) Erholung der griechischen Wirtschaft und Zahlungsfähigkeit nicht die Rede sein kann. Auf Unverständnis stößt das Handeln von Alexis Tsipras, der, nachdem er die Griechen dazu aufgerufen hatte, gegen die vorgeschlagenen Auflagen zu stimmen, nun selbst ähnliche Reformvorschläge macht, um mit der Euro-Gruppe noch eine Chance auszuhandeln.

Es wird betont, dass Angela Merkel sich mehrfach gegen einen, auch vorübergehenden, Austritt Griechenlands aus der Euro-Zone ausgesprochen hat, wenngleich die Kanzlerin auch nicht um jeden Preis bereit ist, einen Kompromiss zu finden. Die Position Deutschlands insgesamt wird auf jeden Fall als sehr stark bewertet.

„Patriotische“ Blogger vertreten teilweise die extreme Meinung, dass es sich um einen bereits mehrmals erprobten Mechanismus handelt, der einer erheblichen Einschränkung der Souveränität einzelner Länder dient: Es wird ein Kredit unter einem hohen Zinssatz vergeben und seine Verwendung so gesteuert, dass die Gelder im betroffenen Land „verschwinden“, statt in dessen Aufbau und Entwicklung investiert zu werden. Da der Kredit nie zurückgezahlt werden kann, muss sich das Land auf eine Einschränkung der Souveränität und externe Kontrolle durch internationale Institutionen einlassen, was den Interessen der EU und der USA, die dahinterstehen, entspreche.

Als Auswirkung auf die künftige Entwicklung der EU erwartet man grundsätzlich ein steigendes Misstrauen von anderen Problemstaaten gegenüber Deutschland. Als Beispiele für solche Staaten werden Spanien und Italien genannt. Eine weitere Verschuldung Griechenlands und die Wiederholung des Szenarios werden ebenfalls für möglich gehalten. Ebenso geht man vom Ausbau der deutschen Führungsrolle innerhalb der EU aus.

Aufgrund des schwachen Wirtschaftswachstums, als Folge der Entscheidung der Eurogruppe und der Dominanz Deutschlands, sei eine Stärkung der Euroskeptiker zu erwarten.

Vielfach wird von einer Schwächung der Europäischen Union gesprochen. So weigere sich Tschechien, direkte Kredite an Griechenland zu garantieren. Die Einheit soll aber auch durch das Misstrauen der europäischen Öffentlichkeit gegenüber Deutschland, welches als Folge der Härte der durchgesetzten Bedingungen erwartet wird, geschwächt werden.

In den russischen Medien wird ein starker Führungsanspruch der Bundesrepublik Deutschland dargestellt. Die Bundeskanzlerin sei schuld an der Verzögerung der Gespräche, da sie zusätzliche Garantien für eine schnelle Durchführung der Reformen gefordert habe. Die Dar-

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

stellung Deutschlands als dominierende Kraft in der EU und Eurozone werde durch die Aussage unterstützt, die Bundesrepublik habe als wichtigster Geldgeber durch den möglichen Verkauf der Anleihen bei griechischer Zahlungsunfähigkeit einen wichtigen Kontrollmechanismus. Diese starke Rolle Deutschlands wird vielfach negativ dargestellt und moralisch hinterfragt. Aufgrund der Okkupation Griechenlands im Zweiten Weltkrieg habe die Bundesrepublik keine Legitimität, hohe Forderungen zu stellen. Die Kanzlerin solle stattdessen Reparationszahlungen an Griechenland leisten.

Die russische Wirtschaftsagentur RBK äußert den Gedanken, dass sich das bilaterale Verhältnis zwischen Russland und Deutschland durch – wie man es sieht - den Sieg und das starke Führungsverhalten der Bundesrepublik Deutschland vielleicht verbessert. Denn die deutsche Politik und Wirtschaft habe eine gesteigerte Unabhängigkeit gezeigt, welche kein Interesse an der Konfrontation mit Russland wegen der Ukraine Krise und den US-Sicherheitsinteressen habe.

Serbien

Norbert Beckmann-Dierkes (15.07.2015)

Die Einigung war keine beherrschende Schlagzeile in den Medien, sondern stand im Schatten des am 8. Juli stattgefundenen Staatsbesuches von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Serbien. Weiterhin bestimmten die Angriffe auf den serbischen Ministerpräsidenten in Potocare (Massaker in Srebrenica, 1995) die Nachrichten.

Premierminister Aleksandar Vucic hat, seitdem Tsipras griechischer Premierminister geworden ist, seine Meinung nicht geändert. Bezüglich der Wirtschafts- und Finanzreformen in Griechenland betont Vucic, dass er an Strukturreformen und „harte Arbeit“ glaubt und nicht an eine „Wir-Machen-Es-Leicht“-Politik, wie er sie Tsipras zuschreibt.

Bisher haben sich weder der Premierminister noch andere hochrangige politische Akteure (Finanzminister, Wirtschaftsminister) direkt geäußert. Die Gouverneurin der Nationalbank hat in der Tageszeitung „Politika“ ein Interview zu Griechenland mit den Worten angekündigt „Es gibt keine wirtschaftliche Souveränität mehr. Mit viel Leidenschaft wurde im griechischen Fall verhandelt und jeder hat darin die Bestätigung seiner eigenen Position gesucht: Das Deutschland zu stark ist, das Frankreich nicht stark genug ist, das England abwesend ist ... über die Finanzen als moderne Waffe“.

Der stellvertretende Vorsitzende der oppositionellen Demokratischen Partei Borislav Stefanovic plant ein neues Programm für die Demokratische Partei, das auf dem Programm von Tsipras beruhen soll. Er unterstützt Tsipras in den Medien und in den sozialen Netzwerken: „Tsipras hat gekämpft und doch etwas gewonnen. Er weiß wenigstens, was für sie gut ist. Wir müssen nun begreifen, was ihm jetzt angetan wurde. Dies wird sehr wichtig für uns sein.“, twitterte Stefanovic.

Viele führende Netzaktive (meist (sozial-)demokratisch orientiert) stehen überwiegend auf der Seite Tsipras, vor allem da sie Tsipras als Verkörperung des Kämpfers gegen die „allermächtigste Europäische Union“ verstehen.

Relevante Think-tanks und politische Analytiker nehmen Tsipras, die griechische Krise und die getroffene Einigung mit Abstand zur Kenntnis und äußern sich über „einen reinen kommunistischen Populisten“ bisher nicht ausführlich.

In Serbien wird die Griechenlandkrise nicht auf den eigenen EU-Integrationsprozess bezogen. Die Erweiterungskapazitäten der Europäischen Union werden nicht von den Entwick-

Afrika südlich der Sahara

Asien und Pazifik

Europa und Nordamerika

Lateinamerika

Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

lungen in Griechenland (Spanien, Italien etc.) abhängig gemacht, sondern nur im Zusammenhang der selbst zu erfüllenden Kriterien betrachtet.

Die Stellung der Europäischen Union in der Welt wird in den serbischen Medien nicht als alleinstandendes Thema betrachtet. Regionale politische Beziehungen haben eine größere Bedeutung. Europa wird als starker Akteur gewertet, der die gegenwärtige Krise meistern wird.

In Serbien haben alle traditionellen Medien in ihren online Ausgaben die Aussage des ehemaligen griechischen Finanzministers Varoufakis veröffentlicht, „Griechenland wird es ab jetzt nur schlechter gehen, und die Eurogruppe, die völlig von Deutschland kontrolliert ist, bestimmt das Leben der Europäer“.

Politika als führendes politisches Medium Serbiens titelt: „Merkel und Schäuble beeinträchtigen das Image Deutschlands“. Hierbei wird die Berichterstattung aus dem Spiegel übernommen, „dass Deutschland über ein Wochenende seine sieben Jahrzehnte lange Nachkriegsdiplomatie zerstörte“. Auch werden weitere negative Kommentare aus deutschen Medien zitiert.

Durch den Besuch Angela Merkels in Belgrad wird das künftige Verhältnis zu Deutschland positiv bewertet. Man erwartet nicht, dass die griechische Krise, noch die getroffene Einigung Einfluss auf das gute deutsch-serbische Verhältnis haben werden.

Slowakei

Dr. Werner Böhler (16.07.2015)

Das Thema Griechenland und der Sondergipfel der Euro-Gruppe dominierte in allen wichtigsten slowakischen Zeitungen sowie in elektronischen Medien. Überall wurde ausführlich über den Sondergipfel berichtet und die Ergebnisse analysiert und kommentiert.

Das Thema ist im Land deswegen sehr sensibel, weil die Abstimmung über die Ausweitung des Euro-Rettungsschirms EFSF im Oktober 2011 zum Sturz der Mitte-Rechtsregierung von Premierministerin Iveta Radičová und den vorgezogenen Parlamentswahlen im März 2012 geführt hat, als eine der Koalitionsparteien, die liberale Freiheit und Solidarität (SaS) des Parlamentspräsidenten Richard Sulík an ihrer Ablehnung des EFSF festhielt. Erst eine Wiederholungsabstimmung ermöglichte, dass die Slowakei mit Unterstützung der von Robert Fico geführten Oppositionspartei Smer-Sozialdemokratie (Smer-SD) als letztes Mitgliedsland der Eurozone der EFSF-Erweiterung zustimmte.

Position der Slowakei zur Griechenlandkrise im Jahr 2010

Die Euro-Rettungsmaßnahmen waren ein wichtiges politisches Thema in der Slowakei bereits im Jahr 2010, als das Land als einziges Mitglied der Eurozone eine Teilnahme am Griechenland-Hilfspaket der EU verweigerte. Der damalige Premierminister Robert Fico (Smer-SD) dessen Regierung im Juni 2010 bei den Parlamentswahlen abgewählt wurde, hatte ursprünglich eine Zustimmung der Slowakei zur Griechenlandhilfe signalisiert. Das Griechenland-Thema spielte eine wichtige Rolle im Wahlkampf 2010, wobei vor allem die neu gegründete liberale Partei Freiheit und Solidarität (SaS) mit ihrem Vorsitzenden Richard Sulík aber auch die Slowakische Demokratische und Christliche Union (SDKÚ-DS) mit ihrer Spitzenkandidatin Iveta Radičová scharfe Formulierungen gegen die Griechenlandhilfe seitens der Slowakei verwendet haben. Sulík forderte, dass Griechenland Bankrott gehen müsse, denn nur so könnten auch andere Länder vor der weiteren Anhäufung von Schulden gewahrt werden. Radičová wollte nicht, dass slowakische Rentner mit ihren monatlichen 400

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Euro für die viel reicheren Griechen „die Zeche“ für deren unverantwortliche Verschwendungspolitik bezahlen müssten.

Die Ablehnung der slowakischen Mitte-Rechts-Parteien der Griechenlandhilfe hat aber auch historische Gründe, die berücksichtigt werden müssen. Noch vor ihrem EU-Beitritt hatte die Slowakei nämlich zur Jahrtausendwende unter ihrem damaligen Premierminister Dzurinda (SDKÚ-DS) ihre eigenen Großbanken ohne fremde Hilfe saniert, was das Land damals 12 Prozent seines Bruttoinlandsprodukts gekostet hat. Dazu kam noch die Sparpolitik seiner Regierung mit empfindlichen Reallohnverlusten, einer Arbeitslosigkeit von mehr als 20 Prozent und schmerzhaften Sozialkürzungen. "Wie soll ich jetzt den Slowaken erklären, dass sie dafür zahlen sollen, dass in anderen Ländern unverantwortliche Regierungen Kredite ohne Ende aufnahmen, um in populistischer Manier Geschenke zu verteilen und Wählerstimmen zu gewinnen?", fragte Dzurinda 2010.

Diese strikt ablehnende Haltung hat die SDKU-DS angesichts der Zuspitzung der Euro- und Schuldenkrise 2011 sichtbar relativiert. Mit Hilfe der zwei weiteren Koalitionsparteien – der von Ján Figel geführten Christlich-Demokratischen Bewegung (KDH) und der Partei Most-Híd von Béla Bugár erreichte Premierministerin Radičová zwar die Mehrheit in der Regierung aber ohne den vierten Koalitionspartner – der SaS konnte sie die erforderliche Mehrheit im Parlament nicht erzielen. Die von Parlamentspräsident Richard Sulík geführte SaS hielt so eisern an ihrer Ablehnung fest, dass sie sich auch dann nicht umstimmen ließ, als Radičová die EFSF-Abstimmung im Parlament mit der Vertrauensfrage verknüpfte. Die Regierung scheiterte und erst eine Wiederholungsabstimmung ermöglichte, dass die Slowakei mit Unterstützung von Ficos Smer-SD doch noch als letztes Mitgliedsland der Eurozone der EFSF-Erweiterung zustimmte. Der Preis den Fico für diese Unterstützung verlangte waren vorgezogene Parlamentswahlen im März 2012, die er mit großer Mehrheit gewonnen hat.

Positionen der slowakischen Politiker zu den Ergebnissen des Sondergipfels der Euro-Gruppe

Laut Béla Bugár (Vorsitzender der Partei Most-Híd, EVP-Mitgliedspartei) sei die Einigung nur ein Licht am Ende des Tunnels, da Griechenland nicht nur die Reformgesetze verabschieden sondern auch umsetzen müsse. „Das Vertrauen gegenüber Griechenland ist sehr geschwächt und es wird sehr kompliziert sein, es wiederherzustellen“, meint Bugár und fügt hinzu, dass die Regierung von Tsipras gezeigt habe, wohin ein grenzenloser Populismus das Land führen kann. Die Eurozone müsse für die Zukunft mehrere Maßnahmen vorbereiten, die das Wiederholen von ähnlichen Situationen verhindern. Das Einhalten der Regeln sei der einzige Weg zum Überleben der Eurozone als Ganzes. Es sei unbedingt notwendig, die Maastrichter Kriterien konsequent einzuhalten und wer dazu nicht fähig ist, müsse die Eurozone verlassen.

Der KDH-Vorsitzende Ján Figel sprach sich im Namen der KDH sowohl gegen eine Aufweichung der bisherigen Bedingungen der Griechenland-Hilfe als auch gegen das Streichen eines Teils der griechischen Schulden aus. Figel konstatierte weiter, dass der Rettungsschirm und das Rettungsprogramm der EU im Falle von Italien, Spanien, Portugal und Irland effizient geholfen hat, in Griechenland habe aber dieser Prozess wiederholt versagt.

Momentan sehe er noch keinen Grund zu einer Parlamentssitzung zu Griechenland, wenn aber die Bedingungen für die Ratifizierung des dritten Hilfspaketes erfüllt werden, sollte sich damit auch das Parlament befassen (eine Abstimmung im Parlament sei nicht erforderlich).

Der Premierminister Robert Fico (Smer-SD) hat während der Pressekonferenz über die Verhandlungen in Brüssel informiert, dass die EU sehr viele außergewöhnlich ernsthafte und schwerwiegende Hausaufgaben Griechenland erteilt habe. Er erwähnte u.a. die Gesetze zur Erhöhung der Mehrwertsteuer und die Änderungen im Rentensystem etc. Laut Fico war das

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

harte Vorgehen notwendig, weil Griechenland für sich selbst Verantwortung trage. Es habe sich selbst Schaden zugefügt und deswegen, müsse es nun die ihm erteilte Aufgaben erfüllen, wenn es eine finanzielle Unterstützung erwarte. Jede Abweichung von den Verpflichtungen würde bedeuten, dass die Verhandlungen über weitere Hilfspakete eingestellt werden. Allerdings wäre es laut Fico ein kleines Wunder, wenn die griechische Regierung und das Parlament in Kürze mit Umsetzung der Aufgaben beginnen würden.

Richard Sulik MdEP und seine Partei Freiheit und Solidarität (SaS) halten an ihrer Position, die sie auch bisher vertreten haben, fest und lehnen weitere Rettungspakete ab. Laut Sulik sei der beste Weg sowohl für Griechenland als auch für die EU, wenn Griechenland die Eurozone verlassen würde. Die bereits in die Rettungspakete investierten Mittel hält seine Partei für verlorenes Geld. Er kündigte an, dass die Krise in Griechenland für seine Partei das Schlüsselthema des Wahlkampfes sein würde. Die aktuelle Situation präsentiert Sulik als Bestätigung seiner bereits vor fünf Jahren vertretenen Meinung.

Ähnlich skeptisch äußerte sich auch Martin Vlachynsky, Analyst des Instituts der Wirtschafts- und sozialen Reformen INESS, der meinte, dass der Plan, weitere Steuern in Griechenland durch neue Gesetzgebung zu gewinnen, illusorisch sei und dass die Reformen des Arbeitsmarktes und des Rentensystems schon zu spät kämen. Jetzt müsse man sich auf die gigantische Verschuldung des Landes konzentrieren. Diese Verschuldung sei unhaltbar, die Politiker jedoch, vor allem die deutschen, hätten bisher keinen Mut gehabt, es laut gegenüber ihren Wählern zu sagen. Natürlich müsste dann auch die Slowakei mit Verlusten rechnen, es geht jedoch darum, die Verluste wenigstens nicht mehr zu vergrößern.

Die Krise in Griechenland wird in sozialen Netzwerken von der slowakischen Öffentlichkeit vor allem in dem Kontext der schmerzhaften harten Reformen und Sparmaßnahmen, die die Slowakei unternehmen musste, um integrationsfähig zu sein und den Euro einführen zu können, wahrgenommen. Aus diesem Grund wird auf die Solidarität mit dem reicheren Griechenland seitens der Bevölkerung sehr empfindlich geschaut. In den Sozialen Medien sind Texte, die die slowakischen und griechischen Renten vergleichen oder über den Missbrauch des Sozialsystems in Griechenland berichten, sehr populär. Diese Meinungen werden teilweise durch Artikel die zwischen normalen, einfachen Griechen und der politischen Repräsentanz unterscheiden, entschärft.

Zu den möglichen künftigen Schritten und Entwicklungen in der Europäischen Union meinen sowohl Radovan Geist vom Portal Euractiv.sk als auch Vladimír Bilčík von der Slowakischen Gesellschaft für Auswärtige Politik (SFPA, Slovak Foreign Policy Association), beides bekannte slowakische Analysten, dass die Regeln in den Europäischen Verträgen klarer und verständlicher formuliert werden müssen. Sie erwarten keine Stärkung der Kompetenzen der europäischen Institutionen. Was aber geändert werden sollte seien die Kontrollmechanismen, damit die Mitgliedsstaaten nicht so leicht in Wirtschaftsprobleme geraten können. Mit dem dritten Hilfspaket habe die EU Zeit gewonnen, um die erforderlichen Änderungen vorzubereiten und das Verhältnis zwischen Griechenland und Deutschland zu beschwichtigen.

Slowenien

Dr. Michael Lange (15. Juli 2015)

Die Slowenen erinnern die aktuelle Krise in Griechenland an die früheren Erfahrungen mit den Finanzhilfen an die weniger entwickelten "südlichen Nachbarn" in der ehemaligen föderativen Republik Jugoslawien. Diese schon damals als „ungerechtfertigte Subvention an privilegierte und faule Landsleute“ angesehene historische Reminiszenz erfährt im Falle der Griechenland-Krise eine Neuauflage. Schon damals führte diese Situation zu wachsender Frustration der slowenischen Bürger, welche darin eine Verschwendung von Geldern für un-

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

willige Mitbürger sahen. Mit dem Austritt aus der jugoslawischen Föderation und dem Beitritt zur Europäischen Union glaubte man sich eines solchen „Südens“ bzw. des „Balkans“

auf Dauer entledigt zu haben. Slowenien hat sich in diesem Prozess viel Mühe gegeben, ein Vorbild für alle Nachfolgestaaten Jugoslawiens zu sein, und wurde zumindest vorübergehend zum „EU-Musterknaben“.

Nun sieht man sich in Slowenien plötzlich wieder mit der Geistern der Vergangenheit konfrontiert und es drohe wiederum die Notwendigkeit für Slowenien, statt seinen damaligen südlichen Nachbarn, den Kosovaren, den Mazedoniern, den Montenegrinern und natürlich auch den Serben, diesmal den Griechen finanziell unter die Arme greifen zu müssen. Bis zum Ausbruch der aktuellen Griechenland-Krise hat Slowenien als Mitglied der Eurogruppe bereits 400 Mio. Euro und damit 0.48 Prozent der gesamten Rettungskosten der ersten beiden Rettungsprogramme aufgebracht.

Zwar gibt es keine öffentliche Debatte über die Notwendigkeit der Schaffung eines Mechanismus, der es einem Euromitglied erlauben würde, die Eurozone zu verlassen, wenn es das ihr zugrunde liegende Regelwerk nicht erfüllen kann oder will. In Slowenien erinnert man sich aber noch sehr gut daran, dass man im Rahmen der Aufnahme in die Eurozone alle fünf Maastricht-Kriterien mit einer Rigorosität erfüllen musste, die keinem der früher beigetretenen Euroländer, wie etwa Belgien, Italien und auch Griechenland bei deren Aufnahme auferlegt worden sei.

Es wurde wiederholt darauf verwiesen, dass man in Slowenien wisse, dass das Geld für Griechenland den einheimischen Bürgern entzogen werde, denen es deutlich schlechter gehe als den Griechen; zudem sei es den slowenischen Bürgern nur schwer zu vermitteln, weshalb sie erst im Alter von 65 Jahren, die südlichen Nachbarn in Griechenland jedoch schon im Alter von 55 Jahren ihre Rente genießen dürfen. Mit ihren 14 Monatsgehältern und ihren Prämienzahlungen für pünktliches Erscheinen am Arbeitsplatz betrachten die Slowenen ihre griechischen „Euro-Partner“ schon immer als außerordentlich privilegiert und es herrscht wenig Verständnis für die Demonstrationen in Athen, welche zur Ablehnung des Angebots der Institutionen im Referendum geführt hatte.

Kommentare zur Griechenland-Krise

Der slowenische Ministerpräsident Miro Cerar betonte in seiner ersten Stellungnahme zu der akuten Finanzkrise in Griechenland, dass man sich schon eine ganze Weile auf den möglichen, kritischen Verlauf der Krise vorbereitet habe. Wiewohl man das Recht, über diese Fragen ein Referendum abzuhalten nicht bestreite, sehe man die gewährte Solidarität mit der Notwendigkeit Reformen umzusetzen verbunden: „Unser Land würde Griechenland und seinen Bürgern gerne helfen, aber es kann keine „Manöver“ tolerieren, mit denen die griechische Regierung versucht, Reformbemühungen zu vermeiden.“ Miro Cerar betonte wiederholt, dass Slowenien ein verlässlicher Partner in allen Verhandlungen und bei allen Rettungsprogrammen gewesen sei und dass sein Finanzminister Mramor angewiesen worden sei, alle Bemühungen um eine Verlängerung des Hilfsprogramms auf der Basis von Leistung (Solidarität) und Gegenleistung (Strukturreformen) zu unterstützen. Cerar unterstrich, dass obwohl Slowenien hohe finanzielle Verpflichtungen für Griechenland übernommen habe, man immer solidarisch gewesen sei. Nun erwarte man jedoch auch "eine konstruktive Kooperation" und die "Umsetzung von einigen wesentlichen Strukturreformen." Als Mitglied der Eurogruppe bedaure man die griechische Vorgehensweise in dieser Krise und betonte, dass die griechische Entscheidung, ein Referendum anzuberaumen eine mögliche „Brückenfinanzierung“ noch im Rahmen des zweiten Hilfspaketes verhindert habe.

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Der slowenische Finanzminister Dusan Mramor äußerte sich dagegen von Beginn an skeptischer, was die Reformbereitschaft Griechenlands angeht. Griechenland sei - so Mramor - offensichtlich leider nicht bereit das Notwendige zu tun. Für Slowenien sei dies inakzeptabel, weil man selbst bewiesen habe, dass wohl überlegte Maßnahmen zu deutlichen Fortschritten bei der Bewältigung einer Krise führen können.

Seine strenge Haltung hat wohl auch damit zu tun, dass Slowenien selbst beinahe unter den Rettungsschirm musste, nachdem es ab 2008 in eine schwere Banken- und Finanzkrise geschlittert war. Staatliche Banken hatten faule Kredite angehäuft und mussten gerettet werden. Es wurde eine „Bad Bank“ geschaffen und das Land mit dem höchsten Anteil an staatlichen Unternehmen in der EU, musste damit beginnen, 13 Banken zu privatisieren.

Noch im Jahre 2013 - sechs Jahre nach Einführung des Euro in Slowenien - habe man also einen internationalen Bail-Out des eigenen Bankensektors nur knapp verhindern können. Danach habe man außergewöhnliche Anstrengungen zur Rekapitalisierung der Banken, zur Verbesserung der geschäftlichen Rahmenbedingungen, zur Reduzierung des Haushaltsdefizits und zur weiteren Privatisierung von Staatsbetrieben unternommen. Man habe also in den vergangenen drei Jahren seine maroden Staatsbanken alleine rekapitalisiert, viele Staatsunternehmen entschuldet und gleichzeitig noch die Arbeitslosigkeit zu reduzieren vermocht. Dies habe sich in einem verbesserten Kreditrating und der Tatsache niedergeschlagen, dass die Zinsen für slowenische Staatsanleihen trotz des Abbruchs der Verhandlungen mit Griechenland nicht gestiegen seien. Dies allein sei schon ein Zeichen des Vertrauens der Märkte in ein finanziell solides slowenisches Staatswesen.

Nicht zuletzt deshalb erwarte der slowenische Finanzminister keine größeren Auswirkungen der Griechenlandkrise für sein Land hoffe, dass auch Slowenien mit seinen Reformen fortfahre. Das Ausland blicke heute mit mehr Vertrauen auf Slowenien. Trotz niedriger „Benchmark“ Zinsen für Staatspapiere von 2,28 Prozent wolle Slowenien weiter an einer Verbesserung des Geschäftsklimas arbeiten und in den Sektoren Gesundheit, Bildung und im Justizwesen weitere Reformen umsetzen.

Sloweniens „Exposure“ gegenüber Griechenland betrage momentan 3,2 Prozent des GDP, und ist damit die höchste aller Euroländer. Die slowenischen Bürger sollten sich jedoch nicht sorgen, weil man die Dinge im Blick behalte und beabsichtige, das eigene Haushaltsdefizit von 4,9 Prozent (2014) in diesem Jahr auf 2,9 Prozent des GDP zurückzufahren und im kommenden Jahr sogar auf 2,4 Prozent zu reduzieren. Zudem habe man gerade die zweitgrößte slowenische Bank Nova KBM privatisieren können und Interessenten um Angebote zur Privatisierung der nationalen Fluggesellschaft Adria Airways gebeten. Beides zeige die Bereitschaft der slowenischen – im Gegensatz zur griechischen Regierung - mit den notwendigen Reformen in Gestalt von umfänglichen Privatisierungen zügig voranzuschreiten. Entsprechend beruhigt auch die Tatsache, dass die einzige Partei, die in Slowenien für Syriza und die griechische Regierung Stellung bezieht, die sog. „Vereinigte Linke“ ist, die im Vorjahr bei den Wahlen auf Anhieb sechs Prozent bekam.

Finanzielle Risiken für Slowenien

Obwohl es keine in Slowenien operierenden griechischen Banken gebe, bleibe das Euroland Slowenien durch seine Hilfszahlungen mit der Griechenland-Krise verknüpft. 2011 zahlte Slowenien 263 Mio. Euro für Griechenland, das waren zwar nur 0,5 Prozent des damaligen Hilfskredits über 53 Milliarden Euro, doch insgesamt belaufen sich die finanziellen Verpflichtungen Sloweniens gegenüber Griechenland auf 925 Millionen Euro (Kredite und Garantien), was einem Anteil von 2,48 Prozent des BIP Sloweniens entspricht.

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Der slowenische Außenminister Karl Erjavec bezweifelte jüngst, ob man diese Kredite jemals zurückerhalten werde. Slowenien habe bisher mit einem Anteil von 0,498 Prozent an dem Hilfspaket für Griechenland im Umfang von insgesamt 52,9 Mrd. Euro partizipiert. Bis zum 31. Dezember 2014 habe man dafür 18 Mio. Euro an Zinsen eingenommen, jedoch auf Teile dieser Zinseinnahmen im Benehmen mit allen anderen Europartnern verzichtet. Gleichzeitig musste Slowenien für die griechischen Kredite selbst Geld aufnehmen und dafür hohe Zinsen zahlen, weshalb die Regierung in Ljubljana fürchtet, dass ein Schuldenerlass für Griechenland ein noch höheres slowenisches Budgetdefizit herbeiführen und noch höhere Zinszahlungen nötig machen würde.

Der Regierung zufolge machen die finanziellen Verpflichtungen des Landes gegenüber allen Eurozonengläubigern (etwa auch Portugal und Irland) schon heute 3,2 Prozent des BIP aus. Im Falle einer Insolvenz Griechenlands würde dies in Slowenien zu den höchsten finanziellen Lasten unter allen Euroländern führen, gefolgt von Spanien und Malta mit 2,9 Prozent, Italien mit 2,8 Prozent und die Slowakei mit 2,7 Prozent. Dagegen brächten Länder wie Deutschland und Frankreich im Ernstfall nur Beträge in Höhe von ca. 2,4 Prozent ihres GDP auf, was dem Durchschnitt der Eurozone entspricht.

Spanien

Franziska Rachel (15.07.2015)

„Schlecht, aber es hätte noch schlechter kommen können“, so könnte das allgemeine Meinungsbild zur Griechenland-Einigung in den spanischen Medien zusammengefasst werden. Griechenland hat einen Deal mit sehr harten Auflagen akzeptiert, um das schlimmste Szenario – den Ausstieg aus dem Euro – vorerst zu verhindern.

Auch wird in Frage gestellt, ob Griechenland die anspruchsvollen Auflagen jemals wird erfüllen können oder ob der *Grexit* nur aufgeschoben wurde. Man ist sich bewusst, dass ein Ausstieg aus dem Euro kein Tabu mehr ist und diese Tatsache künftige Verhandlungen in Brüssel stark beeinflussen wird. Ebenso hat man die Distanzierung zwischen Frankreich und Deutschland im Rahmen der Verhandlungen wahrgenommen. Auch wenn Deutschland eindeutig als der Verhandlungspartner mit den härtesten Konditionen für Griechenland dargestellt wird, blieb ein *Germany Bashing* in den spanischen Medien weitgehend aus. Man ist sich durchaus bewusst, dass die Griechenland-Frage in den vergangenen Monaten auch innerhalb der CDU, der deutschen Regierung und Gesellschaft für Diskussionen und Widerstand gesorgt hat. Auch wurde Verständnis für Angela Merkels Härte gezeigt, schließlich mache sie nichts anderes als der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras, nämlich die mehrheitliche Meinung ihrer Bürger zu vertreten.

Betrachtet man die verschiedenen Reaktionen in Spanien von Seiten der Politiker, muss man dies vor dem Hintergrund der noch in diesem Jahr anstehenden Parlamentswahl tun. Der Wahlkampf hat inoffiziell begonnen, es gilt, sich anderen gegenüber zu profilieren. Dazu bietet die Einigung der Euro-Gruppe in der Griechenlandfrage gerade in einem Land wie Spanien, dessen Bürger in den vergangenen Jahren selbst hart von den EU-Sparmaßnahmen getroffen wurden, reichlich Stoff. Besonders spannend ist der Ausgang der Verhandlungen von Syriza mit der EU auch in Bezug auf die spanische Schwesterpartei Podemos, die seit 2014 einen rasanten Aufstieg erlebte und aktuell in den Umfragen mit den zwei großen Parteien PP und PSOE ungefähr auf einer Höhe liegt. Podemos vertritt inhaltlich vergleichbare Standpunkte zu Staatsschulden und dem Joch der sogenannten „Antidemokraten“ der europäischen Institutionen. So dürfte es Podemos daran gelegen sein, dass der Griechenland-Einigung möglichst wenig Beachtung geschenkt wird bzw. diese zu nutzen, um zu argumentieren, dass es offensichtlich Zeit für Änderungen in den von Sparmaßnahmen

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

geplagten Ländern ist. Bemerkenswert ist, dass es seit dem Abkommen der Euro-Gruppe kein Statement des Generalsekretärs und Europaabgeordneten der Partei, Pablo Iglesias, der üblicherweise auf den Kanälen der sozialen Netzwerke sehr aktiv ist, gegeben hat. Sein Schweigen spricht für sich. Noch am Tag vor der Einigung in Brüssel hatte er unter dem sich schnell verbreitenden Hashtag #ThisIsACoup getwittert „Unsere ganze Unterstützung dem griechischen Volk und seiner Regierung gegen die Mafiosi“. Iglesias Profilbild auf Twitter ist übrigens seit dem Referendum in Griechenland ein Foto von sich Arm in Arm mit Alexis Tsipras. Auch die übrigen bekannten Gesichter von Podemos zeigten sich sehr zurückhaltend mit Kommentaren. Sie bekräftigten ihre Solidarität mit Tsipras und dem griechischen Volk und beklagten den „wachsenden Konflikt zwischen Austerität und Demokratie“.

Ministerpräsident Mariano Rajoy bewertete die Einigung in einem ersten Statement im Anschluss an den Sondergipfel in Brüssel als „vernünftig“ und „eine gute Entscheidung“. Man habe erreicht, dass Griechenland in der Eurozone bleibe, nun ginge es darum, dass jede Seite ihre Verpflichtungen erfülle. Spanien werde seine Verpflichtungen erfüllen, man hoffe, das griechische Parlament die seinen. Rajoy dementierte, dass es sich bei den harten Maßnahmen um eine Rache für das griechische Referendum gehandelt habe. Die Maßnahmen seien vernünftig und von allen Ländern verabschiedet worden.

Obwohl es in Spanien keine rechtliche Verpflichtung dazu gibt, hat Rajoy am 15. Juli angekündigt, das spanische Parlament über das dritte Hilfspaket für Griechenland abstimmen zu lassen. Bei dieser Gelegenheit sparte er nicht an harter Kritik an Tsipras: „Während der letzten Monate wurde viel Zeit verloren und die wirtschaftliche Situation Griechenlands hat sich merklich verschlechtert. Am stärksten ist letztendlich das griechische Volk davon betroffen“. Es sei an der Zeit, dass die griechische Regierung Vernunft und Verantwortungsbewusstsein zeige.

Andere Vertreter des PP nutzten das Schicksal von Syriza und Griechenland, um eindringlich vor einer möglichen spanischen Regierung mit Podemos zu warnen, denn „Podemos ist Syriza“ (Esteban González Pons, Europaabgeordneter).

Aus der Opposition kommentierte PSOE-Generalsekretär Pedro Sánchez, es handele sich um eine „schwarze Woche für Europa“. Besonders beklagte er allerdings das Vorgehen der spanischen Regierung, welche in diesem wichtigen Moment für Europa nicht auf den PSOE gezählt hätte. Die Amtshandlungen der Regierung im Vergleich zur aktiven und konstruktiven Rolle anderer Regierungen in Brüssel bezeichnete er als „Versagen“, was Spanien zu einem Leichtgewicht in der EU mache.

Der Grundton der Stimmen anderer Parteien im spanischen Parlament ist generell, dass es sich um ein hartes Abkommen für Griechenland handele. Sie kritisieren die Regierung Tsipras' für ihre Arroganz und extrem unkluge Vorgehensweise.

Kritisch äußerte sich der Generalsekretär von Izquierda Unida, Alberto Garzón, welcher soweit ging, zu behaupten, der „Anfang des Endes der EU“ sei mit dem Abkommen besiegelt worden. Die europäischen Bürokraten hätten das griechische Volk und eine rebellische Regierung gebeugt, der Weg für die extreme Rechte in Europa sei freigemacht worden und man habe ein Europa unter deutscher Hegemonie geschaffen, welches kein Militär mehr brauche, um auch die Übrigen noch zu beugen.

Südkaucasus (Armenien, Aserbaidshan, Georgien)

Dr. Canan Atilgan / Florian Feyerabend (15.07.2015)

In gesamten Südkaucasus spielt die Griechenland-Krise im Allgemeinen beziehungsweise die Einigung des Sondergipfels der Euro-Gruppe im Speziellen nur eine untergeordnete Rolle

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

in der Medienberichterstattung und der öffentlichen Diskussion. Am meisten Aufmerksamkeit wird der Eurokrise in Georgien zuteil, wobei in der breiten Öffentlichkeit und auch im Elitendiskurs die Krise primär hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die eigene Volkswirtschaft analysiert und bewertet wird. So leben Schätzungen zufolge eine Viertelmillion Georgier in Griechenland, das nach Russland und der Türkei die größte georgische Diaspora beherbergt. Die georgische Volkswirtschaft ist stark abhängig von Heimatüberweisungen der Auslandsgeorgier. Griechenland ist mit einem Anteil von ca. 15 Prozent und ca. 280 Millionen USD jährlich nach Russland das zweitwichtigste Ursprungsland von Heimatüberweisungen nach Georgien. Die Auswirkungen der Wirtschaftskrisen in Russland und Griechenland haben auch zu einem Rückgang der Heimatüberweisungen geführt, im letzten Jahr sind diese insgesamt um 22,7 Prozent eingebrochen. Die Griechenland-Krise hat somit auch spürbar negative volkswirtschaftliche Auswirkungen für Georgien. In Armenien und Aserbaidschan berichten die Medien hingegen lediglich über aktuelle Ereignisse wie beispielsweise den Sondergipfel und seine Ergebnisse, eine tiefergehende Analyse und Einordnung in einen größeren Gesamtkontext findet nicht statt. Insgesamt ist somit eine unreflektierte Auseinandersetzung mit der Thematik festzustellen.

In allen drei südkaukasischen Staaten ist eine eindeutige Positionierung politischer und zivilgesellschaftlicher Akteure mit Bezug auf die Griechenland-Krise und Lösungsmöglichkeiten nur bedingt festzustellen. In Georgien sprechen sich führende Wirtschaftsexperten und Vertreter der oppositionellen EVP-Partnerpartei „Vereinigte Nationale Bewegung“ hinsichtlich Griechenlands dezidiert für eine Politik der Austerität und Strukturreformen aus. In der georgischen Gesellschaft wird aufgrund neoliberaler Politikansätze im eigenen Land mehrheitlich die deutsche Position unterstützt. Das Deutschlandbild der Georgier ist durch die Griechenland-Krise und die Einigung des Sondergipfels nicht signifikant beeinflusst worden. Sowohl in Armenien als auch in Aserbaidschan liegen keine offiziellen Positionierungen relevanter politischer Akteure vor, da die Griechenlandkrise als peripheres Ereignis wahrgenommen wird und innen- und sicherheitspolitische Themen die politische Agenda dominieren. Russischsprachige Medien spielen in Armenien eine wichtige Rolle und dadurch findet auch die russische Lesart Eingang in den öffentlichen Diskurs, wonach ein Zerfall der Europäischen Union nur noch eine Frage der Zeit sei.

Die Attraktivität und Anziehungskraft der Europäischen Union hat in Armenien durch den Umgang mit der Griechenlandkrise Schaden genommen, da das Versprechen von Prosperität und wirtschaftlicher Entwicklung bei EU-Mitgliedschaft im Falle von Griechenland nicht gehalten werden konnte. Das Deutschlandbild der Armenier hingegen ist durch die Griechenland-Krise und die Einigung des Sondergipfels nicht signifikant beeinflusst worden, man bewertet die führende Rolle Deutschlands in Europa positiv. In Aserbaidschan hat sich das Deutschlandbild und das bilaterale Verhältnis in letzter Zeit signifikant verschlechtert, dies ist jedoch primär auf die kritische Medienberichterstattung im Zuge der Europäischen Spiele in Baku und eine Bundestagsresolution zur Menschenrechtslage in Aserbaidschan zurückzuführen.

Tschechische Republik

Dr. Werner Böhler (15.07.2015)

Die Einigung mit Griechenland wird in der Tschechischen Republik insgesamt als sehr unsicher und zerbrechlich wahrgenommen. Eine endgültige Lösung der Griechenland-Krise wird in dem Gipfelergebnis nicht gesehen und die aktuelle Einigung wird nur als eine weitere Chance für Griechenland betrachtet. Es herrscht Skepsis darüber, ob sich die Lage in Griechenland bald stabilisieren wird. Tschechien ist bislang kein Mitglied der Eurozone, und deshalb wird die Krise aus der Perspektive eines potentiellen Beitritts des Landes zur Eurozone

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

betrachtet. Die Griechenland-Krise verstärkt die verbreitete Abneigung in der Bevölkerung gegenüber dem Beitritt Tschechiens zur Eurozone. Seit Beginn der Krise 2009 ist die Anzahl der Euro-Gegner in der Bevölkerung von 47 Prozent auf 69 Prozent gestiegen.

Über die Einigung mit Griechenland gibt es unter der tschechischen politischen Elite keine einheitliche Meinung. Der sozialdemokratische Premierminister Behuslav Sobotka glaubt, dass eine Einigung mit Griechenland, verbunden mit harten Bedingungen, besser sei als ein total zerbrochener Staat innerhalb der EU und der NATO. Gleichzeitig fordert er, dass das Rettungspaket keine Anleitung für die Populisten in Spanien, Italien und in weiteren Ländern sein darf. Deswegen sei es wichtig, ein hartes Reformprogramm in Griechenland so schnell wie möglich umzusetzen. Dagegen bewertet Finanzminister Andrej Babiš, der zugleich Vorsitzender der Bewegung ANO ist, die Einigung als eine falsche Lösung. Er befürwortet den Grexit und eine Teilabschreibung der griechischen Schulden. Babiš glaubt, dass die Probleme mit einem neuen Hilfsprogramm und Reformen nicht gelöst werden können und die jetzige Situation sich in wenigen Jahren wiederholen wird. Griechenland wird laut Babiš seine Schulden nie bezahlen können. Deswegen sollen die Gläubiger die Verantwortung für ihre falschen Investitionen aus der Vergangenheit übernehmen. Auch Staatspräsident Miloš Zeman sieht die vernünftigste Lösung in einem Grexit. Er zählt sich zu den Euro-Befürwortern, die jetzige Situation habe jedoch einen negativen Effekt auf die zukünftige Mitgliedschaft Tschechiens in der Eurozone. Laut Zeman sollten die tschechischen Bürger nicht für die selbstverschuldeten wirtschafts- und finanzpolitischen Fehlentscheidungen der Griechen haften.

In Zentrum der Debatte steht neben der Bedeutung der Ereignisse für die zukünftige tschechische Mitgliedschaft in der Eurogruppe auch die Frage der aktuellen Kosten der Griechenlandhilfe für Tschechien. In dieser Frage sind sich die Regierungsparteien einig, Tschechien will sich nicht an den Hilfspaketen beteiligen. Die Regierung stellt sich gegen die Nutzung des EFSM, im schlimmsten Falle sollte es nur für eine kurzfristige Hilfe sein. Durch den EFSM soll Tschechien 4 Milliarden Kronen (circa 147 Mio. Euro) zum Hilfspaket beitragen.

Die konservative Oppositionspartei TOP 09 kritisiert die Position der Tschechischen Regierung. Laut dem Vizevorsitzenden der TOP 09, Miroslav Kalousek, habe Tschechien als ein Netto-Empfänger aus dem EU-Strukturfonds seit dem Beitritt zur EU 2004 bedeutende finanzielle Unterstützung bekommen und sollte deswegen Solidarität zeigen. Er glaubt, es gibt keine gute Lösung der Griechenland-Krise. Europa muss sich auch mit weiteren Krisen wie der Migrationskrise auseinandersetzen. Im Interesse der politischen Stabilität in Europa wäre es jedoch wünschenswert, dass Griechenland in der Eurozone bleibe. Aber nur unter der Bedingung, dass die vereinbarten Reformauflagen eingehalten werden. Kalousek fürchtet, dass bei einem Verbleib Griechenlands in der Eurozone die Nichteinhaltung der Regeln und Vereinbarungen langfristig zum Zerfall der Eurozone führen könnte. Die liberal-konservative Oppositionspartei ODS (Bürgerpartei), die sich auch langfristig gegen die Einführung des Euro in Tschechien stellt, lehnt hingegen jede Beteiligung Tschechiens an dem Hilfspaket ab und sieht einen Grexit als die einzige Lösung der jetzigen Krise.

Da Tschechien kein Mitglied der Eurozone ist, ist die öffentliche Berichterstattung weniger ausführlich als in den Ländern der Eurozone. Es werden viele Informationen von ausländischen Zeitungen und Medien übernommen. Dabei dominiert der Gegensatz zwischen Griechenland auf der einen Seite und der EU, verkörpert vor allem durch die deutschen Politiker, auf der anderen Seite. Weitgehend unreflektiert übernommen werden die Sichtweisen der veröffentlichten Meinung in Griechenland, die über die Errichtung eines „deutschen Protektorats“ und eine „Erniedrigung der Griechen durch die Deutschen“ schimpft sowie die in Deutschland verbreitete Perspektive „der unberechenbaren und unzuverlässigen Griechen“ und „einer nötigen Selbstreflexion Griechenlands“ übernommen. Das Wort Protektorat ver-

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

bindet man in Tschechien vor allem mit dem Nationalsozialismus und der Okkupation der Tschechoslowakei. In der Presse wird aber auch an positive Beispiele von Protektoraten erinnert, wie z.B. Tunesien.

Die Wirtschaftskommentatoren sind sich weitgehend darin einig, dass Griechenland selbst nicht in der Lage ist, die Krise zu bewältigen und es wird folglich zum Grexit kommen müssen oder zu einem Diktat der Reformen seitens der EU/Deutschland. Gleichzeitig bezweifeln die Wirtschaftskommentatoren, dass die geplanten Hilfspakete und die jetzigen Reformen die Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands steigern werden. Deswegen wird eine Form von dauerhaften Hilfspaketen als sehr wahrscheinlich betrachtet. Es erscheinen in der Presse auch Stimmen, die nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Dimension der Griechenland-Krise aufzeigen. Obwohl sich die EU derzeit einer Vielzahl von großen Herausforderungen wie Migrationskrise, Krieg in der Ukraine, das Referendum in Großbritannien usw. gegenüber sieht, beschäftigt sie sich seit fünf Jahren fast ausschließlich mit der Schuldenkrise vor allem in Griechenland und bindet damit Zeit und Kraft. Vor diesem Hintergrund wird auf eine beschleunigte Lösung gedrängt, um freie Kapazitäten für die Lösung der anstehenden Entscheidungen zu schaffen. Deshalb sollte die EU und vor allem Deutschland nicht nur die Schuldentilgung im Auge haben, sondern auch über einen Schuldenschnitt nachdenken.

Weder im politischen noch im öffentlichen Raum wird über die Auswirkungen der Griechenlandkrise auf die deutsch-tschechischen Beziehungen gesprochen. Deutschland wird als strategischer Partner Tschechiens betrachtet, im Juni wurde eine politische Deklaration der strategischen Partnerschaft zwischen Deutschland und Tschechien seitens der Außenminister unterschrieben, die die bilaterale Zusammenarbeit auch im Bereich der Europapolitik weiter intensivieren soll. Allgemein ist jedoch festzustellen, dass die Politiker und die Bürger in Tschechien größtenteils die „harte Haltung“ Deutschlands bei den Verhandlungen gut heißen und unterstützen.

Ukraine

Gabriele Baumann/Iuliia Eichhofer (15.07.2015)

Aufgrund der eigenen innenpolitischen Probleme und dem Konflikt mit Russland spielt die Griechenland-Krise in der Ukraine nur eine geringe Rolle. Eine einheitliche Meinung über die Einigung in dieser Frage gibt es in der ukrainischen Öffentlichkeit nicht. Einerseits wird betont, wie wichtig die Einheit der EU und die Reform der Eurozone seien; andererseits zweifelt man, dass weitere Kredite dem Land helfen werden und begegnet der „russlandfreundlichen“ Regierung Tsipras mit Misstrauen.

Stimmen aus der Politik

Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk nennt Griechenland „eine politische Katastrophe“ und kritisiert, dass die Griechenland-Krise die internationale Aufmerksamkeit von dem Konflikt in der Ukraine ablenkt.

Wolodymyr Ogrysko, Außenminister der Ukraine a.D. (2007-2009), erklärte, ein Austritt Griechenlands aus der Eurozone würde das Scheitern der europäischen Grundidee bedeuten. Die Einigung in dieser Frage sei eine politische Entscheidung, aber nächstes Mal könne gegenüber einem anderen Land eine andere Entscheidung getroffen werden.

Öffentlichkeit

Oft wird ein möglicher Bankrott Griechenlands mit der finanziellen Situation in der Ukraine verglichen. Das „Ukraine Media Crisis Center“ hat die Unterschiede zwischen der Ukraine

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

und Griechenland erklärt und stellt heraus, dass die Gläubiger der Ukraine mehrheitlich Privatinvestoren seien, während die Gläubiger Griechenlands mehrheitlich internationale Finanzorganisationen seien und Griechenland einen Schuldenschnitt anstrebe. Ferner arbeite die Ukraine mit dem IWF und der EBRD sowie mit anderen Gläubigern zusammen, während Griechenland sich in einem Konflikt mit seinen Gläubigern befände. Die Schulden der Ukraine betrügen ca. 90 Prozent des BIP, die Verschuldung Griechenlands über 170 Prozent des BIP. Die Gründe für die Verschuldung der Ukraine seien außenpolitisch (russische Intervention und Annexion der Krim), während die Gründe in Griechenland innenpolitisch seien.

Skeptische Stimmen sagen, dass die Regierung Griechenlands populistisch sei und man nicht wisse, ob die Kredite zurückgezahlt werden würden. „Griechenland hängt am europäischen Finanz-Tropf“: das Land erhalte seit mehreren Jahren finanzielle Unterstützung der EU, die Gesellschaft habe sich daran gewohnt. Die EU müsse nun fordern, dass sich Griechenland an die Regeln hält. Wenn die EU die Griechen nicht in die Pflicht nehme, könne dies nach Einschätzung ukrainischer Blogger zum Aufstieg von linkspopulistischen Bewegungen in Italien, Spanien, Portugal, aber auch in Frankreich führen.

Andere Blogger nehmen Griechenland in Schutz, widerlegen Mythen über das Land und legen dar, wie sich die globale Krise und eine falsche Politik der EU auf Wirtschaft des Landes ausgewirkt haben. Z.B. haben die Griechen laut OECD durchschnittlich 42 Stunden pro Woche gearbeitet, was über dem EU-Durchschnitt liegt. Vor der Finanzkrise seien nur 37 Prozent der Haushalte verschuldet gewesen, während in Deutschland 47 Prozent und in den Niederlanden 66 Prozent der Haushalte nicht abgezahlte Kredite laufen hätten. Einige Blogger fragen sich zudem, was passieren würde, wenn Griechenland die alten Kredite nicht zurückzahlt und das dritte Hilfspaket die Schuldenlast noch vergrößert? Es sei schwer zu glauben, dass Tsipras, dessen Wahlprogramm komplett anders sei, die Reformen langfristig durchsetzen könne. Eine Katastrophe sei höchstens für ein bis zwei Jahre vermeidbar.

Aus der Situation könne man laut einigen Medien folgende Schlussfolgerungen ziehen: Das Ende der Krise sei noch weit entfernt. Der Austritt Griechenlands aus der Eurozone würde das monetäre System gefährden, deshalb sei der „Grexit“ nicht erwünscht. Obwohl immer von der „Griechenland-Krise“ die Rede sei, betreffe sie alle Länder der Europäischen Union gleichermaßen. Alexis Tsipras und seine Partei müssten politische Konsequenzen für den Ruin der bisher relativen Stabilität in ihrem Land tragen. Schlussendlich habe sich herausgestellt, dass die Politik in der Eurozone nicht von den Mittelmeerstaaten (Italien, Frankreich, Spanien) diktiert werde, sondern von den Staaten des Nordens unter Führung Deutschlands.

In der Zeitung *Den* wird die Position Deutschlands als unflexibel und zu streng kritisiert. Die EU würde aus Berlin und Frankfurt regiert, aber das griechische Volk würde sich bald gegen diese Politik wenden. Es sei wichtig, ein europäisiertes Deutschland zu bauen, und nicht eine deutsche EU – so der Autor des Kommentars.

Ungarn

Frank Spengler/Bence Bauer (16.07.2015)

Die Griechenland-Einigung wird in Ungarn zwar sachlich diskutiert, spielt aber in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit keine beherrschende Rolle. Auch die Medien berichten nur am Rande darüber. Dies spiegelt ein generelles Desinteresse an europapolitischen Entwicklungen wider und ist auch darauf zurückzuführen, dass Ungarn nicht Mitglied der Eurozone ist. Im Mittelpunkt des aktuellen politischen Interesses im Lande steht die Bewältigung der Herausforderungen einer besorgniserregenden Migrations- und Flüchtlingswelle.

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Die Situation in Griechenland wurde von der ungarischen Regierung in den letzten Jahren in erster Linie als negatives Gegenbeispiel des eigenen Vorgehens dargestellt. Die wirtschaftliche Ausgangslage beider Länder wäre bei dem Regierungsantritt der ungarischen bürgerlichen Regierung im Frühjahr 2010 vergleichbar gewesen. Ungarn hätte aber eine eigene Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik – auch gegen den Widerstand internationaler Finanzinstitutionen – umgesetzt. Die Reformen sind in der Tat erfolgreich, die Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung belegen dies eindeutig. Betont wurde in diesem Zusammenhang von Ministerpräsident Viktor Orbán immer wieder, dass Ungarn den anderen EU-Ländern und insbesondere Deutschland nicht „auf der Tasche liegen“ wolle und keinen Finanzierungsbedarf durch internationale Institutionen hätte. Der noch beim Ausbruch der Finanzkrise von der sozialistischen Vorgängerregierung im Herbst 2008 aufgenommene IWF-Kredit wurde vorzeitig getilgt und das seit 2004 anhängige EU-Defizitverfahren eingestellt. Im öffentlichen Diskurs wurde der EU wiederholt vorgeworfen, mit zweierlei Maß zu messen. Mit Ländern wie Griechenland seien die EU-Institutionen nachgiebiger umgegangen, da diese wohl eine bessere Lobbyarbeit in Brüssel leisten würden.

Die Positionierung politischer Akteure

Die Medien zitierten Aussagen von Volkswirtschaftsminister Mihály Varga über die ECOFIN-Sitzung vom Dienstag, den 14.07., auf der die Entscheidungen der Eurogruppe vom Vortag bekanntgegeben wurden. Der Minister betonte, dass die griechische Frage noch „lange auf der Tagesordnung der EU“ bleiben werde. Zudem versicherte er, dass das neue Rettungspaket für Ungarn keine Folgen haben werde. Griechenland sei nun nicht mehr in der Lage, souveräne Entscheidungen zu treffen, daher sei das griechische Problem ein gesamteuropäisches Problem, so Varga. Der Minister gab auch zu bedenken, dass die griechische Gesellschaft enorme Lasten tragen müsse. Von anderen ungarischen Politikern sind keine Stellungnahmen zur Übereinkunft vom 13. Juli bekannt.

Die Wochenzeitung *Hetek* befragte noch vor der Einigung die ungarischen Parteien zum Thema Griechenland. Vizeparlamentspräsident Gergely Gulyás (Fidesz) meinte, dass Griechenland niemals in die Eurozone hätte aufgenommen werden dürfen. Eine linkspopulistische Partei verursache nun die größte Krise Europas. Die Sozialisten und die linksorientierte Demokratische Koalition sehen eine Mitschuld von Athen und der Troika und drängten auf eine schnelle Einigung. Seitens der grünen LMP erklärt der Ko-Vorsitzende András Schiffer, dass er Syriza die Daumen drücke, da diese ja nicht für die Krise verantwortlich sei, sondern ihre korrupten Vorgänger. Sollten die „Hardliner“ um Juncker, Schulz und Schäuble gewinnen, sei Europa am Ende. Der stellv. Fraktionsvorsitzende der rechtsextremen Jobbik, Márton Gyöngyösi, erklärte, dass Griechenland, obwohl es die Beitrittsvoraussetzungen nicht erfüllt hätte, gegen seinen Willen in den Euro gedrängt worden sei. Daher sei die Krise überwiegend nicht die Schuld des Landes. Jobbik bekräftigt weiterhin, dass die EU keine zufriedenstellenden Antworten habe geben können, was den Blick auf eine tiefgreifende Funktionskrise der Europäischen Union lenke.

Die Berichterstattung in den Medien

Die veröffentlichte Meinung kann insgesamt als sachlich bezeichnet werden. Die wichtigen Tageszeitungen berichten ausgewogen, wenn auch nicht an prominenter Stelle. Es wird vor allem auf die innenpolitischen Konsequenzen in Griechenland und das eventuelle Auseinanderfallen der Regierungspartei Syriza eingegangen. Es wird auch darauf hingewiesen, dass Griechenland den internationalen Geldgebern noch jahrelang ausgeliefert sei. Der Leitartikel von Zsolt Bayer in der konservativen *Magyar Hírlap* resümiert kritisch die von den Geldgebern gemachten Bedingungen und attestiert dem Westen eine heuchlerische Haltung, da

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

das vom griechischen Parlament im Eilverfahren zu beschließende Maßnahmenbündel eindeutig gegen den Bevölkerungswillen erfolge. Das bürgerliche Wochenmagazin *Heti Válasz* bringt prominent auf der Titelseite und in der Heftmitte ein Streitgespräch von zwei Volkswirten, die die wirtschaftliche Lage analysieren. Bemerkenswert ist die Aussage eines der Diskutanten, Zoltán Pogátsa, die Eurogruppe wolle eine demokratisch gewählte Regierung stürzen und in einem Mitgliedsland einen Politikwechsel herbeiführen.

Auswirkungen auf die künftige Entwicklung der EU

Die konservative, aber regierungskritische Tageszeitung *Magyar Nemzet* konstatiert in einem vom selbigen Autor wie oben (Zoltán Pogátsa) geschriebenen Online-Artikel, dass ein europäischer Demos geboren worden sei, der sich gegen die technokratische Politik Europas wende. Der lange Artikel nimmt die Syriza-Regierung in Schutz. Die führende Tageszeitung *Népszabadság* stellt in ihrem Leitartikel fest, dass mit diesen Entwicklungen der Euro-Beitritt Ungarns in noch weitere Ferne gerückt sei, nunmehr auch für die politische Linke. Hier wird zudem die Erwartung geäußert, dass der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union wahrscheinlicher geworden sei. Der außenpolitische Blog *Diplomaci* zweifelt daran, dass alle beteiligten nationalen Parlamente zustimmen und resümiert, dass die Geduld von Angela Merkel zu Ende sei, denn das Vertrauen von 4-5 Ländern sei wichtiger als das von Griechenland. Damit könnte ein Grexit erfolgen, was für alle Beteiligten die beste Lösung wäre, betont *Diplomaci*. *Heti Válasz* erinnert in der Online-Ausgabe daran, dass Griechenland jetzt unter Vormundschaft gestellt werde. Damit höre das Land auf zu existieren, so der Artikel von István Dévényi. Die linke *Népszava* äußert sich sehr kritisch zu Syriza. Sie stellt fest, dass in Griechenland ein halbes Jahr nur Zerstörung gewütet habe und das Gipfelergebnis zwar noch nicht die europäische „Scheidung“ bedeute, aber einen „Vorgeschmack auf das ist, was Populismus bedeuten“ könne. Es wird die Erwartung geäußert, dass populistische Kräfte wie Syriza der Europäischen Union großen Schaden zufügen könnten.

Bewertung der Rolle Deutschlands

Das Nachrichtenportal *444.hu* spricht von einer von Deutschland angeführten Nordostallianz der Länder Niederlande, Finnland, Slowakei, Österreich, Slowenien und der drei baltischen Staaten. Die linksliberale *Népszabadság* stellt in ihrem Leitartikel fest, dass wohl auch Kränkung und Widerwillen eine Rolle für die Härte von Merkel und Schäuble gespielt hätten. Die konservative Tageszeitung *Magyar Nemzet* hingegen wirft Bundeskanzlerin Merkel Populismus vor. Äußerungen in Bezug auf die Entwicklung in Griechenland hinsichtlich des deutsch-ungarischen Verhältnisses oder über die Rolle Europas in der Welt sind keine bekannt.

USA

Dr. Lars Hänsel (19.07.2015)

Die Entwicklung der Schuldenkrise in Europa im Allgemeinen, aber auch die Situation in Griechenland im Besonderen wurde vom politischen Washington seit Beginn der Krise aufmerksam verfolgt.

Von Anfang an standen dabei vor allem zwei Fragen im Fokus: 1. Was bedeutet die Schuldenkrise für die wirtschaftliche Entwicklung in den USA? 2. Was bedeutet die Entwicklung für Europa als geostrategisch wichtigen Partner der USA? Die erste Frage hatte vor allem zu Beginn der Krise großes Gewicht. Seitdem jedoch klar war, dass in der EU wichtige institutionelle Veränderungen vorgenommen wurden, mit deren Hilfe in Zukunft Finanzkrisen besser bewältigt werden können, nahm die Sorge von wirtschaftlichen Auswirkungen

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

auf die USA deutlich ab.

Dies wurde auch daran deutlich, dass die US-Administration zu Beginn der Krise Druck insbesondere auf Deutschland ausübte, die als Austerität wahrgenommene Politik aufzuweichen und durch Investitionen und stärkere (vor allem auch Binnen-)Nachfrage Wachstum zu generieren. Dieser Druck nahm in dem Maße ab, in dem die Ansteckungsgefahr der Krise in Europa gebannt schien (und gleichzeitig sich die wirtschaftliche Entwicklung in den USA nach der Finanzkrise stabilisierte und auf Wachstumskurs war).

Die zweite, geostrategische Frage ist jedoch weiterhin relevant. Grundsätzlich haben die USA ein deutliches Interesse an einem starken europäischen Partner, der zunehmend in der Lage ist, internationale Verantwortung zu übernehmen. In dem Kontext besteht ein deutliches Interesse an der Integrität des Euroraumes. Deutschland wird als Führungsnation in Europa gesehen. Der Blick richtete sich deshalb vornehmlich nach Deutschland, auch die Erwartungen der Überwindung der Krise richteten sich vor allem an die Bundeskanzlerin.

US-Regierung

In Bezug auf das konkrete und in letzter Zeit wieder akut gewordene Problem in Griechenland war von vornherein klar, dass amerikanische Banken und private Investoren nur in sehr geringem Maße in griechischen Staatspapieren investiert haben. Die direkten Auswirkungen auf die USA sind im Fall eines Zahlungsausfalls sehr gering. Die US-Administration hat sich wohl auch deshalb weitgehend mit Kommentaren zurückgehalten.

Zu Beginn des Jahres 2015 brachte Präsident Obama der neuen griechische Regierung Sympathie entgegen und warnte davor, Wachstum durch zu hohen Reformdruck und die Rückzahlung von Schulden zu unterbinden. Wachstum sei der beste Weg zum Defizitabbau und fiskalischer Stabilität, so der Präsident bei einem CNN-Interview im Januar 2015. Europa "cannot keep on squeezing countries that are in the midst of depression." Dies hatte vor allem in Deutschland Irritationen ausgelöst.

Die Probleme mit Griechenland wurden aber danach generell als Problem Europas gesehen und wenig kommentiert. Erst als die Gefahr bestand, dass die Situation den europäischen Entscheidungsträgern zu entgleiten drohte und der Euroraum in Gefahr war, sah sich die US-Administration genötigt, die Sparpolitik gegenüber Griechenland zu kritisieren und von beiden Seiten Entgegenkommen zu fordern. Ein Grexit mit unkalkulierbaren Folgen wurde als nicht im (geostrategischen) Interesse der USA gesehen.

Ebenso gab es eine enge Abstimmung mit dem IWF, die Situation in Griechenland zu stabilisieren. Auf Druck aus den USA dürfte auch die Veröffentlichung des IWF-Berichts kurz vor dem griechischen Referendum zurückgehen, welcher weitere Hilfen des IWF von einer Restrukturierung der Schulden abhängig macht. US-Finanzminister Jack Lew lobte ausdrücklich den Bericht und betonte auch aus seiner Sicht, dass die Schulden Griechenlands nicht tragfähig/"not sustainable" seien. Schließlich lobte Lew die Vereinbarung als bedeutenden Schritt nach vorne.

Im Hintergrund der amerikanischen Positionen in den vergangenen Monaten dürfte einigen Beobachtern zufolge auch die Sorge gestanden haben, dass ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone oder - schlimmer noch, auch der EU - Russland neue Möglichkeiten der Einflussnahme in Europa gibt.

US-Beteiligung IWF

Auch die Risiken durch die US-Beteiligung an IWF-Krediten sind gering: mit einer US-amerikanischen IWF-Quote von 16,74 Prozent sind die USA an den bislang vergebenen Kre-

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

reiten von insgesamt 39 Mrd. US-Dollar mit ca. 6,5 Mrd. beteiligt. Jedoch könnten die gegenwärtigen Probleme eine Reform des IWF, wie ihn die Obama-Administration möchte, erschweren. Das US-Finanzministerium bittet den Kongress schon seit einiger Zeit, die US-Anteile am IWF zu erhöhen und damit eine Stimmrechtsreform zu unterstützen, welche Schwellenländern (wie den BRICS) angemessenere Stimmenanteile geben soll. Beobachter weisen darauf hin, dass die Initiative Chinas, die Asian Infrastructure and Investment Bank (AIIB) aufzubauen, auch mit fehlenden Fortschritten bei der IWF-Stimmrechtsreform zu erklären sei.

Vor allem auf Druck der Republikaner wurde 2003 beim IWF eine Regel eingeführt ("exceptional access"), wonach nach rigorosen Prüfungen Kredite nur dann vergeben werden, wenn es eine langfristig tragfähige Schuldensituation gibt. Diese Regel wurde jedoch bei der Vergabe von IWF-Krediten 2010 für Griechenland außer Kraft gesetzt. Nachdem Griechenland nun IWF-Schulden nicht zurückzahlen konnte und eine Wiedereinführung der Regel "exceptional access" nicht geplant ist, ist die Unterstützung vor allem der Republikaner im Kongress für eine Stimmrechtsreform beim IWF noch unwahrscheinlicher.

Umgekehrt könnten Demokraten ihre Stimme verweigern, wenn der IWF als Institution gesehen werde, der Griechenland durch zu hohen Druck weiteren Schaden zufügt, warnte Anfang Juli 2015 eine Gruppe von zehn Demokraten im Kongress in einem Brief an die geschäftsführende Direktorin des IWF, Christine Lagarde.

Kongress

Unter den Republikanern im Kongress machte in den vergangenen Tagen der Satz Margaret Thatchers die Runde: *"The only problem with socialism is that at some point you run out of other people's money."* Einerseits wurden so von einigen Republikanern im Kongress fiskal-konservative Prinzipien betont und dabei nicht selten Vergleiche zwischen verschuldeten Staaten wie Puerto Rico und Gemeinden wie Detroit in den USA angestellt.

In den USA ist kein bailout möglich. Detroit ging 2013 Pleite. Der Republikaner David Young (R-IA) sagte dazu: *"We're not doing it for our states, and our municipalities. I don't think we should be doing it for other countries."*

Allerdings gab es auch einige Stimmen, wie etwa Senator Thom Tillis (R-NC), der nicht zuletzt mit Blick auf die starke griechische Community in North Carolina betonte, dass Griechenland in jedem Fall im Euro bleiben müsse. Auch geostrategische Argumente wurden von einer Reihe von Kongressabgeordneten gebracht.

Think Tanks und Wissenschaft

Das renommierte Peterson Institute for International Economics analysierte bereits vor der Einigung die Folgen eines möglichen "Grexit". Die Analyse, welche in einer Anhörung im Kongress vorgetragen wurde, kommt zu dem Ergebnis, dass ein "Grexit" zwar für Griechenland große Probleme mit sich bringt, aber aufgrund beginnenden Wachstums in Europa, stärkeren Institutionen (ESM, Bankenunion) und (Kredit-)Instrumenten der EZB zu beherrschen sei und kein systematisches Risiko - weder für den Euro noch für die globale Wirtschaft - darstelle.

In den Analysen von Think Tanks wie z. B. dem American Enterprise Institute (AEI) wurden vor allem die geostrategischen Folgen der Krise und eines möglichen "Grexit" analysiert. Hier spielt auch wieder der Blick auf Russland eine Rolle: ein "Grexit" hätte nach Desmond Lachmann von AEI den geopolitischen Preis, dass Russland größeren Einfluss bekommen könnte, vor allem auf dem Balkan. Andere verweisen darauf, dass ein geeintes Europa für

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

eine gemeinsame Politik gegenüber Russland gebraucht wird, u.a. in Bezug auf Sanktionen.

Heather Conley von CSIS reflektierte in ihrer Analyse das deutsch-französische Verhältnis und sieht Europa vor Entscheidungen in der Frage, welche seit dem Beginn der europäischen Einigung im Raum steht: Wird sich Europa in Zukunft eher nach französischen Vorstellungen, finanziert wesentlich durch Deutschland, entwickeln? Oder werden Deutschlands Regeln für Europa gelten, finanziert und überwacht von Deutschland (mit gelegentlichem Verständnis für französisches Brechen der Regeln)? Nach Conley haben wir nun die Antwort: Europa wird von Deutschland gestaltet.

Auch wenn die jetzige Einigung mit Griechenland auch von konservativen Ökonomen politisch als Unterwerfung unter die Forderungen der Geldgeber gesehen werden, so sehen sie dies dennoch als einzigen Weg zu neuem Wachstum. Die aktuelle Krise hat den Streit um die Frage, ob hohe Schulden Wachstum verhindern, wieder neu entfacht.

Konservative Ökonomen, etwa Romina Boccia von der Heritage Foundation, welche sich u.a. auf Ökonomen wie Ken Rogoff berufen, sehen auch die USA auf dem Weg zu einem Schuldenniveau, welches Wachstum verhindert. Gleichzeitig erkennen sie natürlich an, dass es entscheidende Unterschiede gibt: die USA z.B. drucken ihr eigenes Geld und ein großer Teil der Schulden wird von inländischen Kreditgebern gehalten. Dennoch fordern sie angesichts der aktuellen Erfahrung mit Griechenland stärkere Haushaltsdisziplin. - Auf der anderen Seite stehen Ökonomen wie Joseph Stiglitz und Paul Krugman. Krugman, einer der wenigen Keynesianer alter Schule mit hohem Vertrauen in expansive Geldpolitik, wirft in seiner Kolumne in der *New York Times* den EU-Verhandlern "Putsch-Absichten" vor. Er bezweifelte vor allem Deutschlands gute Absichten. Für ihn sind stellen die harten Forderungen der jetzigen Einigung Griechenlands Souveränität in Frage. Jegliches neues Wachstum wäre zudem nur mit einem Schuldenschnitt möglich, so Krugman. Krugman hatte mit seinen Positionen erhebliche Irritationen in Deutschland ausgelöst, in den USA jedoch über eine Fachwelt hinaus kaum Beachtung gefunden.

Öffentlichkeit

In der Öffentlichkeit hat die Griechenlandkrise über eine Fachwelt hinaus eher keine besondere Aufmerksamkeit erregt. In den Medien gab es in den vergangenen Tagen in den großen Qualitätszeitungen Editorials, welche meist einen kritischen Ton gegenüber dem Krisenmanagement – vor allem von Deutschland – hatten. Im Vordergrund stand meist die Frage, was dies für den Zusammenhalt in Europa bedeute.

Das konservative *Wall Street Journal* sah in der Einigung eine "der brutalsten diplomatischen Demarchen in der europäischen Geschichte". Besonders kritisch war die linksliberale *New York Times* (in welcher auch der Ökonom Paul Krugman eine Kolumne hat). Sie wies in Editorials vor allem auf die Risse in Europa hin, welche damit deutlich würden. Die *Washington Post* wies in ihrem Editorial ebenso darauf hin, sprach auf der Frontpage von dem "grausamen Deutschland/cruel Germany", druckte aber andererseits auch einen Beitrag von David Ignatius, welcher sehr positiv u.a. auf die Wiederbelebung des deutsch-französischen Motors hinwies und den Kern Europas durch die jetzige Einigung gestärkt sah. Insgesamt wurde in den Medien wenig gewürdigt, dass Deutschland mit seiner kritischen Haltung keineswegs in Europa allein stand.

USA-Deutschland

Auswirkungen auf das bilaterale Verhältnis sind nicht unmittelbar abzusehen. Deutschland wird weiterhin als zentrale Führungsmacht in Europa angesehen, von der eine führende Rolle bei der Lösung von Problemen erwartet wird. Deshalb dürfte sich auch der kritisch be-

Afrika südlich der Sahara
 Asien und Pazifik
 Europa und Nordamerika
 Lateinamerika
 Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

obachtende Blick auf Deutschland eher verstärken. Der Umgang mit der Krise in Griechenland ist dabei nur ein Beispiel.

LATEINAMERIKA

Brasilien

Felix Dane (17.07.2015)

Generell ist die Griechenland-Krise ein Thema, das die brasilianische Gesellschaft nur bedingt interessiert. Vor dem Hintergrund der aktuellen wirtschaftlichen und damit auch innenpolitischen Krise, positioniert sich auch die Regierung nicht ausführlich.

Nicht zuletzt der aktuelle Korruptionsskandal „Petrolao“ involviert sowohl hochrangige Politiker als auch Spitzenmanager der wichtigsten brasilianischen Unternehmen. Auch Präsidentin Dilma Rousseff und ihr Amtsvorgänger Lula da Silva stehen im Verdacht, von den nepotistischen Verstrickungen zwischen der politischen und wirtschaftlichen Elite des Landes gewusst zu haben.

Unter diesen Voraussetzungen ist eine klare Positionierung und eine interventive Außenpolitik derzeit auf der Regierungsagenda nicht vorgesehen, auch nicht bezüglich der Griechenlandkrise. Die regierende Arbeiterpartei PT von Präsidentin Dilma Rousseff veröffentlichte am Folgetag des griechischen Referendums einen Vermerk mit Hinweisen auf etwaige Freude über den Ausgang des Plebiszits. So wurde unter anderem von einem „Triumph“ über den „finanziellen Terrorismus“ der Europäischen Zentralbank und des Internationalen Währungsfonds gesprochen und von „tiefem Respekt und Bewunderung“ des griechischen Volkes, der „Wiege der Demokratie“, welches sich gegen den „wilden Kapitalismus“ aufgelehnt habe.

Offizielle Kommentare in den großen Tageszeitungen unterstreichen diese Tendenz. So erschien am 16. Juli 2015 ein Kommentar in der *Folha de S. Paulo*, in der die europäische Währungszone als Klassenprojekt der Besserverdienenden dargestellt wurde. Das Argumentationsmuster kommt dem der Europäischen Linken nahe. Eine negative Darstellung der Bundesrepublik Deutschland lässt sich hieraus jedoch nicht ableiten; die negative Berichterstattung bezieht sich auf die kapitalistische Wirtschaftsweise und die sie repräsentierende politische wie wirtschaftliche Elite. Insgesamt konzentrieren sich die brasilianischen Medien auf die bloße Beschreibung der Griechenland-Einigung sowie die Aufzählung der Reformen. Die zu erwartenden Folgen für die Europäische Integration werden nicht tiefgründig thematisiert, ebenso wenig wie das künftige Verhältnis zwischen Brasilien und der Europäischen Union. In der Zivilgesellschaft wird das Thema wenig debattiert. In den Sozialen Medien, welche in Brasilien international betrachtet überdurchschnittlich viel benutzt werden, nehmen die Beiträge zu den verwendeten Hashtags einen zu vernachlässigenden Anteil an.

Die Partei PSDB ließ keine offizielle Stellungnahme verlauten. Sie konzentriert sich wie jeher auf innenpolitische Themen, ihre einzige scharf artikulierte außenpolitische Kritik betrifft Venezuela. Im persönlichen Gespräch mit dem KAS-Auslandsmitarbeiter in Brasilien zeigte der PSDB-Parteivorsitzende Aécio Neves jedoch jüngst Verständnis für die Forderungen und Auflagen der Euro-Gruppe gegenüber Griechenland.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass das Thema Griechenland in Brasilien medial zwar dargestellt, aber inhaltlich nur wenig diskutiert und interpretiert wird. Brasilien schaut 2015 zunehmend nach innen.

Afrika südlich der Sahara
 Asien und Pazifik
 Europa und Nordamerika
 Lateinamerika
 Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Guatemala und Honduras

Annette Schwarzbauer (15.07.2015)

In Guatemala und Honduras – beide Länder befinden sich wegen Aufdeckung von großen Korruptionsskandalen in Staatskrisen – wurden die internationalen Nachrichten an den Tagen nach der Griechenland-Einigung von der Flucht des Drogenhändlers Joaquín „El Chapo“ Guzmán aus einem mexikanischen Gefängnis am 12. Juli beherrscht. Trotzdem wird auch das Griechenland-Thema von Nachrichteneempfängern wahrgenommen. Zur Griechenland-Einigung waren in den internationalen Seiten der Tageszeitungen Agenturmeldungen zu finden, wobei die Titel sich am 13. Juli eher auf den Druck der Euroländer auf das Mittelmeerland bezogen: „Eurozone schlägt Griechenland Bedingungen vor“ (*El Periódico*), „Eurogruppe verschärft die Maßnahmen gegenüber Griechenland“, am 14. Juli dann den Aspekt der Einigung hervorhoben: „Eurozone erzielt politischen Konsens“ (*Diario de Centro América*) und – auf die Börsen bezogen – „Einigung bringt Optimismus“ (*Prensa Libre*).

Verschiedene Kommentatoren in Guatemala üben vor allem Kritik an der griechischen Politik – meist im Hinblick auf die Situation im eigenen Land. Beim Fall Griechenland handele es sich um ein weiteres Scheitern sozialistischer Politik, so Raúl Minondo Ayau (*El Periódico*). In Guatemala gebe es Gruppen mit ähnlicher Selbstbedienungsmentalität. Die letzten sogenannten demokratischen Regierungen seien immer korrupter geworden. Guatemala, ebenso wie Griechenland, sei nun an seine Grenzen gestoßen. Und Griechenland verlange jetzt, dass die deutschen Nachbarn das Land retten sollten! Ähnlich sieht es im Vergleich zu Guatemala der Leitartikel der Tageszeitung *El Periódico*: „Griechenland: ein Spiegelbild“ (15. Juli 2015). Es wird auf Grund aktueller Diskussionen auf die Gefahr einer zu großen Staatsverschuldung und zu hoher öffentlicher Ausgaben hingewiesen.

Andere Meinungen beziehen auch geostrategische Überlegungen mit ein. Das griechische Volk sei Opfer einer desaströsen Staatsführung linker und rechter Regierungen, es gebe eine institutionalisierte Kleptokratie. Um die Staatsschulden zu bezahlen seien Privatisierungen und harte Einschnitte nötig. Ansonsten sei nur der Verkauf einiger Inseln an die USA eine denkbare Lösung, bevor Russland dies tue und Raketen vor Europa stationiere (Amílcar Álvarez, *El Periódico*, 14. Juli 2015). Ein Beobachter in Honduras lenkt den Blick auf Druck seitens der USA auf die EU, eine Einigung mit Griechenland zu erzielen und das Land im Euroraum zu belassen, um die EU und die Eurozone als Block und Partner zu erhalten.

Mexiko und Kuba

Dr. Stefan Jost / Daniel Colmenero López (16.07.2015)

Die Nachricht über die Einigung während des Sondergipfels der EU wurde in Mexiko von der zeitgleich erschienenen Meldung über den spektakulären Gefängnisausbruch des Drogenkartellchefs Joaquín Guzmán Loera überdeckt. Dieses Ereignis bestimmt seit Sonntag die Berichterstattung aller Medien Mexikos, inkl. der sozialen Medien.

Der Großteil der dennoch veröffentlichten Meldungen in den auflagenstärksten Zeitungen wie *Reforma*, *Universal* und *La Jornada* sind Meldungen internationaler Nachrichtenagenturen mit informativem Charakter. Längere Berichte beleuchten den Verlauf der griechischen Krise seit der Aufnahme des Landes in die Eurogruppe. Dabei wird die griechische Finanzpolitik durchaus kritisch bewertet, zumeist tritt das Thema der Korruption in den Vordergrund und Analogien zur mexikanischen Finanzpolitik und Korruption werden hergestellt. Wichtige Ökonomen des Landes fordern vor diesem Hintergrund vom Präsidenten Enrique Peña Nieto eine solide Finanzpolitik. Dieser wiederum betont die internationale Konkurrenzfähigkeit seines Landes. In der allgemeinen Berichterstattung wird Deutschlands Rolle in den Verhand-

Afrika südlich der Sahara
 Asien und Pazifik
 Europa und Nordamerika
 Lateinamerika
 Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

lungen als zentral dargestellt, wobei die Position Deutschlands tendenziell als unnachgiebig und die der griechischen Regierung von der EU auferlegten Konditionen als hart bezeichnet werden.

In den Zeitungskommentaren kommen insbesondere Finanzexperten und Politikwissenschaftler zu Wort. Francisco Valdés Ugalde, Professor für Politikwissenschaft an der FLACSO betitelt in der Zeitung *Reforma* die Option eines Grexits als „geopolitischen Fehler.“ Rolando Cordera Campos, Ökonom und Politiker, äußert in der Zeitung *La Jornada* große Kritik gegenüber dem Druck den die EU, insbesondere auch Deutschland, auf Griechenland ausübt. Er sieht die Möglichkeit, dass Bundeskanzlerin Merkel die ehemalige britische Premierministerin Thatcher bezüglich des Abrückens von der Realität übertreffe. Gerardo Gutiérrez Candani, Präsident des Unternehmerverbands Concejo Coordinador Empresarial, zieht Vergleiche zwischen der griechischen Finanzpolitik, die zur Notlage führte, und der aktuellen Finanzpolitik Mexikos, die bei einer wachsenden Verschuldung der Mexikanischen Bundesstaaten ebenfalls zu einer Zwangslage wie in den 1980er Jahren führen könne.

Eine erste Einschätzung der wichtigsten sozialen Medien Mexikos, allen voran Twitter und Facebook, zeigt ein gespaltenes Bild. Viele Kommentare zu geposteten Berichten und Meldungen über die Einigung während des EU-Gipfels tendieren in beide Richtungen: einerseits wird die „harte“ Verhandlungshaltung der EU, insbesondere Deutschlands, kritisiert, andererseits kommentieren viele User, dass Griechenland die Schuld an der eigenen Lage trage, da die Regierung jahrelang schlecht gehaushaltet habe. Schnell werden in diesem Zusammenhang Vergleiche zur Korruption in Mexiko gezogen und über die eigenen politischen Probleme diskutiert. Das eigentliche Thema „Griechenland“ wird dabei zur Nebensache.

Wahrnehmung der Einigung in Kuba

Das offizielle Organ des PDC *Granma* betont die „schwerwiegenden sozialen Auswirkungen“ und den „hohen Preis“, die mit der Einigung verbunden sind. Eine allzu starke Kritik kann jedoch nicht festgestellt werden. Einige kritische Anmerkungen stammen aus direkten Zitaten von *Russia Today*.

Unabhängige Zeitungen wie *14 y medio* berichten überwiegend neutral über die Einigung, betonen jedoch die harte Haltung der finanzpolitisch „orthodoxen“ Staaten Europas gegenüber Griechenland, die die Hellenen zum Einlenken gebracht habe.

Nach Auskunft einer von der KAS im Rahmen eines Besuchsprogramms im Juni/Juli eingeladenen Gruppe von 13 jungen Kubanern sei der Tenor in Kuba vor der Einigung gewesen, dass die EU die kritische Finanzlage in Griechenland verursacht habe und keine Bereitschaft zeige, das Land zu unterstützen.

Erwartungen zu den Auswirkungen auf die künftige Entwicklung der EU

In Mexiko wird die künftige Entwicklung der EU zum Teil mit Skepsis betrachtet. Nach Ansicht einiger Medien haben die Anstrengungen, Griechenland in der Eurozone zu halten, Risikose innerhalb der EU auftreten lassen, die zwischen den Staaten des Nordens und des Südens verlaufen.

Der Euro wird dennoch als logische Konsequenz des europäischen Integrationsprozesses nach dem Zweiten Weltkrieg gesehen, der von Beginn an geteilten Wohlstand bringen und in Europa als Frieden stiftendes Instrument dienen sollte. In Bezug auf den Fortgang des europäischen Integrationsprozesses wird die offene Frage gestellt, ob eine Weiterentwicklung nicht eine gemeinsame europäische Fiskalpolitik erfordere, welche jedoch die Souveränitätsrechte der einzelnen Nationen verringern würde.

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

In Bezug auf die Fortentwicklung der EU weist die Zeitung *Reforma* neben der Griechenlandkrise auf künftige Herausforderungen der EU hin. Dabei nennt sie Faktoren wie das Wirtschaftswachstum, die Bewältigung der Jugendarbeitslosigkeit, den Umgang mit Flüchtlingen, einen möglichen Ausstieg Großbritanniens aus der EU und die Ukrainekrise.

Bewertung der Position Deutschlands

Die Position Deutschlands in den Verhandlungen der EU wird als zentral dargestellt. Deutschland wird innerhalb der EU zu den finanzpolitisch soliden Staaten gezählt, die in den Verhandlungen Druck auf Griechenland ausüben. Dabei wird die Härte Deutschlands während der aktuellen Verhandlungen, insbesondere von Wirtschaftsexperten Mexikos, tendenziell kritisch beurteilt.

Venezuela

Henning Suhr (16.07.2015)

Venezuela durchläuft eine schwere politische, wirtschaftliche und soziale Krise. Außenpolitische Themen werden von Medien und politischer Öffentlichkeit nur aufgegriffen, wenn es sich um einen besonders bedeutenden Vorfall oder ein Thema handelt, das Auswirkungen auf Venezuela hat.

Verschiedene Medien berichteten bereits seit geraumer Zeit über die Griechenland-Krise, jedoch nur am Rande. Die Politik nahm von der Krise lediglich Notiz. Dies änderte sich mit dem durchgeführten Referendum der griechischen Regierung. Staatspräsident Nicolás Maduro gratulierte dem griechischen Ministerpräsidenten Alexis Tsipras überschwänglich und ließ Griechenland während der Abnahme einer Militärparade anlässlich des venezolanischen Unabhängigkeitstages hochleben. „Der Sieg [der griechischen Regierung] ist irreversibel und das griechische Volk ist schon in den Straßen, um zu feiern“, freute sich der venezolanische Staatschef. „Das griechische Volk hat gesprochen und die europäischen Autoritäten sollten das Volk respektieren. Es ist ein großer Sieg über den Finanzterrorismus des Internationalen Währungsfonds. Es reicht mit der kapitalistischen Ausbeutung.“ In einem Interview mit dem von Venezuela finanzierten Nachrichtensender *Telesur* berichtete Sozialist Maduro von einem Telefonat mit Alexis Tsipras. Man habe Abkommen in den Bereichen Energie, Tourismus, Handel, Kultur und Bildung und werde die Beziehungen zu Griechenland maximal vertiefen. In dem Gespräch beglückwünschte Maduro den griechischen Regierungschef nicht nur im Namen Venezuelas, sondern auch im Namen der Allianz Bolivarischer Staaten Lateinamerikas (ALBA). Der Kampf für soziale Freiheit sei ein Beispiel für die Menschheit: „Wenn sie weiterhin vorankommen, nährt die Menschheit ihre Hoffnung“, äußerte Maduro mit Pathos. Ohne einer bestimmten ökonomischen oder finanziellen Gruppe anzugehören, kam Tsipras, um ein neues Konzept sozialer Wohlfahrt in seinem Land zu konsolidieren, führte der venezolanische Präsident fort und kündigte eine baldige Reise nach Griechenland an.

Der einflussreiche Parlamentspräsident und Vizepräsident der Sozialistischen Einheitspartei Venezuelas (PSUV) Diosdado Cabello bekundete seine Solidarität mit Griechenland. „Die Völker der Erde haben angefangen mit der Stimme Griechenlands zu sprechen, mit dem Mut, mit der Würde eines Präsidenten und eines Volkes“, so Cabello in seiner wöchentlichen Fernsehsendung „Con el mazo dando“ („Mit dem Knüppel gebend“). In Richtung der Gläubiger empfahl er, dass „die Diktatoren des Geldes“ sich ein „anderes Geschäft suchen sollen, um Geld zu machen.“

Auf Seiten der Opposition wunderte man sich über das Vorgehen der griechischen Regierung. Der Bürgermeister der Gemeinde Chacao, die Teil der Hauptstadt Caracas ist, nannte

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

die Situation in Griechenland ein „Finanzchaos“ und zog Parallelen zur Situation in Venezuela, das seit Jahren ein historisches Haushaltsdefizit erwirtschaftet. Der Koordinator des Oppositionsbündnis „Mesa de Unidad Democrática“, Jesus „Chuo“ Torrealba warnte indirekt davor, dass nicht Griechenland, sondern Russland – ein enger Partner Venezuelas – eine Gefahr für die Demokratie in Europa darstellt. Generell herrscht in Oppositionskreisen überwiegend Unverständnis für die griechischen Forderungen. Man könne nicht erwarten, dass andere Länder auf Dauer das eigene Haushaltsdefizit finanzierten, so das oft vorgetragene Argument.

In Venezuela sind die Kommentare zu der Griechenlandkrise im innenpolitischen Kontext zu sehen. Nach 16 Jahren zunehmender Misswirtschaft ist das Modell des von dem verstorbenen Revolutionsführer Hugo Chávez propagierten „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“ am Ende. Venezuela steuert auf einen Kollaps zu. Während die Regierung den Sieg der ideologisch nahe stehenden Syriza-Partei propagandistisch auszuschlachten versucht, ist man auf Oppositionsseite eher darauf aus, die Krise in Griechenland und Venezuela in den gleichen Kontext zu setzen.

Die Verkündung des Ergebnisses des EU-Sondergipfels selbst fiel in Venezuela in politisch turbulente Tage. Die Medien berichteten nur peripher von den Brüsseler Ereignissen, Politiker meldeten sich kaum zu Wort. Die Bevölkerung ist von den Alltagsorgen derart eingenommen, dass Probleme andernorts in den Hintergrund rücken. Über langfristige Konsequenzen oder die künftige Entwicklung Europas machen sich die wenigsten Venezolaner ernsthaft Gedanken. Europa bleibt eine in den Augen vieler eine bevorzugte Zielregion für Urlaub, Studium und Emigration. Insbesondere das Deutschlandbild ist und bleibt enorm positiv. Die Bundeskanzlerin Merkel ist eine vielbeachtete und geschätzte Politikerin, deren Führungsrolle in Europa wohl kaum angezweifelt wird.

NAHER OSTEN UND NORDAFRIKA

Israel

Dr. Michael Borchard (18.07.2015)

Israel steht der Griechenland-Einigung auf dem Sondergipfel der Euro-Gruppe im Allgemeinen eher neutral gegenüber. In den Medien herrscht ein einheitlicher, zurückhaltender Tenor. Berichte zu den Entwicklungen seit der Übereinkunft konzentrieren sich auf die Schwierigkeiten, mit denen Alexis Tsipras sich im eigenen Land und im Parlament konfrontiert sieht. Grundsätzlich wird in Israel vergleichsweise wenig über das Thema berichtet. Der Schwerpunkt der Medienaufmerksamkeit liegt vielmehr auf dem Atom-Abkommen mit dem Iran und innenpolitischen Themen.

Erwähnenswert ist der Fokus einiger Medien auf die Lage der 5.000 griechischen Juden. Die jüdische Bevölkerung Griechenlands ist traditionell eher für den Verbleib in der Eurozone, hat aber bisher keine offizielle Position vertreten. Angesichts der andauernden Krise sind besonders die finanziell schlechter situierten jüdischen Familien, sowie die Älteren hart getroffen. Auch der Erhalt und die Sicherung der jüdischen Institutionen ist eine der Hauptsorgen.

Positionierung wichtiger politischer Akteure in Israel

Auf politischer Ebene wird Deutschlands Standpunkt in der Griechenland-Frage begrüßt, abgesehen von den Reihen des linken Parteienspektrums. Die links ausgerichteten Parteien

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Meretz und Chadash unterstützen Griechenlands „Nein“ zu den Sparvorschlägen aus Brüssel.

Ministerpräsident Benjamin Netanyahu versicherte dem griechischen Außenminister Nikos Kotzias bei seinem Israel-Besuch am 6. Juli 2015, dass Israel alles tun werde um Griechenlands Wirtschaft zu unterstützen. Benjamin Netanyahu zufolge ist die Förderung von ausländischen Investoren eine der wichtigsten Lektionen für Israel, die aus der Krise gezogen werden kann.

Auch Israels Staatspräsident Rivlin äußerte Empathie für die Griechen gegenüber Außenminister Nikos Kotzias: „Das israelische Volk sieht, was in Griechenland passiert und wir teilen ihren Schmerz. Wir hoffen, dass eine Lösung gefunden wird, die für alle Seiten akzeptabel ist.“

Die Relevanz der griechisch-Israelischen Beziehungen

Im Rahmen des Israel-Besuchs des griechischen Außenministers Kotzias im Juli unterstrichen beide Seiten ihre Absichten, die bilateralen Beziehungen weiter zu vertiefen. Angesichts der Bedrohungen für die Sicherheit beider Länder durch Instabilität der Nachbarländer und regionale Konflikte ist eine stärkere Zusammenarbeit vor allem auf dem Gebiet der Sicherheit und Verteidigung im gegenseitigen Interesse. Als Gegengewicht zum „Dreieck der Destabilisierung“, wie es Kotzias nannte, bestehend aus der Ukraine, Libyen und Irak/Syrien, müssten Griechenland, Israel und Zypern zusammen eine „Stabilitätslinie“ bilden.

Mögliche Zukunftsszenarien und voraussichtliche Auswirkungen auf die israelische Wirtschaft

Im Vorfeld des Referendums unterrichtete der Vorsitzende des israelischen Nationalen Wirtschaftsrats, Prof. Eugene Kandel, die Minister in einer Kabinettsitzung über die Wirtschaftskrise in Griechenland und erläuterte mögliche Zukunftsszenarien und voraussichtliche Auswirkungen auf die israelische Wirtschaft. Hierbei betonte er, dass nach NEC Einschätzungen, die direkten Auswirkungen der griechischen Wirtschaftskrise auf Israel gering wären, da Griechenland nicht zu den wichtigsten Exportländern Israels zähle (2014 nur rund 450 Mio. USD bzw. 1 Prozent des Gesamtexports Israels)

Die weitere Abschwächung des Euros könnte allerdings negative Folgen für die israelische Wirtschaft haben. Darum plädierte die israelische Regierung für eine Unterstützung Griechenlands und einen Verbleib in der Eurozone.

Libanon

Peter Rimmele (16.07.2015)

Im Libanon blieb die mediale Berichterstattung der Schuldenkrise in Griechenland und Europa relativ am Rande der Aktualität. Obwohl die libanesischen Medien der Schuldenkrise eine große Aufmerksamkeit widmeten, blieb die Berichterstattung meistens chronologisch und deskriptiv, ohne dass die libanesischen Meinungsmacher für die jüngsten Entwicklungen analytische Mühe aufwandten.

Stattdessen haben die Ereignisse in den letzten Tagen eine Debatte über die Staatsschuldenkrise im Libanon ausgelöst, wo die Schuldenquote auch bei 175 Prozent des BPI liegt. Im Libanon aber, ist die Staatsverschuldung überwiegend intern (i.H.v. 95 Prozent), d.h. von inländischen Gläubigern (Personen, Haushalten, Banken, Firmen) beansprucht, während nur 5 Prozent der Schulden ausländischen Gläubigern zugerechnet werden.

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Das historische Atomabkommen am 13.07.2015 in Wien zwischen dem Iran und den USA hat zusätzlich dazu beigetragen, die griechische Schuldenkrise in den Hintergrund der libanesischen öffentlichen Debatte zu drängen. Im Libanon, wo die vom Iran unterstützte Milizpartei Hisbollah eine wichtige Rolle spielt, sowohl in der Staatspolitik als auch in den sozialen und gesellschaftlichen Bereichen, wurde die Möglichkeit eines Grexit vom US-iranischen Atomabkommen in den Schatten gestellt.

Öffentliche Wahrnehmung

Nach dem Kolumnisten David Ignatius habe die Einigung den Kern der europäischen Partnerschaft erneut bestätigt. „Die Nord-Süd Debatte verfehlt den wesentlichen Block, der von Paris-Berlin vertreten wurde, schreibt Ignatius. Während der Schuldenkrise lief Europa an den Rand des Abgrunds – nicht nur wegen der Aussicht eines [Grexit], sondern auch einer Abkopplung Deutschlands von seinen Partnern. Mit dem Deal hat der Kern Europas am Montag seine Partnerschaft wieder bestätigt. [...] Dies wird der Einigung eine Art Zustimmung, die bis jetzt im modernen Europa fehlte, gewähren. [...] Die deutsch-französische Versöhnung und Solidarität hat das moderne Europa zur Welt gebracht, und das war der versteckte aber entscheidende Faktor in den Verhandlungen über den Rettungsplan. Der Schlüssel zum Kompromiss war Merkels und Hollandes Entscheidung zusammenzustehen.“ (*The Daily Star*, 15.07.2015)

Die griechische Regierung hat zwar die Staatsreformen nicht rechtzeitig umgesetzt, aber die Gläubiger haben den Griechen auch keine Anerkennung dafür gezollt, dass sie in der letzten Zeit ihre Verschuldungsquote um 16 Prozent reduziert haben. „Die Troika hat sich verweigert, Griechenland einen Schuldenschnitt zu gewähren, welcher als Motivationsfaktor dienen könnte“, so der liberale Ökonom Dr. Mazen Soueid (09.07.2015, *Al-Iktisad.com*).

Der Ökonom Dr. Elie Yachoui sagte: „Die EU ist keine homogene Einheit und kein homogenes „Team“; sie besteht aus zwei Ebenen, nämlich Süd-Europa (Griechenland, Italien, Spanien, Portugal) und Nord-Europa (Deutschland, Frankreich). Daher wäre ein Grexit im Interesse der Griechen, wenn die von der Troika gemachten Auflagen in Übereinstimmung mit dem Sparkurs sind.“ (*Al-Jourhouria Online*, 14.07.2015).

Ein libanesischer Ökonom griechischer Herkunft sagte, dass es beim europäischen Projekt um Solidarität gehe. Man sollte die Solidarität der Gläubiger mit Deutschland, unter ihnen Griechenland, nach Ende des Zweiten Weltkrieges beachten. „Beständigkeit ist zwar nötig, aber nicht so viel. Ich sage nicht, dass Deutschland die Schuld erlassen muss, aber es muss mehr Toleranz und Flexibilität zeigen.“

Den obigen libanesischen Kommentaren kann man entnehmen, dass die libanesischen öffentliche Meinung die Einigung des 13.07.2015 als „streng“ und „unflexibel“ für Griechenland betrachtet. In Übereinstimmung mit den Argumenten der „Anti-Sparkurs-Bewegung“ befürworten die meisten Libanesen eine größere Solidarität der EU mit Griechenland und eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik anstelle eines sparpolitischen Krisenmanagements, ganz abgesehen davon, ob nun ein Schuldenschnitt, oder ein Schuldenerlass angewandt werden muss. Offenbar handelt es sich durchgängig um Keynesianer.

Was die Frage eines Grexit angeht: Obwohl ein Austritt aus der Eurozone nicht erwünscht ist, könnte dies trotzdem in Griechenlands Interesse sein, falls die EU-Länder weiter auf dem Sparkurs bestehen sollten.

Der amerikanische Journalist der Washington Post David Ignatius, der zweimal wöchentlich im libanesischen *Daily Star* publiziert fiel als einziger aus der Reihe, indem er die Hintergründe europäischer Politik, insbesondere das deutsch-französische Verhältnis als für die Einigung entscheidungserheblichen Faktor, herausarbeitete.

Afrika südlich der Sahara
 Asien und Pazifik
 Europa und Nordamerika
 Lateinamerika
 Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

Türkei

Colin Dürkop (17.07.2015)

Seit geraumer Zeit berichten türkische Zeitungen über die Krise in Griechenland. Dabei überwiegen sachliche Berichte. Ausführlich werden Details über die auferlegten Reformbedingungen erklärt. Wirft man einen Blick auf die türkischen Tageszeitungen, so sind sich viele einig, dass Griechenland von Seiten der EU „bestraft“ worden sei, das Land eine schwere Hypothek auf sich geladen habe und großen Volksprotesten ausgesetzt sein werde. Insgesamt stehen jedoch die Entwicklungen rund um die Regierungsbildung in der Türkei im Vordergrund der Presseberichterstattung.

Des Öfteren hört man den Vorwurf, dass die EU mit der vorschnellen Aufnahme Griechenlands in die EU und in den Euroraum einen schweren politischen Fehler begangen habe, der sich nunmehr räche und den europäischen Steuerzahler sehr teuer zu stehen kommen werde. Nicht selten wird mit Staunen registriert, wie weit die EU Griechenland entgegenkommen ist und immer wieder guten Willen gezeigt hatte. Vor dem Hintergrund anhaltender kompromissloser Reaktionen aus Berlin schildert *Hürriyet*, dass es Tsipras bei den nun anstehenden Verhandlungen äußerst schwer haben werde und auf kein Entgegenkommen mehr hoffen könne. Daneben wird der mittlerweile eingetretene, schwerwiegende Vertrauensverlust in den Medien thematisiert: *Milliyet* betonte auf ihrer Titelseite, dass die Mehrheit der Euro-Staaten kein Vertrauen mehr in Griechenland hätte.

Auch in den Wirtschaftsteilen widmet die Presse sich der Krise in Griechenland. Dabei wird u. a. die Frage aufgeworfen, welche wirtschaftlichen Auswirkungen ein "Grexit" für die Türkei haben könnte. Die AKP-nahe *Sabah* geht davon aus, dass diese relativ gering sein dürften, da die Exporte nach Griechenland nur ein Prozent des türkischen Gesamtexportvolumens betragen würden.

Insgesamt fällt auf, dass in den öffentlichen Diskussionen kaum Schadenfreude über die missliche Situation Griechenlands aufkommt. Vielmehr überwiegt die Meinung, dass ein geschwächter Nachbar für die Türkei von keinerlei Nutzen sei. Laut dem türkischen Wirtschaftsminister Zeybekci wäre sein Land bereit, „alles in seiner Macht stehende zu tun“, um dem Nachbarn aus der Wirtschaftskrise zu helfen, sollte eine solche offizielle Anfrage kommen. Die Türkei könnte beispielsweise im Tourismus-, Handels- und/oder Energiebereich Hilfe anbieten. In diesem Kontext fiel auf, dass der HDP-Politiker Ertugrul Kürkcü der türkischen Regierung empfohlen habe, die fällige IWF-Rate Griechenlands von rund 1,6 Mrd. Euro zu übernehmen bzw. Athen einen entsprechenden Niedrigzinskredit anzubieten. Dies wäre in der Tat eine große politische Geste, wodurch sich die bilateralen Beziehungen nachhaltig verbessern könnten. Ähnliche Vorschläge sind unterdessen auch von mehreren Medienschaffenden und Think-Tank-Vertretern verlautbart worden.

Manche Experten halten das dritte Hilfspaket für genauso erfolglos wie die beiden davor. Von Ökonomen kommt der Hinweis, dass auch das neuerliche Hilfspaket vor allem deshalb keinen Erfolg haben kann, weil die Grundvoraussetzungen für einen Erfolg immer noch nicht gegeben sind: keine ausreichende Produktionsbasis, kein echter politischer Wille, keine politische Stabilität, somit keine Vertrauensbasis und folglich keine Direktinvestitionen. Um diese Wirkungskette zu durchbrechen, müssten die vielzitierten und geforderten Reformen umgehend in Angriff genommen werden. Danach sehe es momentan aber nicht aus und es verstetige sich der Eindruck, dass man auf Seiten der EU wieder einmal Zeit kaufen wollte.

Der Kolumnist Barış Ergin ist der Meinung, dass die Krise den Riss zwischen Nord- und Südeuropa klar zu erkennen gibt. Die nördlichen Staaten würden Griechenland lieber bestrafen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Afrika südlich der Sahara
Asien und Pazifik
Europa und Nordamerika
Lateinamerika
Nahost und Nordafrika

Juli 2015

www.kas.de

wollen, wogegen die Südlichen die Griechen davor beschützt hätten. Die EU behalte dieses Mal durch härtere Bedingungen die Zügel fest in der Hand. Falls Griechenland seinen Staatsbesitz nicht verkauft, würde die EU dies veranlassen. Somit sei Griechenland jegliche nationale Initiative entglitten.

Yeni Akit hebt die großen Proteste gegenüber dem harten Hilfsprogramm in Griechenland hervor. Die EU-Staaten hätten Griechenland gebändigt und Tsipras sei nach langen Verhandlungen in eine für ihn politisch riskante Situation gedrängt worden. Wahrscheinlich würden SYRIZA und ANEL die Mehrheit im Parlament verlieren. Panagiotis Lafazanis vom linken Parteibündnis hatte Tsipras erneut aufgerufen, das Hilfsprogramm abzulehnen.

Die regierungsnahen *Yeni Şafak* – aber auch die kemalistische *Cumhuriyet* – heben hervor, dass Tsipras, der mit der Volksabstimmung und dem Ergebnis eines „Neins“ eigentlich geplant hatte, seine Verhandlungsposition zu stärken bzw. seine Forderungen durchzusetzen, kapitulieren musste. Das Referendum sei praktisch "umsonst gewesen". Athen habe "sich ergeben" und stehe nun beinahe völlig unter Kontrolle der EU. Laut der Vereinbarung über 86 Milliarden Euro würden die Griechen ohne die Zustimmung der Troika nicht einmal „atmen“ können. Der geplante Treuhandfonds, der unter der Obhut der EU steht, erinnere an die Öffentliche Schuldenverwaltung (Düyün-i Umumiye) des damaligen zerfallenden Osmanischen Reiches.

Hürriyet berichtet, dass die Einigung unter den Reformauflagen Deutschlands stattfand. Für Griechenland, das weiterhin in der Eurozone bleibt, seien die Bedingungen sehr hart. Premierminister Tsipras werde es sehr schwer haben. Die Proteste haben bereits begonnen und er wird nicht nur von seiner Partei Syriza sondern auch vom Volk negative Reaktionen ernten. Sobald die notwendigen Reformentwürfe verabschiedet werden, wartet eine Welle von Steuererhöhungen auf das griechische Volk.

Eine ausgesprochen scharfe Kritik an Deutschland übt Ahmet Insel in der *Cumhuriyet*: Die Verhandlungsführung habe die politische und kulturelle Kluft zwischen Nord- und Südeuropa offenbart. Deutschlands Rolle als Führungsmacht unter den EU-Mitgliedsländern werde jetzt stärker infrage gestellt. Die deutsche Verhandlungsstrategie in der Griechenlandkrise sei ein Beispiel für die „Demütigung einer Kolonie“ durch eine imperiale Macht. Es sei Deutschland gewesen, das die EU in eine Vertrauenskrise gelenkt habe. Künftig sei mit einer Verschärfung der wirtschaftlichen Notlage und politischen Verwerfungen zu rechnen, was sich in der Folge auch auf die Nachbarländer auswirken könne. Deutschland habe zwar seine Vormachtstellung innerhalb der EU verfestigen können, langfristig sei in der EU aber mit einer schweren politischen Krise zu rechnen.



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
 Hauptabteilung Europäische und
 Internationale Zusammenarbeit

Ansprechpartner:

Martina Kaiser
 Koordinatorin für Außen-
 darstellung und Medien
 Europäische und Internationale
 Zusammenarbeit

Klingelhöferstraße 23
 10785 Berlin
 Tel. +49 30 26996-3579
 Mail: martina.kaiser@kas.de